

Kultur als Vehikel:
Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische
Freundschaft (1947-1953)

*



Arbeit zur Erlangung des Grades eines Magister Artium
an der
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Philosophisch-Historische Fakultät
Historisches Seminar

vorgelegt bei Prof. Dr. Giesselmann

von Matthias Klingenberg

Heidelberg, im Januar 2001

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite:</i>
1. Einleitung	4
2. Zur Vorgeschichte: Traditionen deutsch-sowjetischer Freundschaft	8
2.1. Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands	10
2.2. Der Bund der Freunde der Sowjetunion	11
3. Ausgangssituation: Antisowjetismus	13
3.1. Das "Russenbild" vor 1933	15
3.2. Vorurteilsbildung durch die nationalsozialistische Propaganda	16
3.3. Die Rote Armee in Deutschland	18
4. Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion	21
4.1. Die Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der Planung der Exil-KPD	21
4.2. Vorläufergruppierungen: Deutsch-Russische Klubs und die Deutsch-Russischen Sektionen im Kulturbund	23
4.3. "Das Haus am Kastanienwäldchen"	26
4.4. Die Bildung der ersten Landesgesellschaften	30
4.5. Gründung der Zentralen Gesellschaft	32
4.6. Programmatik und Zielsetzung in den Reden Kuczynskis und Tulpanows auf der Gründungsversammlung vom 30. Juni 1947	34
4.7. Eine Zwischenbilanz: Die erste Jahresversammlung im Mai 1948	38
5. Von Aufklärung und Information zu Bekenntnis und Mobilisierung: Die Gesellschaft auf dem Weg zur Massenorganisation	40
5.1. Zu Aufgabe und Funktion von Massenorganisationen	42
5.2. "Über 'die Russen' und über uns" - Herrstadt und die Folgen	44
5.3. Der 2. Jahreskongreß im Juli 1949	49
5.3.1. Der neue Name	51
5.3.2. Organisatorischer und programmatischer Wandel	52
5.3.2.1. Demokratischer Zentralismus: Das neue Organisationsprinzip	53
5.3.2.2. Werbekampagnen in Folge des 2. Jahreskongresses	56
5.4. Kuczynkis und Marks Absetzung	59
5.5. Ebert und Grünberg: Die neue Führung	62
5.6. Der Anfang vom Ende: Die DSF von 1953 bis 1989	63
5.7. Die Stiftung West-Östliche Begegnungen	64
6. Organisation, Struktur und Aufbau der Gesellschaft	65
6.1. Organisationstruktur nach einem Satzungsentwurf von 1947	65
6.2. Mitgliedsstrukturen	68

6.2.1. Die Mitgliederentwicklung	68
6.2.2. Die Sozialstruktur	70
6.3. Die Ortsgruppen	72
6.4. Die Betriebs- und Wirkungsgruppen	74
6.5. Sektionen	75
6.6. Das Kaderproblem	77
6.7. Die Finanzen	79
7. Die praktische “Kulturarbeit”: Instrumente der Arbeit	81
7.1. Das Veranstaltungsprofil der Gesellschaft	81
7.2. Kulturhäuser	85
7.3. Studiengruppen und Russischkurse	85
7.4. Stachanow und Hennecke: Die Neuererbewegung	89
7.5. “Deutsche sehen die Sowjetunion”: Die Delegationstätigkeit der Gesellschaft	90
7.6. Publikationstätigkeit der Gesellschaft	92
7.7.1. Exkurs: <i>Die Neue Gesellschaft</i>	93
8. Das Bild der Gesellschaft in der DDR-Bevölkerung: Auswertung einer Flugblattaktion von 1956	105
9. Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	108
<i>Verzeichnisse</i>	112
A: Abkürzungen	112
B: Tabellen	113
C: Abbildungen	113
D: Bilder	113
E: Dokumente	113
Quellen- und Literaturverzeichnis	114

* Das Titelfoto zeigt den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Tulpanow bei seiner Rede auf der ersten Jahresversammlung der Gesellschaft im Mai 1948, im Hintergrund ist die Losung der Versammlung zu erkennen. Foto entnommen aus Tjulpanov, Sergej I.: Deutschland nach dem Kriege, S. 240ff./Abb. 29.

“So drehen wir bald zur großen Freundschaftsmelodie zusammen,
Des neuen Staates brennendster Akkord.
Ob unserem Haupt, der Winde Feste, sammeln
Sich Sterngewölbe wirt. Wir schmetterten fort.
Gleich Transparenten. Leuchtend.”¹

(Johannes R. Becher, 1916)

1. Einleitung

Mit der Gründung der *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* wurde 1947 der Versuch begonnen, die vermeintliche Freundschaft zweier Völker auf ein institutionalisiertes Fundament zu stellen, dies unter den erschwerenden Umständen einer weit verbreiteten Antipathie des einen gegen das jeweils andere Volk.

Die Übertragung des sowjetischen Gesellschaftsmodells auf die DDR machte aber eine Überwindung der antisowjetischen Stimmung der Bevölkerung zwingend notwendig, zugleich ging die Aufgabenstellung der Gesellschaft² hierüber aber hinaus, denn nicht nur Bekämpfung des Antisowjetismus, sondern auch Erziehung zu aktiven Freunden der Sowjetunion sollte das Ziel der Gesellschaft sein. Inwieweit die Erfüllung dieser Ziele gelang, wird im Rahmen dieser Arbeit zu klären sein.

Laut einem Satzungsentwurf von 1947 wurde die Aufgabe der neugeschaffenen Organisation wie folgt definiert: “Zweck der Gesellschaft ist, dem deutschen Volk die Kenntnis der kulturellen Grundlagen und Einrichtungen der verschiedenen Völker der Sowjetunion zu vermitteln.”³ Dem Verdacht, daß der äußere Schein einer Studiengesellschaft, die sich um den Kulturaustausch bemüht, nur Fassade war, hinter der sich ein weiteres Instrument der Stalinisierungspolitik verbarg, wird nachzugehen sein. Inwieweit in der Gesellschaft also Kultur als Vehikel zum Transport politisch-ideologischer Inhalte gebraucht wurde, ist eine hieran anschließende Fragestellung.

Würde sich geäußerter Verdacht bestätigen, stellt sich die Frage nach der Legitimität eines solchen Vorgehens und die Antwort auf diese Frage hängt stark davon ab, was man alles unter dem Begriff Kultur verstehen möchte. Gebraucht man eine alltags-gewöhnliche

¹ Becher, Johannes R.: Auf eine Zeitschrift, in: Bode, D. (Hrsg.): Gedichte des Expressionismus, S. 98.

² Im folgenden wird die Bezeichnung “Gesellschaft”, wie es auch in der DSF üblich war, sowohl für die “Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion” als auch für die “Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft” verwendet. Eine genauere Zuordnung ergibt sich aus dem zeitlichen Zusammenhang, d.h. bis 1949 ist die “Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion” gemeint, ab Juli 1949 die “Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft” (DSF).

³ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Satzungsentwurf), Blatt 1.

Definition des Begriffes, so fällt unter Kultur alles, was sich auf kreative und künstlerische Arbeit bezieht, also vor allem Artefakte menschlicher Produktion aus den Bereichen Literatur, Theater, Musik und den bildenden Künsten. Faßt man aber den Kulturbegriff weiter, etwa wie der Kulturwissenschaftler und Amerikanist Klaus P. Hansen, der unter Kultur die “Gesamtheit der Gewohnheiten eines Kollektivs”⁴ versteht, so kann die Antwort auf die Frage nach der Legitimität schon ganz anders ausfallen, da bei einer solchen Begriffsbestimmung auch z.B. das Gesellschaftssystem dazugehören würde.

Dieser kleine Exkurs in Kulturwissenschaft ist deshalb notwendig, weil auch in der Arbeit der Gesellschaft immer wieder verschiedene Kulturbegriffe verwendet wurden. Besonders signifikant ist dies bei der Gründungsveranstaltung im Jahre 1947 zu bemerken.⁵ Die beiden maßgeblichen Vorträge hielten hierbei der zukünftige Präsident der Gesellschaft Jürgen Kuczynski und der Chef der Informationsverwaltung der SMAD Sergej Tulpanow, beide gehen von völlig unterschiedlichen Kulturbegriffen aus. Kuczynski wählt eine enge alltags-gewöhnliche Definition und Tulpanow einen erweiterten Kultubegriff, unter dem er auch das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem und die vorherrschende Ideologie der Sowjetunion subsumiert. Entlarvend ist hierbei, daß der Kulturbegriff und die damit einhergehende Zweckbestimmung der Gesellschaft in der Rede von Kuczynski für die Öffentlichkeit gedacht war und publiziert wurde, die Rede Tulpanows und seine darüber weit hinausgehende Zweckbestimmung aber unveröffentlicht blieb. Dieses Beispiel erhärtet den oben geäußerten Verdacht, daß das nach außen propagierte Bild einer unvoreingenommenen Studiengesellschaft nicht mit den tatsächlichen Aufgaben der Organisation übereinstimmt. Weitere Beispiele zum Beweis des geäußerten Verdachts versucht diese Arbeit beizubringen. Der Titel der Arbeit “Kultur als Vehikel” bezieht sich also auf die vermutete Differenz zwischen propagiertem Bild und wirklichem Gesicht der Gesellschaft, in diesem Sinne ist zu fragen, ob Kultur als Vehikel gebraucht wurde. Hierzu wird eine Untersuchung von internen und publizierten Dokumenten und Papieren auf differierende Aussagen vorzunehmen sein. Ein Exkurs zur verbandseigenen Monatszeitschrift *Die Neue Gesellschaft* (siehe Kapitel 7.7.1.) wird im Detail über das nach außen propagierte Image der Gesellschaft Aufschluß zu geben versuchen.

⁴ Hansen, K. P.: Kultur und Kulturwissenschaft, S. 15.

⁵ Vgl. hierzu Kapitel 4.6. “Programmatische und Zielsetzung in den Reden Kuczynskis und Tulpanows auf der Gründungsversammlung vom 30. Juni 1947” dieser Arbeit.

Darüber hinaus bietet bis 1949 durchgeführte Umwandlung der Studiengesellschaft zu einer leninistischen Massenorganisation und die damit einhergehende Umbenennung von der *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* in die *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft* (DSF) ein weiteres Spektrum an beantwortungswürdigen Fragen: Welchen Wandlungen war das Verhältnis zur Sowjetunion unterworfen? Inwieweit läßt sich die Stalinisierung der SBZ/DDR an einer ihrer Massenorganisationen belegen? Welche Rolle spielte die DSF im gesellschaftlichen Leben der SBZ/DDR, war auch sie Transmissionsriemen der SED-Partei politik? Inwieweit ist eine Änderung der politischen Kultur und der gesellschaftlichen Befindlichkeit in der SBZ/DDR an der Entwicklung der Gesellschaft zu belegen? Wie groß war die Abhängigkeit der Gesellschaft von der SED und SMAD, wie groß waren die Spielräume, gab es Veränderungen in den Abhängigkeitsverhältnissen? Darüberhinaus wird zu fragen sein, inwieweit die Gesellschaft ihre gesteckte Ziele erreichen konnte, dies zum einen in ihrer Zeit sowie zum anderen aus einer heutigen Perspektive.

Die vorliegende Arbeit wählt eine Verknüpfung von chronologischen und inhaltlich-systematischen Gesichtspunkten. Dieses Vorgehen erscheint dem Autor am sinnvollsten, um einen möglichst alle Bereiche umfassenden Überblick zu liefern und um die Entwicklung der Gesellschaft anschaulich nachzeichnen zu können. Betrachtet wird der Zeitraum von der Gründung der Gesellschaft 1947 bis zum Tode Stalins 1953, wobei der Schwerpunkt auf der Gründungsphase von 1947 bis zur Umbenennung 1949 liegt. Diese zwei Jahre beinhalten die Umwandlung der Studiengesellschaft zu einer Massenorganisation und sind somit für die Fragestellungen am geeignetesten, denn ab 1949 und spätestens ab 1953 befindet sich die DSF in einem Zustand, indem sie ohne grundlegende Wandlungen bis zu ihrem Ende 1989 weiterexistierte.

Die Arbeit legt mit Kapitel zwei "Zur Vorgeschichte: Traditionen deutsch-sowjetischer Freundschaft" einen kurzen Überblick über die Wurzeln der DSF in Weimarer Republik vor. Dann wird in Kapitel drei "Ausgangssituation: Antisowjetismus" ein Phänomen näher beleuchtet werden, welches für die Gründung der Gesellschaft entscheidend war. In Kapitel vier "Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" wird die Anfangsphase der Gesellschaft von den Plänen der Exil-KPD bis zu einer ersten Zwischenbilanz der Arbeit im Mai 1948 dargelegt werden. Kapitel fünf "Von Aufklärung und Information zu Bekenntnis und Mobilisierung: Die Gesellschaft auf dem Weg zur Massenorganisation" schließt chronologisch hieran an und beschäftigt sich mit der

Transformationsphase der Gesellschaft. Zu "Organisation, Struktur und Aufbau" gibt Kapitel sechs Aufschluß. In Kapitel sieben "Die praktische 'Kulturarbeit': Instrumente der Arbeit" geht es um den eigentlichen Kern der Tätigkeit der Gesellschaft, ihre "Kulturarbeit". Mit Kapitel acht "Das Bild der Gesellschaft in der DDR-Bevölkerung: Auswertung einer Flugblattaktion von 1956" soll untersucht werden, wie diese Arbeit bei den Menschen in der DDR ankam. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse schließt diese Arbeit ab.

Zum derzeitigen Forschungsstand: Es gibt zwei maßgebliche Veröffentlichungen zur Geschichte der DSF, die eine stammt von Lothar Dralle⁶, die andere von dem Autorenduo Anneli Hartmann und Wolfram Eggeling⁷. Mit beiden Arbeiten kann die Erforschung der Gründungsgeschichte der DSF jedoch nicht als abgeschlossen gelten: Lothar Dralle ist anzuerkennen, daß er fast alle verfügbaren Dokumente der Gesellschaft verarbeitet hat, die Arbeit gerät aber vielerorts zu einer Quellensammlung, einen lesbaren Überblick bietet sie nicht. Außerdem fällt der Tonfall der Arbeit negativ auf, es hat den Anschein, als rechne Lothar Dralle mit einem Stück verhaßter DDR-Geschichte ab. Die Arbeit von Hartmann und Eggeling hingegen ist kenntnisreich und sehr informativ, ihr Manko ist, daß sie einen chronologischen Aufbau vermissen läßt und in weiten Teilen sehr an der Oberfläche bleibt. Darüberhinaus hat Jens Gieseke 1989 in Hannover eine Magisterarbeit⁸ vorgelegt, mit der er, wohlgerne ohne über Quellen aus den DDR-Archiven zu verfügen, einen grundsoliden Überblick gibt. Die Arbeit ist leider unveröffentlicht geblieben.

Hinzu kommen diverse Arbeiten, meist Zeitschriftenartikel aus der DDR, diese sind aber oft nur als Beleg für den Umgang der DDR-Geschichtsschreibung mit der DSF zu gebrauchen. Manchmal müssen sie hier, in Ermanglung anderen Materials, als Quelle zur Geschichte der DSF herhalten. Anzumerken bleibt, daß es auch in der DDR Publikationen gab, die solide erarbeitet wurden, da der ideologisch-propagandistische Pflichtteil so offensichtlich aufgesetzt ist, daß er problemlos wegstrichen werden kann, um eine wissenschaftlich brauchbare Arbeit zu erhalten. In dieser Arbeit sind zitierte Publikationen der DDR mit dem Zusatz "Ost" in den Fußnoten gekennzeichnet.

⁶ Vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen,.... Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin 1993.

⁷ Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung, Berlin 1993.

⁸ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der SBZ/DDR 1947-1949, (unveröffentlichte Magisterarbeit) Hannover 1989.

Für die Arbeit wurde das *Archiv der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft* (AGDSF) benutzt, welches heute als Teil der *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen* (SAPMO) im Bundesarchiv in Berlin untergebracht ist. Das Archiv der DSF ist noch nicht elektronisch erfaßt, so mußte bei Rechercharbeiten auf das Karteikartensystem der DSF-Zentrale zurückgegriffen werden, was das Auffinden von Akten nicht erleichterte. Der zeitlich eingeschränkte Rahmen dieser Arbeit verhinderte es, alle Bestände zu verarbeiten, so daß manchmal fremdzitiert werden mußte.

2. Zur Vorgeschichte: Traditionen deutsch-sowjetischer Freundschaft in der Weimarer Republik

Mit der Oktoberrevolution vom 6. und 7. 11. 1917 und der Errichtung des sozialistischen Sowjetstaates bekamen die deutsch-russischen Beziehungen eine neue Qualität, das sonst eher als rückständig geltende Rußland wurde nun, zumindest für einen Teil der Deutschen, zum Vorbild schlechthin⁹, denn die deutsche Linke verband mit dem geglückten Umsturz im Osten die Hoffnung auf Veränderung im eigenen Land. Wenn auch nicht alle den Weg der russischen Revolution vorbehaltlos akzeptierten und manche Kreise der deutschen Linken die direkte Übertragbarkeit der Verhältnisse auf Deutschland bestritten, so kann man doch davon ausgehen, daß bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung bis hinein in bürgerlich-intellektuelle Kreise die Neugier an diesem neuen Staat geweckt worden war. Der Dreher Carl Keuscher berichtet hierzu: "Die Nachricht von der siegreichen Revolution der russischen Arbeiter und Bauern wurde in den Novembertagen des Jahres 1917 von den Arbeitern der Berliner Rüstungsbetriebe mit großer Freude aufgenommen. Besonders im Betrieb der Daimler-Motoren-Gesellschaft [...] löste die Nachricht spontane Begeisterung aus."¹⁰

Die Rolle Sowjetrußlands im ersten Weltkrieg, im besonderen das Friedensangebot der von Lenin geführten Bolschewisten an alle beteiligten Kriegsparteien und der daraus resultierende "Diktatfriede" von Brest-Litowsk verstärkte die Sympathien vieler Linker für das „friedliebende Sowjetrußland“ zusätzlich. Hinzu kam, daß auch Deutschland sich in diesen Tagen an der Schwelle einer neuen Zeit befand: Krieg, Matrosenaufstand, Abdankung des Kaisers, Ausrufung der Republik...was würde als nächstes kommen, wie sollte die Zukunft

⁹ Vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 57.

¹⁰ Keuscher, C.: Solidarität mit Sowjetrußland, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 29f.

aussehen? Diese Fragen beschäftigte die deutsche Bevölkerung und in den Augen vieler verdiente der von Rußland eingeschlagene Weg zumindest einer näheren Betrachtung.

So unterschiedlich, wie das Interesse des einzelnen an der Sowjetunion war, ob nun Sympathie, Freundschaft, Solidarität oder nur Neugier der Beweggrund war, so unterschiedlich waren auch die Aktivitäten diesbezüglich. Linke, Kommunisten und Sozialisten engagierten sich naturgemäß stark: Sie organisierten z.B. propagandistische Unterstützung für die sich im Bürgerkrieg befindliche Sowjetunion, beispielhaft hierfür sei die Kampagne "Hände weg von Sowjetrußland!" genannt, die sich gegen die deutsche Unterstützung der Entente-Mächte richtete, oder sie sandten Hilfslieferungen für den Wiederaufbau der durch Kriegseinwirkungen und Bürgerkrieg fast völlig ruinierten sowjetischen Volkswirtschaft. Der Zeitzeuge Keuscher berichtet von einer solchen Hilfsaktion: "Mit Hilfe einiger Freunde sammelten Mitglieder der KPD drei Zentner gut erhaltene Werkzeuge [...]. Diese Werkzeuge wurden im Keller einer Wohnung in Kisten verpackt und zu einer Sammelstelle in Berlin-Neukölln transportiert. Von hier gelangten die Werkzeuge später durch die Internationale Arbeiterhilfe nach Sowjetrußland."¹¹

Nichtkommunistische Rußlandinteressierte blieben bei diesen Aktivitäten meist außen vor und wurden so mitunter zur Klientel der politisch gemäßigten *Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußlands* (siehe Kapitel 2.1.), die dem Wunsch nach unvoreingenommener Information über das Leben in der Sowjetunion zumindest ansatzweise nachkam.

Auf sowjetischer Seite wurde im Jahr 1925 die *Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland* (WOKS) gegründet, die die Aufgabe bekam, die neuentstandenen Kontakte zum Ausland zu koordinieren und zu vertiefen. Die WOKS pflegte die Kontakte zu den Solidaritätskomitees und Organisationen im Ausland und "organisierte bereits zu jener Zeit den Austausch von Theaterstücken, Filmen, Ausstellungen etc."¹² Sie arbeitete vor allem mit den Freundschaftsgesellschaften zusammen, welche in vielen Ländern entstanden waren. Im Jahr 1927 unterhielt die WOKS bereits Kontakte zu 16 ausländischen Freundschaftsgesellschaften.¹³ Ihre Partner in Deutschland waren die beiden Freundschaftsorganisationen der Weimarer Zeit: *Die Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußlands* und der *Bund der Freunde der Sowjetunion*.

¹¹ Ebenda, S. 32.

¹² Hartmann, A. u. Eggeling, W.: *Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, S. 48.

¹³ Gieseke, J.: *Von der Gesellschaft ...*, S. 34.

2.1. Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands

“Bei der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands handelt es sich vor allem um einen Kreis von aufgeschlossenen und unvoreingenommenen Intellektuellen vorwiegend bürgerlicher Herkunft, die besonders an der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch am politischen Leben in der UdSSR interessiert waren”¹⁴, so die kurze, durchaus treffende Charakterisierung der DDR-Geschichtsschreibung der ersten nennenswerten Freundschaftsorganisation, die sich am 1. Juni 1923 auf Initiative der *Internationalen Arbeiterhilfe* (IAH) in Berlin gründete, denn ihr gehörten nicht nur kommunistische Intellektuelle, wie z.B. Anna Seghers, Johannes R. Becher und Egon Erwin Kisch an, sondern auch Bürgerliche und Parteilose, wie beispielsweise Albert Einstein und Thomas Mann. Ihr Generalsekretär aber war bis zu seiner Ermordung durch die Nationalsozialisten 1933 der Kommunist Erich Baron.

Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands war zu keiner Zeit ihrer Existenz eine volksnahe Massenorganisation, für 1930 wird von der DDR-Geschichtsschreibung die durchaus realistische Mitgliederzahl von 1350 Personen angegeben¹⁵, diese Einschätzung bestätigt auch Jens Gieseke, der angibt die Gesellschaft hätte nie mehr als 1500 Mitglieder gehabt¹⁶. Die praktische Kulturarbeit gestaltete sich im Vergleich zum *Bund der Freunde der Sowjetunion* (siehe Kapitel 2.2.) relativ unpolitisch und kam so dem Charakter einer Studiengesellschaft im eigentlichen Sinne recht nahe. Beispielhaft für Bayern berichtet Gerhard Füsser (Leiter der Gesellschaft in Bayern ab 1928) von folgenden Vortragsveranstaltungen: ein Vortrag über die farbige Welt der russischen Ikonen, gehalten von Dr. Franz Roh (Kunsthistoriker), eine Veranstaltung über Liebe und Ehe in der Sowjetunion, gehalten von Prof. Dr. Fischer (Psychologe an der Universität München), ein Majakowski-Abend (sowjetischer Lyriker), ein Vortrag über moderne sowjetische Bühnenbilder sowie ein Lichtbildervortrag über die sowjetische Kunst, gehalten von Prof. Dr. Moholy-Nagy (Bauhaus Dessau).¹⁷

Hinzu kamen Vorführungen sowjetischer Filme, Gastspiele sowjetischer Musiker, Balettabende und in zunehmenden Maße auch technische Vorträge. Wie auch später die DSF

¹⁴ Schmechting, W.: *Durch Studium zur Wahrheit...*, (Ost) S. 7.

¹⁵ Gorski, G. u.a.: *Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, (Ost) S.79. Thomas Schönknecht geht von etwa 1500 Mitgliedern im Jahre 1933 aus, vgl. Schönknecht, T.: *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, S. 734.

¹⁶ Gieseke, J.: *Von der Gesellschaft...*, S. 37.

¹⁷ Füsser, Gerhard: *In Schwabing begannen wir mit unseren Vorträgen. Tätigkeit der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in München (1928-1933)*, in: *Im Zeichen des roten Sterns*, (Ost) S.152ff.

arbeiteten die *Freunde des Neuen Rußlands* mit der sowjetischen *Alluniongesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Ausland* (WOKS) zusammen, sie lieferte ihnen Informationsmaterialien und half bei der Organisation von Gastspielen und Vortragsreisen.¹⁸ Die Gesellschaft war Herausgeber der Monatszeitschrift für Kultur- und Wirtschaftsfragen *Das Neue Rußland*.

Trotz ihrer geringen Mitgliederzahl bescheinigen Ost- und Westgeschichtsschreibung der Gesellschaft, eine Bedeutung gehabt zu haben¹⁹, viele der von ihr ausgerichteten Veranstaltungen waren sehr gut besucht und für das deutsche Publikum oftmals die einzige Chance, einen etwas qualifizierteren Einblick in das Leben in der Sowjetunion zu bekommen. Das vorherrschende negative Russenbild in der deutschen Bevölkerung konnte so zumindest ansatzweise korrigiert werden. Gerade die relativ große Anzahl von als unbedenklich geltenden bürgerlichen Prominenten in der Gesellschaft verhalf ihr zu einem passablen Image.

2.2. Der Bund der Freund der Sowjetunion (BdFSU)

“Im Unterschied zur ‘Gesellschaft’ war der ‘Bund’ jedoch eine proletarische Massenorganisation, in der die KPD einen starken Einfluß besaß.”²⁰ Im September 1928 als ein Ergebnis des ersten Weltkongresses der Freunde der Sowjetunion (vom 10. bis 12. 11. 1927 in Moskau) gegründet, sollte der Bund in Ergänzung zur *Gesellschaft der Freunde der des neuen Rußlands* das linke Spektrum der Bevölkerung an sich binden und mobilisieren. Der Bund verstand sich als deutsche Sektion des *Internationalen Komitees der Freunde der Sowjetunion*, welches ebenfalls als ein Ergebnis der Weltkonferenz Ende Mai 1928 in Köln gegründet worden war. Der Gründungskongreß des BdFSU fand am 4. November 1928 in Berlin statt, dort wurde ein aus 29 Ländervertretern bestehendes Reichskomitee gewählt²¹: Walter Stöcker (KPD) wurde zum Vorsitzenden des Reichskomitees gewählt, dem Vorsitzenden der KPD Ernst Thälmann wurde die Ehrenmitgliedschaft im Bund verliehen. Die feste Eingliederung des Bundes in internationalistische Strukturen sind weiteres Indiz für die Nähe des Bundes zur KPD.

Trotz des Anspruchs, eine Massenorganisation zu sein, hatte der Bund Schwierigkeiten, die dafür nötigen Massen zu mobilisieren. So stellt Lothar Dralle mit einem “Augenzwinkern“

¹⁸ Vgl. Gorski, G.: *Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, (Ost) S. 80.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 81 und Gieseke, J.: *Von der Gesellschaft...*, S. 37.

²⁰ Gorski, G. u. a.: *Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, (Ost) S. 88.

²¹ Anfangs gehörten dem Reichskomitee nur Berliner Vertreter an.

fest, daß nur rund 0,0006 % (50.000 Personen) der Bevölkerung des Reiches Mitglied im Bund waren²², auch Jens Gieseke bestätigt, daß der Bund “über keine direkte Massenbasis verfügte.”²³ Die frühen Mitglieder des Bundes waren zumeist durch die Zugehörigkeit zu einer anderen Vereinigung zu Mitgliedern des BdFSU geworden. Eine Anzahl von Organisationen, Betriebsbelegschaften und Kollektiven, so z.B. die *Internationale Arbeiterhilfe* (IAH) und die Gesamtbetriebsräte der Berliner Verkehrsgesellschaft machte Gebrauch von der Möglichkeit der korporativen Mitgliedschaft im Bund.

Der BdFSU veranstaltete Diskussionsabende, Filmvorführungen, Vorträge und Ausstellungen, er war Herausgeber der Zeitschrift *Der Drohende Krieg*, die 1930 in *Freund der Sowjets* und 1932 in *Sowjetrußland von heute* umbenannt wurde.

Stand anfangs noch die Abwehr und Bekämpfung der antisowjetischen Propaganda sowie der sogenannte Friedenskampf im Vordergrund der Arbeit, so rückten mehr und mehr ideologisch-propagandistische Themen in den Vordergrund der Arbeit des Bundes, so daß am Ende der Weimarer Republik die Propagierung des sowjetischen Gesellschaftsmodells zum vorrangigen Thema der Arbeit geworden war. Auch für die Auseinandersetzungen im eigenen Land, im eigenen politischen Lager ließ sich der BdFSU instrumentalisieren²⁴ und wurde so zumindest seinem Namen und seinem nach außen hin vertretenen Anspruch immer weniger gerecht. Jens Gieseke benutzt in diesem Zusammenhang mit Recht den Terminus „Transmissionsriemen der kommunistischen Politik“²⁵.

Vergleicht man die Angaben des DDR-Historikers Hans Münch über die Zusammensetzung des Gründungskongresses mit der politischen Zusammensetzung der Neuaufnahmen im Zeitraum vom 1.1.-1.7. 1932, so fällt auf, daß im Laufe der Zeit des Bestehens der Organisation ein Rückgang der sozialdemokratischen Überzeugung zu verzeichnen ist, nur noch 6 % der Neueingetretenen 1931 waren Sozialdemokraten²⁶, wohingegen der

²² Die genaue Mitgliederzahl ist unbekannt. Lothar Dralle geht von einer Mitgliederzahl von 50.000 Personen im Jahre 1933 aus, vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 60. Thomas Schönknecht geht hingegen von 40.000 Personen (organisiert in 308 Ortsgruppen) im Jahre 1932 aus, vgl. Schönknecht, T.: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 734. Hans Münch schätzt die Mitgliederzahl auf 30-50.000 zu Beginn der dreißiger Jahre, vgl. Münch, H.: Der Bund der Freunde der Sowjetunion, (Ost) S. 204.

²³ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 38.

²⁴ So wurden z.B. vom Bund organisierte „Studienreisen“ sozialdemokratischer Arbeiterdelegierter in die Sowjetunion proagandistisch “ausgeschlachtet”, vgl. hierzu Münch, H.: Der Bund der Freunde der Sowjetunion, (Ost) S. 31.

²⁵ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 39.

²⁶ Ebenda. Giesekes Darstellung beruht auf Remer, Claus: Aus der Arbeit des Bundes der Freunde der Sowjetunion, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Heft 4

Sozialdemokratenanteil beim Gründungskongress 1928 immerhin noch 25 % betrug. Auch anhand der Entwicklung der Mitgliederstruktur ist also eine Radikalisierung des Bundes festzustellen.

Ab 1932 war der BdFSU zunehmend politischer Repressionen ausgesetzt: Auf dem Weg zu den Feierlichkeiten anlässlich des 15. Jahrestag der Oktoberrevolution, so berichtet Münch²⁷ weiter, wurden den deutschen Delegierten in Tilsit, nahe der Grenze zur Sowjetunion, die Pässe abgenommen und sie so an der Weiterreise gehindert. Schon zuvor war es immer häufiger zu Veranstaltungsverböten gekommen, auch wurde dem Bund die Aufrechterhaltung der Delegationstätigkeit unmöglich gemacht, immer öfter wurde sowjetischen Delegationen an der Grenze die Einreise verweigert, bis schließlich ein Einreisen faktisch unmöglich geworden war.²⁸

Der *Bund der Freunde der Sowjetunion* und mit ihm die *Gesellschaft der Freund des Neuen Rußlands* wurden nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verboten, die letzte Ausgabe der Zeitschrift *Sowjetrußland von heute* erschien im Januar 1933, im gleichen Jahr der Ermordung des Generalsekretärs des BdFSU Erich Baron.

3. Ausgangssituation: Antisowjetismus

Objektive, fundierte Aussagen über die Ausbreitung und Intensität der antisowjetischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung lassen sich aufgrund fehlenden Datenmaterials nur schwer machen. Vorhanden sind aber Umfrageergebnisse aus den Westzonen und dem geteilten Berlin, wie z.B. die im *Jahrbuch für Öffentliche Meinung (1947-55)* dokumentierte Erhebung des Allensbacher Instituts für Demoskopie.²⁹ Aus diesen lassen sich vielleicht Rückschlüsse, wenn auch mit Einschränkungen, über die Situation in der SBZ machen:

Im erwähnten Jahrbuch taucht die Frage nach dem "Russensbild" nur am Rande auf, wie etwa in den folgenden beiden Fragen: Vor die Wahl gestellt, welche der folgenden drei Ansichten ihrer eigenen Meinung am nächsten kommt : "Man muß unbedingt jede Gelegenheit ausnutzen, um mit den Russen zu verhandeln. Man darf nichts unversucht lassen", "Man kann mit den Russen nur dann verhandeln, wenn man selber auch stark ist. Sonst kommt

(1960), (Ost) S. 77-121.

²⁷ Münch, H.: Der Bund der Freunde der Sowjetunion, (Ost) S. 206.

²⁸ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 39.

²⁹ Noelle, E. u. Neumann, E. P.: Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach am Bodensee 1975. Befragt wurden Bürger der amerikanischen, französischen und britischen Zone einschließlich der Westzonen Berlins, Bürger der SBZ und Ostberlins wurden nicht befragt, der Untersuchungszeitraum umfaßt die Jahre 1947-1955.

doch nichts dabei heraus“, “Es ist ganz sinnlos, mit den Russen zu verhandeln. Man kann ihnen nie trauen, und sie halten sich an keine Abmachung.“ oder “Weiß nicht“ wählten 20 % der vom Allensbacher Institut westdeutschen Befragten den dritten Ausspruch, 13 % antworteten mit “Weiß nicht“ aber immerhin 37 % entschieden sich für die erste Wahlmöglichkeit.³⁰ Stärker zum Ausdruck kommt die russenfeindliche Einstellung aber in den Antworten auf eine andere Frage: 95 % aller Befragten bewerteten im Juni 1950 ihre Erfahrungen bei der Besetzung durch russische Truppen als schlecht, nur 1 % hingegen als angenehm. Die Erfahrungen bei der Besetzung durch britische Truppen hingegen bewerten nur 37 % als schlecht, 16 % gaben sogar an, angenehme Erfahrungen gemacht zu haben.³¹

Es bleibt zu fragen, wie eine ähnliche Befragung in der SBZ und Ostberlin ausgefallen wäre, hätte der direkte, tägliche Kontakt mit den sowjetischen Besatzungstruppen das Ergebnis verbessert oder sogar noch verschlechtert? Hier muß man zwei Faktoren gegeneinander abwägen: zum einen geschahen die Übergriffe durch Rotarmisten in der SBZ, dieser unmittelbare Kontakt hätte sich natürlich negativ ausgewirkt, andererseits bauen sich viele Vorurteile und Ängste durch persönlichen Kontakt ab.

Eine antisowjetische Einstellung der Bevölkerung der SBZ ist jedoch belegt durch zahlreiche Dokumente (vor)staatlicher Institutionen, Parteien und Gruppen, für die der Antisowjetismus ein Problem war, die sich anschickten ihn zu bekämpfen.³² In Anbetracht dessen, daß man versuchte, ein sowjetisches System auch in Deutschland zu installieren, war natürlich die antisowjetische Einstellung der Bevölkerung ein echtes Hemmniss. Unter anderem zur Beseitigung dieses Hemmnisses wurde die *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* gegründet, die sich die “[...] ständige Zerschlagung der von den Kriegshetzern und ihren Agenten verbreiteten antisowjetischen Lügenmärchen”³³ zur Aufgabe machte. Die Bekämpfung des vorherrschenden Antisowjetismus war also einer der Hauptgründe für die Gründung dieser Gesellschaft. Woher genau aber kam diese tief verwurzelte Ablehnung?

Stark vereinfacht läßt sich die antisowjetische Grundhaltung auf drei, hier chronologisch aufgeführte, Hauptursachen zurückführen: (1) Eine in weiten Teilen antirussische bzw. antisowjetische öffentliche Meinung in der Weimarer Zeit, (2) eine großangelegte antibolschewistische Propaganda in der NS-Zeit und (3) die Übergriffe sowjetischer Soldaten

³⁰ Ebenda, S. 335.

³¹ Ebenda, S. 146.9

³² U.a. auch durch die Dokumente zum Forschungsgegenstand dieser Arbeit.

³³ SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Entschliessung des 2. Jahreskongresses vom 30.6.- 9.7. 1949), Blatt 1.

im besetzten Deutschland. Die drei genannten Ursachen bauen aufeinander auf, so daß von einem sehr ausdifferenzierten und sedimentierten Antisowjetismus bei Kriegsende gesprochen werden kann. Im folgenden werden die drei Ursachen näher erläutert werden:

3.1. Das "Russenbild" vor 1933

"Man hat sich im 19. Jahrhundert oft gefragt, ob Rußland, obgleich Mitglied des europäischen Staatensystems, seinem Wesen nach überhaupt zu Europa gehöre."³⁴ Rußland als ein Flächenstaat, der europäische und asiatische Territorien verband, besetzt bis heute in den Augen vieler Europäer eine zwiespältige Position. So stand der Westorientierung der kleinen, aber feinen russischen Oberschicht, "deren Geschmack und Gebaren europäisiert waren", das als unzivilisiert geltende "schwarze Volk"³⁵ gegenüber. Etwas verallgemeinernd kann behauptet werden, daß sich in diesem Spannungsfeld alle gängigen Stereotypen und Vorurteile der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der Russen beweg(t)en. „Im Grunde aber ist das Rußlandbild der Masse der Deutschen ambivalent; einerseits fühlt man sich unendlich überlegen, andererseits empfindet man Furcht“³⁶, schreibt Lothar Dralle und bringt es damit auf den Punkt.

Mit dem ersten Weltkrieg und der russischen Oktoberrevolution gewann das deutsch-russische Verhältnis an neuen Akzenten, denn beide Völker verband ihre Niederlage im Krieg, in dieser Situation suchte man "fiebrig nach einem Ausweg, nach etwas, das die Lage grundlegend ändern konnte. Und dabei richtete sich der Blick wie von selbst nach Osten"³⁷ und gegen die westlichen Siegermächte, die ja Urheber des verhaßten "Versailler Diktatfriedens" waren. Auch "der Bolschewismus weckte sicherlich Furcht, aber ebenso eine spekulative Neugier."³⁸ Aus Neugier wurde bei manchem Interesse, viele dieser neuen Rußlandinteressierten wurden dann Mitglied in einer der beiden Freundschaftsorganisationen der Weimarer Zeit, entweder im *Bund der Freunde der Sowjetunion* oder in der *Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands* (vgl. hierzu Kapitel 2.1. und 2.2.). Das Wirken der beiden Freundschaftsorganisationen und ihrer Mitglieder ist aber nicht überzubewerten, es ist anzunehmen, daß der weitaus größte Teil der deutschen Bevölkerung den Russen auch

³⁴ Laue, Theodor H. v.: *Russland im 19. Jahrhundert*, S. 585.

³⁵ Ebenda, S. 587.

³⁶ Dralle, L.: *Von der Sowjetunion lernen....*, S.57.

³⁷ Kopelew, L. u. Koenen, G.: *Verlorene Kriege. Gewonnene Einsichten. Rückblick vom Ende eines Zeitalters. -Ein Gespräch-*, in: *Deutschland und die Russische Revolution (Band 5)*, S. 15.

³⁸ Ebenda.

weiterhin äußerst skeptisch gegenüber stand. Verschlimmert wurde dieses anrussische Sentiment durch die Furcht vor einer Bolschewisierung Deutschlands: Antikommunismus bzw. Antibolschewismus wurden zu einem bedeutenden Phänomen der Weimarer Republik, dies vor allem in der politischen Auseinandersetzung der Parteien, denn mit dem Spartakusbund bzw. der KPD gewannen politische Kräfte an Einfluß, die in ihrer Propaganda verkündeten, auf die russischen Erfahrungen zurückgreifen und nach dem Vorbild der bolschewistischen Revolution eine Herrschaft des Proletariats in Deutschland errichten zu wollen. “Die russischen Verhältnisse schienen sich in Deutschland reproduzieren zu wollen.”³⁹

Die “Abwehr der bolschewistischen Gefahr” schrieben sich nun Konservative, Bürgerliche sowie Sozialdemokraten auf ihre Flaggen, bot dieses Thema doch eine erfolgreiche Profilierungsmöglichkeit gegenüber der KPD.

3.2. Vorurteilsbildung durch die Nationalsozialistische Propaganda

Die 1919 gegründete NSDAP (vormals *Deutsche Arbeiterpartei*) sprang, nachdem sie sich zuerst die Option auf ein Bündnis mit Rußland offengelassen hatte, ab 1923 auf diesen “Propagandazug” auf. “Von nun an war Rußland als ideologischer und außenpolitischer Bündnispartner abgeschrieben und galt als Gefahr für die ‘Substanz der nordischen Rasse’.”⁴⁰ Neben der wahnwitzigen Idee einer “jüdischen Weltverschwörung”, bei der die nationalsozialistische Ideologie Juden mit Bolschewiki gleichsetzte, gewann zunehmend die Forderung nach “Grund und Boden” als neuen Siedlungsraum im Osten an Bedeutung. In Hitlers “Mein Kampf” heißt es hierzu: “Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.”⁴¹ Damit wurde ein imperialistischer Anspruch auf das Staatsgebiet der Sowjetunion erklärt. Die in diesem Staatsgebiet lebenden Menschen wurden zugleich zum “rassisch und seelisch kranken Volkskörper”⁴² degradiert. Einer der “Chefideologen” der Nationalsozialisten, Alfred Rosenberg, schreibt Anfang der dreißiger Jahre über den Bolschewismus in der Sowjetunion: “Bolschewismus bedeutet die Empörung des

³⁹ Baur, J.: Die Revolution und die “Weisen von Zion”, in: Kopelew, L. u. Koenen, G.: Deutschland und die Russische Revolution (Band 5), S. 165.

⁴⁰ Ebenda, S. 189.

⁴¹ Hitler, A.: Mein Kampf, S. 742.

⁴² Rosenberg, Alfred: Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts, S. 214.

Mongoliden gegen nordische Kulturformen [...].”⁴³ Der Bolschewismus wurde als dem Judentum wesensgleich erklärt, parallel zur “Verschwörung des Weltjudentums” wurde der Begriff des “Weltbolschewismus” geprägt.⁴⁴ Wie eine solche Ideologie in Propaganda umgesetzt dann die deutsche Bevölkerung erreichte, zeigt der Ausschnitt aus einem Schulbuch für Geographie von 1938, dort wird der russische Sowjetbürger wie folgt charakterisiert: “Der Russe gilt als unsauber, trotz seiner Vorliebe für das Dampfbad.”⁴⁵

In Anbahnung des Ribbentrop-Molotov-Paktes (Hitler-Stalin-Pakt) von 1939 wurde die antisowjetische Propaganda ausgesetzt, kurz vor dem Angriff auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 setzte sie in verstärkter Heftigkeit wieder ein. Die antisowjetische Propaganda wurde also, je nach den politisch-taktischen Erfordernissen, variiert. Dies wird gut deutlich an einem Tagebucheintrag von Joseph Goebbels vom 24. Juni 1944, also zwei Tage nach Beginn des “Rußlandfeldzuges”: “Wir legen langsam wieder die stark antibolschewistische Walze auf. Allmählich, um den Übergang nicht zu hart zu machen. Im Volk ist die Stimmung noch schwankend.”⁴⁶ In der letzten Kriegsphase wurde die antisowjetische Propaganda noch einmal verstärkt. Im Zuge der verheerenden Niederlage der deutschen Wehrmacht bei Stalingrad erfanden NS-Propagandisten immer neue Greuelmärchen über die “Kremljuden”, die verlorene Schlacht und der militärische Erfolg des Gegners erzeugten einigen Erklärungsbedarf, denn wie konnte die “heldenhafte deutsche Wehrmacht” von den russischen “Untermenschen” besiegt werden. Mit Kriegsende und in Erwartung der Kriegsniederlage propagierte die NS-Führung nun vermehrt die These von Deutschland als Retter Europas und der Welt vor dem Bolschewismus, man versuchte nun, “sich im Verteidigungskampf gegen die Rote Armee als europäische Ordnungsmacht zu profilieren.”⁴⁷ Für das Thema dieser Arbeit besonders interessant ist die Frage, wie es um die Langzeitwirkung dieser Propaganda bestellt war. Hans-Erich Volkmann kann in seinem Beitrag zum Rußlandbild in der Schule des “Dritten Reiches” überzeugend darlegen, daß selbst zwanzig Jahre nach Kriegsende viele der von der nationalsozialistischen Propaganda

⁴³ Ebenda, S. 113.

⁴⁴ Vgl. hierzu Wette, W.: Das Rußlandbild in der NS-Propaganda. Ein Problemaufriß, in: Volkmann, H.-E. (Hrsg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, S. 65.

⁴⁵ Zitiert nach Volkmann, H.-E.: Das Rußlandbild in der Schule des Dritten Reiches, in: Volkmann, H.-E. (Hrsg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, S. 229.

⁴⁶ Goebbels, J.: Tagebücher (Eintrag vom 24.6.1941), in: Fröhlich, E. (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente (Teil I, Band 9), S. 399f.

⁴⁷ Volkmann, H.-E.: Das Rußlandbild in der Schule des Dritten Reiches, in: Volkmann, H.-E. (Hrsg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, S. 247.

geprägten und benutzten Stereotypen immer noch präsent waren. Bei der Befragung fünfzehnjähriger Hauptschüler nach ihrem Wissen über Rußland und die Russen im Jahre 1966/67 waren Antworten wie “Die Russen selbst sind grausam und gemein. Sie sind richtig unmenschlich.” oder “Die Russen sind [...] sehr habgierig und stur, denn sie haben kein Mitgefühl”⁴⁸ leider keine Seltenheit.

3.3. Die Rote Armee in Deutschland

Als am 17. April 1945 (ein Tag zuvor hatte die Offensive auf Berlin begonnen) für die Wehrmacht völlig unerwartet die Rote Armee in Berlin einmarschierte, herrschte in der Bevölkerung Berlins die „Grundstimmung, der Krieg ist verloren.“⁴⁹ Trotzdem folgte der völlig aussichtslose und extrem verlustreiche Versuch, die Stadt zu verteidigen, um so den Ausgang des Krieges noch zu eigenen Gunsten zu beeinflussen. Reste von Wehrmacht, Volkssturm und anderen militärischen Verbänden führten einen blutigen Kampf um Straßen, Häuserblöcke und Wohnungen. Daß der Krieg aber lange verloren war, mußte auch Hitler nun einsehen, am 30. April begeht er in seinem Bunker unter der Reichskanzlei Selbstmord. Der Rest der politischen Prominenz hatte sich kurz zuvor aus der Reichshauptstadt abgesetzt. Am 2. Mai wurde die Nachricht von der Kapitulation der deutschen Truppen des Verteidigungsbereiches Berlin unter General Weidling durch Lautsprecherwagen verbreitet⁵⁰, weitere Teilkapitulationen folgten, am 7./8. Mai wurde die von Eisenhower geforderte Gesamtkapitulation in Reims und Berlin-Karlshorst unterschrieben. Damit war der Krieg auch offiziell zu Ende, er hatte 55 Millionen Todesopfer gefordert, darunter allein 20 Millionen Bürger der Sowjetunion.⁵¹

Die im Namen der nationalsozialistischen “Blut und Boden”-Ideologie begangenen Verbrechen deutscher Soldaten in der Sowjetunion schlugen nun in das Gegenteil um. Angespornt von Ilja Ehrenburgs Haßslogan “Wenn du nicht wenigstens einen Deutschen pro Tag getötet hast war dieser Tag vergeudet [...]”⁵² und dem Vormarsch über die von deutschen Soldaten verwüsteten sowjetischen und polnischen Gebiete kam es vielerorts zu

⁴⁸ Zitiert nach ebenda, S. 253. Die Befragung fand im Hamburger Stadtteil Horn-Billstedt statt.

⁴⁹ Aus einem Bericht der Außenstelle Berlin II des faschistischen Sicherheitsdienstes in Wilmersdorf an den SD-Leitabschnitt Berlin über die Stimmung in der Berliner Bevölkerung vom 17. April 1945, in: Scheel, Klaus (Hrsg.): Die Befreiung Berlins 1945, S.90.

⁵⁰ Vgl. zur Kapitulation Berlins auch Kuby, E.: Die Russen in Berlin, S. 234ff.

⁵¹ Weber, H.: Geschichte der DDR, S.19

⁵² Zitiert nach Naimark, N.: Die Russen in Deutschland, S. 95.

brutalen Übergriffen durch Soldaten der Roten Armee. In einem Tagebucheintrag des Berliner Bankdirektors Schmidt vom 7. Mai 1945 heißt es hierzu:

“In der Baseler Straße (in Berlin, Anm. d. Verf.) höre ich neue schlechte Nachrichten. Dort sind vorgestern 5 Bolschewisten gewaltsam gegen 12 Uhr nachts eingedrungen, haben die Scheiben im Wintergarten eingeschlagen. Alle jüngeren Frauen im Hause haben wieder daran glauben müssen.”⁵³ Eine andere Zeitzeugin berichtet vom 6. Mai 1945 aus Berlin: “Es waren bei Manholts wie bei Holstens verschiedene Wellen, die über sie hinweggingen. Im Lazarett den Holstens gegenüber werden jede Nacht alle Schwestern vergewaltigt. Die Russen leuchten Bett für Bett die Verwundeten, ob sich eine dort versteckt hält.”⁵⁴

Daß Vorfälle dieser Art keine ausgenommenen Einzelfälle waren, bestätigen unzählige ähnliche Schilderungen aus Tagebüchern, Erinnerungen und anderen Zeitdokumenten. Hin und wieder wird aber auch, wie im folgenden Zeitzeugenbericht, von durchaus positiven Begegnungen mit sowjetischen Soldaten berichtet:

“Dann kam eine Gestalt zur zerbrochenen Tür herein [...]. Der sei dann sehr nett gewesen, gab ihnen russischen Unterricht, aß mit ihnen zu Abend, blieb dann zu ihrem Schutz über Nacht.”⁵⁵

Auch auf sowjetischer Seite wurden die nach Vergeltung schreienden und pauschalisierenden Haßtiraden Ehrenburgs und anderer nicht unbedingt nur gutgeheißen. Schon am 23. Februar 1942 hatte Stalin in einem Tagesbefehl verkündet, daß “die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt”⁵⁶. In einem Artikel der sowjetischen Prawda vom 14. April 1945 wendet sich der von der Sowjetführung damit beauftragte Aleksandrow gegen Ehrenburgs Annahme, alle Deutschen seien gleichermaßen Verbrecher, er schreibt: “Der Artikel von Ehrenburg [...] wurde offensichtlich schlecht durchdacht; außerdem sind seine Ansichten falsch. Man kann ihm nicht beipflichten, wenn er ganz Deutschland als eine ‘einzige große Bande’ darstellt.”⁵⁷

Offiziell waren die Plünderungen, Vergewaltigungen und sonstigen Übergriffe von der militärischen Leitung der Roten Armee verboten worden, in einem Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin N. Bersarin vom 28. April 1945 heißt es:

⁵³ Schütz, M. (Hrsg.); Das Tagebuch des Herrn Schmidt, S. 52.

⁵⁴ Boveri, M.: Tage des Überlebens, S. 119.

⁵⁵ Boveri, M.: Tage des Überlebens, S. 112.

⁵⁶ Zitiert nach Weber, H.: Geschichte der DDR, S. 20.

⁵⁷ Zitiert nach Kuby, E.: Die Russen in Berlin, S. 297.

“Angehörigen der Roten Armee ist ohne Erlaubnis der militärischen Kommandanten die eigenmächtige Aussiedlung oder Umsiedlung der Einwohner, Entnahme von Gütern und Wertsachen und Haussuchungen bei den Stadteinwohnern verboten.”⁵⁸

Nichtsdestotrotz wurden Verstöße von sowjetischen Soldaten oftmals nicht geahndet, manchmal lag dies daran, daß die direkten Vorgesetzten Verständnis für die Wut und den Haß der Soldaten hatten, meistens aber lag es schlicht daran, daß solche Verstöße im “allgemeinen Chaos” des zerstörten Berlin untergingen.

Berichtet wird jedoch auch von teils hohen Strafen gegen Rotarmisten: “Dennoch wurden Vergewaltigungen und Plünderungen zuweilen mit dem Tod oder durch Auspeitschen bestraft.”⁵⁹ Auch das oben bereits zu den Übergriffen zitierte Tagebuch des Bankdirektors Schmidt berichtet von einer solchen Strafaktion: “Wenn höhere Offiziere in der Nähe sind, wird gegen Ausschreitungen scharf eingegriffen. Im Hause Lotzenstraße 4 hat ein Major 2 Soldaten eigenhändig verprügelt.”

Man sieht also, daß das gerade im Westen verbreitete Bild vom ungezügelter Terror der Roten Armee im besetzten Deutschland mit Vorsicht zu betrachten ist. Aber unabhängig davon, ob man nun die sowjetischen Übergriffe als Reaktion auf das Verhalten der deutschen Soldaten in der UdSSR betrachtet oder ob man sie als Indiz dafür sieht, daß der Stalinismus genauso ein höchst verbrecherisches Regime war wie der Nationalsozialismus, bleibt festzuhalten, daß diese Übergriffe in großen Teilen der öffentlichen Meinung der deutschen Bevölkerung eine stark antisowjetische Grundhaltung evozierten.

Neben den Übergriffen der Rotarmisten verstärkte die allgemeine, tägliche Notsituation der unmittelbaren Nachkriegszeit die antisowjetische Grundstimmung. Da die Verwaltung bis zur Schaffung neuer deutscher Behörden in den Händen der SMAD lag, wurde sie natürlich auch für viele Engpässe und Probleme der deutschen Bevölkerung verantwortlich gemacht. Besonders stark wurden Ressentiments durch die als ungerecht empfundene Lebensmittelzuteilung geschürt. Die zahlenmäßig große Gruppe der Frauen und alten Menschen bekam die Lebensmittelkarte sechs, die als “Hungerkarte” verschrien war, von ihr zu leben war fast unmöglich. Daß die verheerende Versorgungslage nicht Schuld der SMAD war, wollte man oft nicht wahrhaben, so daß die Schuld den sowjetischen Behörden zugeschoben wurde. Desweiteren sorgten die Demontagen deutscher Industrieanlagen und

⁵⁸ Zitiert nach Kuby, E.: die Russen in Berlin, S. 295.

⁵⁹ Naimark, N.: Die Russen in Deutschland, S. 103.

die Versetzung deutscher Facharbeiter in Betriebe in der Sowjetunion für großen Unmut.⁶⁰ Auch das ungewisse Schicksal der in sowjetischer Kriegsgefangenschaft verbliebenden deutschen Soldaten sorgte für eine ablehnende Haltung gegenüber der Besatzungsmacht. Alles in allem sah sich die neugegründete Gesellschaft zum *Studium der Kultur der Sowjetunion* einem weitverbreiteten und tiefwurzelnden Antisowjetismus gegenübergestellt. Diesen zu beseitigen, würde für die Gesellschaft eine schwer zu bewältigende Aufgabe sein.

4. Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion

In Bezug auf die Gründung der Gesellschaft ist vor allem, wie man gleich feststellen wird, die Differenz zwischen Gründungsmythos und den tatsächlichen Umständen der Gründung hervorzuheben. Laut Darstellung der Gesellschaft lief die Gründung in etwas so ab:

“In allen Teilen Deutschlands [...] bildeten sich zahlreiche Gruppen aus allen Schichten der Bevölkerung in dem Bestreben, durch gemeinschaftliches Studium der sie interessierenden Fragen ein möglichst weitgreifendes durch Ergänzung gefördertes Ergebnis ihrer Studien zu erzielen. [...] Es ist dies die normale und gesunde Entwicklungsform, die von unten herauf dem Wunsche aus der Bevölkerung heraus gerecht werdend eine Organisation entstehen läßt.”⁶¹

Daß es sich hierbei um einen Gründungsmythos handelt, der die vorausgehende Planung und die von SMAD und SED betriebene Installierung der Gesellschaft verschweigt, zeigen die Ergebnisse der folgenden Untersuchungen:

4.1. Die Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der Planung der Exil-KPD

Als das nationalsozialistische Deutschland am 22. Juni 1941 seinen 1939 abgeschlossenen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion (“Hitler-Stalin-Pakt”) brach, bedeutete das für die Moskauer KPD-Führung einen entscheidenden Einschnitt. Man mußte nun einsehen, daß das deutsche Volk, also auch die “revolutionäre Arbeiterklasse” die Zerschlagung des “Vaterlandes aller Werktätigen”, wie die KPD-Propaganda die Sowjetunion gern bezeichnete, mit betrieb. Die These, daß das deutsche Volk von einer verbrecherischen Clique unterdrückt sei und nur auf den Tag der Befreiung warte, war damit hinfällig. Nun mußte man davon ausgehen, daß größte Teile der deutschen Bevölkerung der nationalsozialistischen Propaganda glaubten und nicht gegen ihre Führung aufbegehren würden. Diese veränderte Situation machte die “Umerziehung des deutschen Volkes” zu

⁶⁰ Vgl. Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 41.

⁶¹ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 2.

einem Hauptprogrammpunkt der Deutschlandpläne der Exil-KPD. Der Dichter und spätere Kulturbundvorsitzende Johannes R. Becher schreibt hierzu im September 1944: "Bei diesem Umerziehungsprozeß handelt es sich um einen Politisierungs- und Demokratisierungsprozeß - um ein nationales Befreiungs- und Aufbauwerk größten Stils auf ideologisch-moralischem Gebiet."⁶² Becher fragt im Anschluß, welches die Hauptkräfte dieses Umerziehungsprozesses seien und stellt diesbezüglich fest, daß "jede Organisation auf ihrem Gebiet diesen ideologischen Kampf zu führen"⁶³ habe. Genauer spezifiziert werden diese Organisationen nicht. Anton Ackermann erwähnt in einem Vortragsentwurf zum Thema "Deutschland und die Sowjetunion" aus demselben Jahr unter der Fragestellung, was die "Bedeutung einer ehrlichen und konsequenten Friedens- und Freundschaftspolitik eines neuen Deutschland gegenüber der Sowjetunion" sei "[D]ie Vorteile eines Kulturaustauschs."⁶⁴ Dies sind Beispiele dafür, daß sich schon die Exil-KPD mit dem Arbeitsfeld der späteren DSF beschäftigte, denn die "Umerziehung des deutschen Volkes" und der Kulturaustausch mit der Sowjetunion sollten zu tragenden Ideen der Studiengesellschaft und der DSF werden. Anton Ackermann bringt es in diesem Entwurf die Freundschaft zur Sowjetunion auf eine bemerkenswert unideologische Formel:

"Der größte Nachbar = die S.U.
Freundschaft zur S.U. = besondere Bedeutung.
Alle Mittel mobilisieren = auch die Vergangenheit."⁶⁵

Aus dem Oktober 1944 stammt der Entwurf des "Aktionsprogramms des Blockes der kämpferischen Demokratie", der Verfasser Wilhelm Pieck beschreibt hierin "was zu tun ist", wenn "Nazideutschland" militärisch besetzt ist:

- 1) Entfaltung einer breiten antifaschistischen und antiimperialistischen Massenpropaganda.
- 2) Entfaltung einer Massenbewegung für die Schaffung eines Blockes der kämpferischen Demokratie, der alle Organisationen, Parteien, Gruppen und Personen erfassen soll [...].⁶⁶

⁶² Becher, J. R.: Bemerkungen zu unseren Kulturaufgaben (maschinenschriftliche Disposition, vorgetragen am 25. 9. 1944), in: Erler, P. u.a.: Nach Hitler kommen wir, S. 234.

⁶³ Ebenda, S. 235.

⁶⁴ Ackermann, A.: Deutschland und die Sowjetunion (handschriftliche Vortragsdisposition für eine Lektion in der Parteischule der KPD, am 15. 10. 1944 vorgetragen), in: Erler, P. u.a.: Nach Hitler kommen wir, S. 238.

⁶⁵ Ebenda, S. 240.

⁶⁶ Pieck, W.: Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie (maschinenschriftliche zweite Fassung, 14. 10.1944), in: Erler, P. u.a.: Nach Hitler kommen wir, S. 244.

Im Zusammenhang mit diesem Vorgriff auf den *Antifa-Block* (Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien) der DDR wird auch erstmals in den “Exilpapieren” der KPD die Wiedereinrichtung eines *Bundes der Freunde der Sowjetunion* gefordert. Pieck referiert dort stichwortartig über die einzurichtenden Massenorganisationen im von der Sowjetunion besetzten Deutschland, er führt einheitliche Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, Kriegsofferorganisationen, Volkshilfeorganisationen und eben den *Bund der Freunde der Sowjetunion* an.⁶⁷

Pieck wollte also an die Freundschaftstradition der Weimarer Zeit anknüpfen. Wie man im nächsten Kapitel (4.2.) noch sehen wird, vermied man in der SBZ aber die einfache Wiedergründung des Weimarer Bundes, um mit der neuen Organisation *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* ein breiteres Publikum anzusprechen. Dieser Gedanke ist auch schon bei Pieck 1944 angelegt, wenn er für zukünftige Massenorganisationen fordert: “Näher heran an [die] Massen” und von den neuen Massenorganisationen “eine möglichst enge Verbindung u. Beeinflussung ihrer Mitglieder durch die Partei”⁶⁸ verlangt.

Die Idee einer Freundschaftsorganisation für die SBZ ist also schon in den “Exilpapieren” der KPD belegt, dies sei besonders auch bezüglich des im nächsten Kapitel ausführlich dargelegten Gründungsmythos der *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* erwähnt.

4.2. Vorläufergruppierungen: Deutsch-Russische Klubs und die Sowjetsektionen im Kulturbund

Schon kurz nach Kriegsende bildeten sich erste deutsch-russische Zirkel und Grüppchen in Leipzig, aus denen dann 1946 eine *Deutsch-Russische Gesellschaft* (1946) hervorgegangen war. Auch anderswo fanden sich ehemalige Mitglieder der Freundschaftsorganisationen der Weimarer Zeit zusammen und organisierten Kulturabende mit russischer Musik, bildender Kunst und Gesprächsrunden. In der Universität Rostock, so berichtet Jens Gieseke, habe der Dekan der landwirtschaftlichen Fakultät Prof. Dr. Heinz Janert im Juni 1946 die Bildung einer Studienorganisation vorgeschlagen.⁶⁹

⁶⁷ Pieck, W.: Der Aufbau der KPD und ihre organisationspolitischen Probleme (handschriftliche Rededisposition für eine Lektion vor dem 1. Lehrgang der Parteischule der KPD, vorgetragen am 31.10.1944), in: Erler, P. U. u.a. : Nach Hitler kommen wir, S. 287.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Gieseke, J.: Die Gesellschaft..., S. 53.

Die Berichte von teils spontanen Zusammenschlüssen Rußlandbegeisterter hingegen sind “mit Vorsicht zu genießen”, denn die DDR-Geschichtsschreibung neigte dazu, zu behaupten, die Initialzündung zur Deutsch-Russischen Freundschaft sei aus der Bevölkerung gekommen, die organisierte Freundschaft also sozusagen von unten nach oben gewachsen. Ein Beispiel zur so betriebenen Geschichtsklitterung liefert der DDR-Historiker Wolfgang Schmechting, seine Darstellung über die Gründung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt beginnt wie folgt:

“Wie in vielen Teilen der damaligen sowjetisch besetzten Zone, waren durch Initiative von Antifaschisten und Intellektuellen auch in Sachsen-Anhalt Zirkel und Gruppen gebildet worden. Später entstanden spontan aus der Arbeiterschaft derartige Gruppen „[...]“, die sich intensiv um eine Normalisierung und Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion einsetzten⁷⁰

Diese Ausführungen sind in zweierlei Hinsicht zu relativieren: Erstens partizipierte ein verschwindend geringer Bevölkerungsanteil in besagten Zirkeln und Grüppchen, vielmehr war ein “common sense” gewordener Antisowjetismus in der Bevölkerung tonangebend. Zweitens ist, wie man sehen wird, die Gesellschaft eindeutig “von oben” installiert worden, die “spontan aus der Arbeiterklasse” hervorgegangenen Gruppen, wenn es sie denn überhaupt gegeben hat, sind somit ein zu vernachlässigendes Phänomen. Somit ist die chronologische Darstellung, aus diesen Zirkeln sei die Gesellschaft entstanden, mehr als übertrieben. Es handelt sich, wie festzustellen bleibt, in sogeartetten Darstellungen um die politisch motivierte Etablierung eines Gründungsmythos.

Neben der *Deutsch-Russischen Gesellschaft* in Leipzig gilt der *Deutsch-Russische Kultur-Club* (DRKC), der im Mai oder Juli 1946 in Weimar gegründet wurde, als Vorläuferorganisation der Studiengesellschaft. Wie Hartmann/Eggeling und Jens Gieseke übereinstimmend feststellen, ging diese Gründung auf die Initiative der SED-Landesleitung Thüringen zurück und entstand somit auch nicht “spontan aus der Arbeiterklasse”⁷¹, auch wenn Lothar Dralle einschränkend daraufhin hinweist⁷², daß dies für den damaligen Zeitpunkt recht ungewöhnlich war, da man sich von Parteiseite aus taktischem Kalkül ansonsten in Bekundung allzu großer Freundschaft zurückhielt.

⁷⁰ Schmechting, W.: “Durch Studium zur Wahrheit...”, (Ost) S. 10.

⁷¹ Vgl. Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 24 und Gieseke, J.: Die Gesellschaft..., S. 52. Beide beziehen sich auf Meng, H.: Zur Entwicklung der Landesorganisation Thüringen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Jahren 1945-1949 (Beiträge zur Geschichte Thüringens, Bd. IV), (Ost) Erfurt 1984.

⁷² Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 94. Lothar Dralle meint, daß die SED-Initiative zur Gründung ein nachträglich konstruierter Gründungsmythos sei, dem ist entgegenzuhalten, daß ansonsten gerade die Nichtbeteiligung der Partei hervorgehoben wurde.

Bewußt vermied man die Wiedergründung eines *Bundes der Freunde der Sowjetunion*, vielmehr versuchte man mit dem Kulturklub ein breiteres Publikum anzusprechen. Die Gästeliste der Gründungsveranstaltung zeigt die hohe Bedeutung, die der Gründung seitens der Sowjets beigemessen wurde: Als Vertreter der SMAD Thüringens (SMATH) war Gardegeneralmajor Kolesnitschenko anwesend, von deutscher Seite u.a. Oberbürgermeister Faust, der ins Präsidium des Klubs berufen wurde, und die Schriftstellerin Ricarda Huch.⁷³

Im Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft in der Puschkinstraße (Weimar) fanden “von nun an gesellige Zusammenkünfte und kleinere gesellschaftliche Veranstaltungen der Mitglieder des Clubs statt. Bei einem Glase Tee oder Wodka konnten wir uns mit unseren sowjetischen Freunden kameradschaftlich aussprechen, Vorträge anhören, Filme sehen und uns über die politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse sowie über die Geschichte der Sowjetunion informieren”⁷⁴, berichtet der damalige Referent des Landesamtes für Kommunal- und Bauwesen Heinrich Hoffmann über die Arbeit des Klubs. Im November 1946 sollen dem Klub schon über 200 Mitglieder angehört haben.⁷⁵

Im Jahr 1947 ging der Klub in der neugegründeten *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* auf. Was sich so selbstverständlich anhört, verlief wohl in der Realität nicht immer so reibungslos, so beschloß z.B. die Sektion “Russische Kunst” der Ortsgruppe des Kulturbundes, die Gründung einer Ortsgruppe Suhl der *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* nicht zuzulassen.⁷⁶

Solche Sowjetsektionen des Kulturbundes sind auch zu den Vorläufergruppierungen der Gesellschaft zu rechnen. Der Kulturbund wurde bereits am 3. Juli 1945 in Berlin als *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands* gegründet. Sein erster Präsident war der Schriftsteller Johannes R. Becher, Ehrenvorsitzender der greise Gerhard Hauptmann. Punkt fünf des Genehmigungsschreibens des Gründungskomitees an die SMAD definiert als Ziel und Aufgabe für den Bund die “Wiedergewinnung der Achtung anderer Völker, insbesondere der Sowjetunion [...]”⁷⁷, in Anbetracht dieser Zielsetzung lag die Gründung von Sowjetsektionen innerhalb des Kulturbundes nahe. Bis 1946 waren in vier Ortsgruppen (namentlich in Gera, Rudolfstadt, Schwerin und Stralsund) Sektionen zum Studium der

⁷³ Vgl. ebenda.

⁷⁴ Hoffmann, H.: Es begann ein neues kulturelles Leben, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 425.

⁷⁵ Mai, J.: Die Gesellschaft zum Studium..., (Ost) S. 860.

⁷⁶ Vgl. Schönknecht, T.: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, (Ost) S. 735.

⁷⁷ Genehmigung zur Gründung des “Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands”, in: Dietrich, G.: Um die Erneuerung der deutschen Kultur, (Ost) S. 64.

Sowjetkultur entstanden, bis 1947 kamen noch vierzehn neue Sektionen hinzu.⁷⁸ Über die durchschnittliche Teilnehmerzahl dieser Sektionen ist nichts bekannt, da die zu den Sowjetsektionen gehörenden Ortsgruppen des Kulturbundes aber sehr klein waren, kann von einer sehr geringen Teilnehmerzahl ausgegangen werden.⁷⁹

4.3. “Das Haus am Kastanienwäldchen“

Mit dem Beschluß Nr. 2498 verfügte der Ministerrat der UdSSR am 17. November 1946 die Einrichtung eines Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin.⁸⁰ Das im Gebäude des ehemaligen preußischen Finanzministeriums in Berlin Mitte (Unter den Linden), untergebrachte “Haus am Kastanienwäldchen”, wie die Einrichtung genannt wurde, sollte mit den Worten von Oberst S. I. Tulpanow (SMAD) gesprochen “eine wichtige Rolle bei der ideologischen Umerziehung der deutschen Bevölkerung, bei der Ausmerzung des Giftes des Antikommunismus, bei der Verbreitung richtiger Vorstellungen von der Sowjetunion, von ihren Leistungen, ihrer Kultur und Lebensweise”⁸¹ spielen. Offiziell wurde das Haus am 28.2.1947 durch den Oberst eröffnet.

Von der SMAD wurde Dr. G. N. Golikov als Leiter der Einrichtung eingesetzt, zum deutschen Direktor wurde Walter Gerull Kardas bestimmt, neben ihm arbeiteten noch weitere Deutsche im Haus, u.a Konrad Wolf, der Sohn des Dramatikers Friedrich Wolf sowie Marianne Weinert, die Tochter des Schriftstellers Erich Weinert. Obwohl das Haus nach außen hin ein eher unpolitisches, kulturelles Image pflegte, fanden doch die meisten Veranstaltungen zu recht “eindeutigen” Themen statt: “Der thematische Schwerpunkt der im Haus der Sowjetunion gehaltenen Vorträge lag von Anbeginn auf der Vermittlung von Wissen über die Sowjetunion und auf marxistischen Analysen und Stellungnahmen zu allgemein-politischen Problemen.”⁸² So spricht auch Gerhard Köbel, Leiter des Hauses ab 1951 und späterer Sekretär der DSF von einer “propagandistischen Funktion”⁸³ die das Haus zu erfüllen habe.

⁷⁸ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 51.

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ Dietrich, G.: Um die Erneuerung der deutschen Kultur, (Ost) S. 173. Die Vorbereitungen hierfür gehen schon auf den Sommer 1946 zurück, vgl.: Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 98.

⁸¹ Tulpanow, S.: Deutschland nach dem Kriege, (Ost) S. 284.

⁸² Feige, H.-U.: Zur propagandistischen Unterstützung des demokratischen Neuaufbaus..., (Ost) S. 486.

⁸³ Köbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 526.

Interessant ist, daß die durch den Krieg verwüsteten Räume des Finanzministeriums im ursprünglichen, klassizistischen Stil wiederhergerichtet wurden, wohl um der deutschen Klientel ein Gefühl von "Heimat" zu geben. Auch die weitere Ausgestaltung der Räumlichkeiten folgte diesem Vorsatz: "Im Marmorsaal wurden Büsten von Heine und Gorki aufgestellt. An seiner Decke wurden, der architektonischen Struktur entsprechend, Porträts berühmter deutscher, russischer und anderer hervorragender Dichter und Denker [...] angebracht"⁸⁴. Dem Besucher sollte das Gefühl genommen werden, sich im Haus einer Besatzungsmacht zu befinden. Ihm sollte, z.B. durch das Aufstellen der Heinebüste, suggeriert werden, daß ein gleichberechtigter Kulturaustausch stattfände. Hier zeigt sich, wie sozusagen "im Vorübergehen" Teile der klassischen deutschen Kultur reanimiert und instrumentalisiert wurden oder, um mit Gerhard Körbel zu sprechen: "Wie die gesamte kulturelle und künstlerische Tätigkeit bewies, trug dieser äußere Rahmen durchaus programmatischen Charakter. Viele Berliner lernten hier durch sowjetische Freunde unser eigenes humanistisches und revolutionäres Erbe kennen oder auf eine neue Art sehen."⁸⁵

Auch in den Veranstaltungen spiegelt sich diese Methode wieder, die Heine-Feier zum Anlaß des 150. Geburtstages des Dichters im Dezember 1947 im "Haus am Kastanienwäldchen" ist nur ein Beispiel hierfür. Dort ließ es sich Major Dymshiz nicht nehmen, Heine als "Vorkämpfer für Demokratie und Sozialismus"⁸⁶ zu charakterisieren und Körbel fügt hinzu: "[S]eine Einschätzung Heines basierte gleichermaßen auf einer gründlichen Kenntnis der deutschen Literatur und der Theorie des Marxismus-Leninismus."⁸⁷

Die Tätigkeiten des Hauses wurden in der ersten Zeit hauptsächlich von Mitarbeitern der SMAD geleistet, einige von ihnen waren Lektoren an der Schule der SMAD in Königswusterhausen⁸⁸ und hatten somit eine gewisse Erfahrung im Umgang mit Deutschen. Die Themen ihrer Vorträge standen in inhaltlichem Zusammenhang mit ihrer Lehrtätigkeit an der Schule der SMAD. Für die Jahre 1947 und 1948 nennt Gerhard Körbel folgende Themenschwerpunkte: "Die Gesellschafts- und Staatsordnung der Sowjetunion", "Die sowjetische und die bürgerliche Demokratie", "Sozialismus und Kommunismus", "Was sind

⁸⁴ Ebenda, S. 518.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Rede von Alexander Dymshiz anlässlich des 150. Geburtstages Heinrich Heines im Haus der Kultur der Sowjetunion, zit. nach: Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 519 (Körbel gibt hier eine Passage aus der Rede von Dymshiz wieder).

⁸⁷ Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des Roten Sterns, (Ost) S. 519.

⁸⁸ Vgl. Feige, H.-U.: Zur propagandistischen Unterstützung des demokratischen Neuaufbaus..., (Ost) S. 486 und Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 519.

die Sowjets?', 'Sozialismus und persönliche Freiheit', 'Die Sowjetarmee - eine Armee des Friedens', 'Warum gibt es in der Sowjetunion nur eine Partei.'"⁸⁹ Desweiteren gab es Vorträge zum sowjetischen Bildungswesen, dem Lebensstandard in der UdSSR, über die Rolle der Frau, der Gewerkschaften und des Komsomol⁹⁰. In Körbels Auflistung ist kein einziger "kultureller" Vortrag im engeren Sinne zu finden, auch andere Darstellungen bestätigen die Annahme, daß das Vortragsprogramm in erster Linie ideologisch-politischer Natur war.⁹¹

Neben den Vorträgen gab es aber eine Vielzahl kultureller Veranstaltungen, die sozusagen via Kunst und Kultur von der "systemischen Überlegenheit" der Sowjetunion berichten sollten. Die kulturpropagandistische Tätigkeit umfaßte Veranstaltungen zu Literatur, Musik, Theater und bildender Kunst.

Auf dem Programm standen Abende und Matineen zu Werk und Leben namhafter sowjetischer Schriftsteller, wie z.B. Maxim Gorki, Wladimir Majakowski, Nikolai Gogol und Anton Tschechow. Sowjetische und deutsche Literatur standen dem Besucher außerdem in der für die Zeit sehr umfangreichen Bibliothek zur Verfügung. Sie umfaßte schon bei der Eröffnung des Hauses 5000 Bände und erweiterte ihr Angebot in den ersten Jahren auf 18.000 Bände.⁹²

Ab Mai 1947 unterhielt das Haus auch ein eigenes Theater⁹³, gespielt wurden Werke sowjetischer Autoren unter deutscher Regie⁹⁴. Die Autoren- und Stückauswahl besorgten die sowjetischen Stellen, es wurde dabei stets genau auf die ideologische Unbedenklichkeit geachtet. Bevorzugt wurden künstlerische Auseinandersetzungen mit den Themen Revolution, Faschismus und Sozialismus. Eine kleine Auswahl der aufgeführten Werke zeigt das Profil der Bühne, gespielt wurden u.a. "Die Bresche" von B. A. Lawrenjow, "Ljubow Jarowaja" von K. A. Trenjow und die "Optimistische Komödie" von W. W. Wischnewski,

⁸⁹ Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 521.

⁹⁰ Kommunistischer Jugendverband der Sowjetunion.

⁹¹ Feige nennt für den Zeitraum Januar bis Mai 1948 12 Vorträge von denen zumindest einer den Titel „Die bildende Kunst in der Sowjetunion“ trägt, vgl.: Feige, H.-U.: Zur propagandistischen Unterstützung des demokratischen Neuaufbaus..., (Ost) S. 486.

⁹² Körbel nennt die Zahl 18.000 Bände ohne Jahr, er datiert den entsprechenden Absatz mit „Von Anfang an“, was jedoch unwahrscheinlich ist, da sonst übereinstimmend von 5000 Bänden ausgegangen wird. Er wird also die ersten Jahre des Hauses gemeint haben, also 1948 oder 1949, vgl: Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 529.

⁹³ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 54.

⁹⁴ Körbel nennt die deutschen Regisseure Wolfgang Langhoff, Ernst Legal, Heinz Litten u. Hans Rodenberg, vgl.: Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 530.

alles Revolutionsstücke. Inwieweit auch Stücke vorrevolutionärer russischer Autoren aufgeführt wurden, ist nicht zu klären⁹⁵, eine große Rolle können sie jedoch nicht gespielt haben, da die Aufführung solcher nirgendwo erwähnt ist.

Außerdem wurden im Haus der Kultur immer wieder Ausstellungen sowjetischer Malerei, Grafik, Plastik und Architektur gezeigt.

Wie man gesehen hat, entwickelte sich im “Haus am Kastanienwäldchen” eine recht beachtliche Aktivität: Bis 1947 konnte die Bilanz des Hauses 473 Vorträge verzeichnen, Ende 1948 konnte der millionste Besucher begrüßt werden.⁹⁶ Ob diese Besucher jedoch alle aus reinem Interesse an den Vorträgen gekommen waren, darf als fraglich gelten, denn für viele hatte das “Haus am Kastanienwäldchen” “einsichtiger” Vorteile zu bieten, als die “Wahrheit” über die Sowjetunion: beheizte Räume und ein Dach über dem Kopf.⁹⁷

Andererseits wird übereinstimmend von der hohen Qualität und Anziehungskraft der Veranstaltungen im Haus berichtet: “Westliche Kulturoffiziere sowie deutsche Besucher aus Ost und West zeigten sich tief beeindruckt von den energiereichen sowjetischen Repräsentanten und den interessanten Programmen [...]”⁹⁸

“Dank der Vielfalt und dem hohen Niveau der Veranstaltungen [...] trat das Haus der Kultur immer stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit”⁹⁹, schreibt Gerhard Körbel und diese Einschätzung scheint trotz seiner “Befangenheit” als Leiter der Einrichtung richtig. So sind wohl mehrere Faktoren ausschlaggebend für den guten Zuspruch des Hauses in der Berliner Bevölkerung. Hinzu kommt ein weiterer: Die Neugier. Für die Berliner Bevölkerung gab es natürlich kaum eine bessere Chance, ihre “neuen Herren” einmal näher zu beäugen, als im “Haus am Kastanienwäldchen”.

Besonderen Wert legt die DDR-Geschichtsschreibung auf die Feststellung, daß im Haus eine sehr freie Diskussionskultur geherrscht habe. So wird z.B. von einer lebhaften Diskussion zum Thema Anarchie und Freiheit im Zuge der Aufführung der “Optimistischen Tragödie” berichtet oder von den zahlreichen Diskussionsveranstaltungen nach Erscheinen des

⁹⁵ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 54.

⁹⁶ Feige, H.-U.: Zur propagandistischen Unterstützung des demokratischen Neuaufbaus..., (Ost) S. 486. Körbel spricht von 474 Vorträgen und Aussprachen im ersten Jahr: Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 519.

⁹⁷ Vgl. Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 67. Die Autoren beziehen sich hier allgemein auf die Räumlichkeiten der DSF und nicht speziell auf das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin, es darf aber angenommen werden, daß gleiches auch dort galt.

⁹⁸ Naimark, N. M.: Die Russen in Deutschland, S. 513.

⁹⁹ Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 519.

Herrnstadt Artikels “Über die ‘Russen’ und über uns”. Allzu frei war die Diskussionskultur jedoch wohl auch hier nicht, zwar ließ man die einzelnen Redner fast immer zu Wort kommen, das Vorrecht auf Redezeit aber lag bei den anwesenden SMAD-Offizieren, die das ideologisch einwandfreie letzte Wort hatten. Diskussionen mit offenem Ausgang gab es von Anfang an nicht.

Nach Gründung der *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion*, die Gründungsversammlung fand am 30. Juni 1947 im “Haus am Kastanieinwäldchen” statt, gab es eine enge Zusammenarbeit bei der Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen mit der Studiengesellschaft. Auch mit dem *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung* wurde kooperiert.¹⁰⁰

Am 30. Juni 1950 übergaben die Sowjets das “Haus am Kastanienwäldchen” an die Regierung der DDR, die es dann der *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft* (DSF) zur Nutzung als zentrales Kulturhaus übereignete.

4.4. Die Bildung der ersten Landesgesellschaften

“Angesichts des zunehmenden Interesses an weitergehenden Informationen über das gesellschaftliche Leben im ersten sozialistischen Staat begannen namhafte Wissenschaftler, Künstler und Vertreter des öffentlichen Lebens in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone seit Mai/Juni 1947, Initiativkomitees zur Gründung von Landesgesellschaften bzw. örtlichen Gruppen zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu bilden.”¹⁰¹ schreibt der DDR-Historiker Mai und spinnt damit den Gründungsmythos weiter.

Vielmehr dürften die Initiative von SMAD und SED ausgegangen sein, auch Mai erwähnt dies, aber er sieht das Engagement von Partei und Besatzungsmacht als Reaktion auf das angeführte “zunehmende Interesse”: Mehrmals hatten im Mai/Juni 1947 Besprechungen zwischen leitenden Kadern von SMAD und SED zur Frage einer Studiengesellschaft stattgefunden.¹⁰² Wie man sieht, wurde alle taktische Finesse verwandt, die Gründung der Studiengesellschaft “aus der Mitte des Volkes” heraus erscheinen zu lassen.

In diese Kategorie fällt auch die von DDR-Historikern gern und viel zitierte Rede des Kulturbundpräsidenten und Lyrikers Johannes R. Becher. Becher schlägt auf dem 1. Bundeskongreß des Kulturbundes, der vom 20. bis 21. Mai 1947 in Berlin stattfand, die

¹⁰⁰ Vgl. Ebenda, S. 520.

¹⁰¹ Mai, J.: Die Gesellschaft zum Studium..., (Ost) S. 859.

¹⁰² Ebenda.

Gründung einer zonenweiten Freundschaftsgesellschaft vor. “Der Kongreß wird in der DDR-Literatur als ‘Initialzündung’ für die Gründung der DSF (die Autorin meint die *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion*, Anm. d. Verf.) gewertet”¹⁰³, denn wer hätte besser eine Studiengesellschaft fordern können als ein angesehener Künstler. Lothar Dralle bringt die Taktik der SMAD pointiert auf den Punkt, wenn er über die Gründer schreibt: “[w]Wenn wir (gemeint sind SMAD und SED, Anm. d. Verf.) so vorgehen, dann werden die politisch Naiven in eurem Land glauben, das ist euch Deutschen und nicht den Russen eingefallen.”¹⁰⁴

Auch daß die neue Gesellschaft sozusagen vom Kleinen ins Große wuchs, nämlich von den Ortsgruppen über die Landesgesellschaften zur Zentrale, paßt in dieses Konzept. So verwundert es dann auch nicht, daß die Zentrale Gesellschaft erst am 30. Juni 1947, also nach der Gründung der ersten Landesgesellschaften, in Berlin gegründet wurde.

Vorreiter im Gründen von Landesgesellschaften war der *Deutsch-Russische Kultur-Club* in Weimar¹⁰⁵: “Bereits am 29. Mai 1947¹⁰⁶ hatten die Mitglieder dieses Klubs erste Schritte zur Bildung einer Gesellschaft eingeleitet. Mit Genehmigung der SMAD in Thüringen (SMATH) gründeten sie am 13. Juni in Weimar die thüringische *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion*. Ironischerweise gehörte zur so neugegründeten Landesgesellschaft Thüringen genau eine Ortsgruppe, nämlich die bereits erwähnte aus Weimar, der ehemalige DRKC. Um dem Entstehungsmythos den allerletzten Schliff zu geben, schickte die Gründungsversammlung einen Brief an den Obersten der SMATH (Gardegeneralmajor Kolesnitschenko) und bat um die Zulassung einer *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion*. Wie Lothar Dralle und Jens Gieseke anmerken, muß der Gardegeneralmajor Kolesnitschenko wohl über die Jahre vergessen haben, die “taktische Wahrheit” zu vertreten, in einem 1985 veröffentlichten Memoirenbändchen jedenfalls schreibt er: “So wurde dann in der ersten Hälfte des Jahres 1947 auf Vorschlag der Verwaltung der SMATH, unterstützt vom Landesvorstand der SED, der deutsch-russische Klub zur ‘Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion’ umgestaltet [...]”¹⁰⁷. Der Brief der Gründungsversammlung findet keine Erwähnung.

¹⁰³ Heider, M.: Politik-Kultur-Kulturbund, S. 81.

¹⁰⁴ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 101.

¹⁰⁵ Vgl. hierzu auch Kapitel 4.3. dieser Arbeit.

¹⁰⁶ Zum genauen Gründungsdatum gibt es verschiedene Versionen: Jochim Mai gibt den 29. Mai und den 13. Juni an, in den Erinnerungen Heinrich Hoffmanns ist es der 28. Mai.

¹⁰⁷ Kolesnitschenko, I. S.: Im gemeinsamen Kampf..., (Ost) S. 110.

Am 14. Juni 1947 folgte Schwerin (für Mecklenburg), wo u.a. Volksbildungsminister Gottfried Grünberg und der Schriftsteller Willi Bredel in den Landesvorstand gewählt wurden. Bis August waren dann in Rostock, Schwerin, Stralsund, Greifswald, Wismar, Güstrow und Neustrelitz Ortsgruppen der Landesgesellschaft Mecklenburg entstanden. In diesem Tempo ging es am 17. Juni in Sachsen und am 21. Juni in Sachsen-Anhalt weiter.¹⁰⁸ Die Länder Brandenburg und Großberlin brauchten etwas länger und gründeten ihre Landesorganisationen am 12. September bzw. am 29. November¹⁰⁹.

Alle Gründungen gehen auf die Initiative von SMAD und SED zurück, die versuchten, dem längst beschlossenen Plan einer Freundschaftsgesellschaft so “Unterfutter” und “Bodenhaftung” zu geben.

4.5. Die Gründung der Zentralen Gesellschaft

Am 30. Juni 1947 fand im “Haus am Kastanienwäldchen” in Berlin die Gründungsversammlung der Zentralen Gesellschaft statt. “Die Gründung erfolgte auf Anregung einer Gruppe von Antifaschisten, Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern und Studenten. Ein Ausschuß richtete an die SMV (gemeint ist die SMAD, Anm. d. Verf.) die schriftliche Bitte, die neue Gesellschaft zu genehmigen.”¹¹⁰ .

Über die genaue Zusammensetzung und die Arbeit dieses Vorbereitungsausschusses ist nicht viel bekannt, überliefert sind aber die Namen einiger seiner Mitglieder, so gehörten u.a. der spätere Präsident der Gesellschaft Jürgen Kuczynski (SED), die Schriftstellerin Anna Seghers (SED), und der Theaterregisseur Hans Rodenberg (SED) zum Vorbereitungsteam. Natürlich war auch der Gründungsantrag dieser Gruppe¹¹¹ nur eine Formalie, wie schon im Zusammenhang mit der Gründung der Landesgesellschaften versuchten SMAD und SED auch hier die Gründungsinitiative als aus der deutschen Bevölkerung kommend erscheinen zu lassen.¹¹²

Die SMAD zögerte nicht lange und lud zur Gründungsversammlung für den 30. Juni 1947 in ihr Kulturhaus ein. Die Gründungsversammlung bestand aus Vertretern der

¹⁰⁸ Abweichend hierzu gibt der Rechenschaftsbericht der Gesellschaft zur 1. Jahresversammlung vom 22.-23. Mai 1948 für Sachsen-Anhalt den 1.6.1947 an, vgl.: SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 2.

¹⁰⁹ Joachim Mai erklärt die sehr späte Berliner Gründung mit Zulassungsproblemen verursacht durch die westlichen Alliierten, vgl. hierzu Mai, J.: Die Gesellschaft zum Studium..., (Ost) S. 862.

¹¹⁰ Schmechtig, W.: Durch Studium zur Wahrheit..., (Ost) S. 10.

¹¹¹ Veröffentlicht am 1.7.1947 in der Täglichen Rundschau.

¹¹² Vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 117.

Landesgesellschaften, den Mitgliedern des Vorbereitungsteams und anderen von SMAD und SED ausgewählten Persönlichkeiten.¹¹³ Nach der Begrüßung durch den Leiter der Informationsverwaltung der SMAD Sergej Tulpanow wurde Jürgen Kuczynski zum ersten Präsidenten der Zentralen Gesellschaft gewählt, seine Stellvertreterin wurde Anna Seghers, erster Generalsekretär wurde Hans Mark.¹¹⁴ Weitere Mitglieder des Vorstandes wurden Walter Gerull-Kurdas (deutscher Leiter des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin), Prof. Schneider aus Jena, Prof. Ehmsen aus Berlin, Prof. Pontius van Beek ebenfalls aus Berlin, Prof. Unger aus Erfurt, Luise Paul aus Weimar und die Studentin Anna Groß aus Berlin¹¹⁵.

Der Wirtschaftshistoriker Kuczynski war eigentlich nach seiner Rückkehr aus dem englischen Exil als zukünftiger Leiter der neuzubildenden *Deutschen Wirtschaftskommission* (DWK) im Gespräch, diesen Posten bekam dann aber Heiner Rau. Der offensichtlich enttäuschte Kuczynski wurde dann von der SMAD für das Präsidentenamt ausgesucht, über das *Warum* kann man nur spekulieren.¹¹⁶ Wahrscheinlich erscheint, daß die SMAD einen “unabhängigen” Kandidaten wollte (obwohl auch er seit 1930 Mitglied der KPD war), der nicht von vornherein als moskauhöriger Funktionär die neue Gesellschaft in der öffentlichen Meinung disqualifizierte. Sein Verweilen im englischen Exil und sein auch im Westen verbreiteter Ruf als ernstzunehmender Wissenschaftler begünstigten die Entscheidung für ihn.¹¹⁷

Die Wahl Hans Marks zum Generalsekretär sollte wohl die “Defizite” Kuczynskis ausgleichen und ihn ergänzen: Mark sprach, im Gegensatz zu Kuczynski, fließend Russisch und kannte die Sowjetunion sehr gut, bereits mit 14 Jahren hatte er die UdSSR besucht und dort am Sturm auf das Winterpalais teilgenommen.¹¹⁸

¹¹³ Vgl. hierzu Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 117; Schönknecht, T.: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 735 und Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 57.

¹¹⁴ Vgl. Schönknecht, T.: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 743.

¹¹⁵ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 57f. Gieseke bezieht sich bei der Zusammensetzung des Vorstandes auf ein Artikel des Neuen Deutschland vom 3.7.1947.

¹¹⁶ In seinen Erinnerungen schreibt Kuczynski nichts über die Gründe, man merkt seinen Ausführungen aber an, daß der Verzicht auf die Leitung der Wirtschaftskommission schmerzlich war. Ob ihm die Präsidentenstelle sozusagen nur als “Entschädigung” für die versprochene Leitungsfunktion zufiel, muß Spekulation bleiben, daß Kuczynski aber noch nicht einmal des Russischen fähig war, mag diese Annahme unterstützen. Vgl. hierzu Kuczynski, J.: Dialog mit meinem Urenkel, (Ost) S. 50f.

¹¹⁷ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 58.

¹¹⁸ Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 20.

Dominiert wurde die Gründungsversammlung von zwei richtungsweisenden Referaten: Der Rede Oberst Tulpanows und dem Grundsatzreferat Jürgen Kuczynskis, in entscheidenden Passagen weisen die Reden der beiden erstaunliche Unterschiede auf.

4.6. Programmatik und Zielsetzung in den Reden Kuczynskis und Tulpanows auf der Gründungsversammlung vom 30. Juni 1947

Der Chef der Informationsverwaltung der SMAD Tulpanow eröffnete die Versammlung, seine Rede steckt voll aufschlußreicher Details zu den Vorstellungen der sowjetischen Stellen über die zukünftige Rolle der Studiengesellschaft. In solcher Eindeutigkeit äußerten sich Vertreter der SMAD nur selten, zumal vor einem nichsowjetischen Auditorium wie im Haus der Kultur der Sowjetunion. Am plausibelsten ist die "Offenheit" der Rede mit dem überlieferten Charakterprofil des Redners zu begründen: Tulpanow galt als aufgeschlossener Kenner und Verehrer der deutschen Kultur und als ausgesprochen deutschfreundlich im Gegensatz zu manchem seiner Kollegen. Dies brachte ihn in internen Kreisen der Militärverwaltung des öfteren in Verruf und beeinflusste wohl auch die Entscheidung zu seiner Absetzung im Jahre 1949. In einem Memorandum der Kommission des ZK der KPdSU an den Genossen A. Zdanov heißt es dann auch: "Seine grobe Einmischung in die Angelegenheiten der Parteien und sein Drang zur Selbstdarstellung machen sein Verbleiben auf dem Posten des Leiters der Verwaltung unmöglich."¹¹⁹ Die Strukturlosigkeit seiner Rede und das Hin- und Herspringen der Argumentationslinien lassen darauf schließen, daß das Gesagte relativ spontan und mit wenig taktischem Kalkül vorgetragen wurde.

Tulpanow leistet sich keinerlei Zurückhaltung, wenn er über den Beschäftigungsgegenstand der neuen Gesellschaft referiert: Sich mit der Kultur der Sowjetunion zu beschäftigen, bedeute nicht nur Kunst, Literatur und Lebensweise der Sowjetvölker kennenzulernen, sondern auch die Lehren des Staates von Marx und Lenin zu verstehen. "Man muss und kann sich nicht nur beschränken auf die sogenannte schöne Kunst. Wer über die Sowjetunion wirklich etwas wissen will, muss auch verstehen, was heisst Kolchosen, was sind Bolschewiki, was haben sie gemacht und wie ist ihre Einstellung zu der Gegenwart."¹²⁰ An einen reinen Kulturaustausch

¹¹⁹ Memorandum der Kommission des ZK der KPdSU (B) für A. Zdanov über das Ergebnis der Überprüfung der Arbeit der Informationsverwaltung der SMAD (Auszug), Nr. 63, in: Bonwetsch, B. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 279.

¹²⁰ SAPMO-BArch, DY 32 / 10001 (Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung vom 30.6.1947), 4 Blätter. Die folgenden Zitate aus der Rede von S. Tulpanow entstammen alle dieser Quelle und werden deshalb nicht weiter gekennzeichnet.

im engeren Sinne war also auf sowjetischer Seite schon bei Gründung der Gesellschaft nicht gedacht.

Auf deutscher Seite hörte sich das ganz anders an: Kuczynski spricht “nur” von der “Förderung kulturellen Fortschritts durch die Organisation des Studiums der Kultur der Sowjetunion.”¹²¹ Der Zweck der Gesellschaft sei es, die Antisowjethetze des Faschismus und der Weimarer Zeit zu bekämpfen und “den menschlichen Fortschritt, wie er sich in der Sowjetunion manifestiert” zu erforschen und zu begreifen. Das deutsche Volk habe sich im Nationalsozialismus als kulturlos und barbarisch erwiesen, diese “Kulturlosigkeit zu bekämpfen, ist die grosse Aufgabe unserer Gesellschaft. [...] Die grossen Kulturwerke der Sowjetgesellschaft wirklich kennen und schätzen zu lernen, bedeutet auch, sich aus ihnen anzueignen, was für unser Volk, für unsere eigne Gesellschaftsform von Wert und Nutzen ist”, sagt Kuczynski weiter. Bermerkenswert ist das Erwähnen der “eigenen Gesellschaftsform” und die Beschränkung auf das, “was von Wert und Nutzen” ist. Man merkt deutlich, daß die Vision eines eigenen deutschen Weges zum Sozialismus 1947 noch nicht ausgeträumt ist. Von den Lehren Marx’ und Engels ist bei Kuczynskis keine Rede, von einer Übernahme des Sowjetmodells schon gar nicht, das sollte erst später aktuell werden.

Die Gesellschaft soll “die Produktion von Werken über die Sowjetkultur, ausgehend vom einfachen Vortrag bis zum wissenschaftlichen Buch” und “die Reproduktion von Kulturwerken der Sowjetunion: Übersetzung von Romanen, Gedichten, wissenschaftlichen Werken sowie Aufführung von Theaterstücken, Filmen u.s.w.” betreiben, diese Aufgabenbeschreibung kommt einer Studiengesellschaft, die um den Kulturaustausch bemüht ist, schon nahe.

Ausdrücklich betont Tulpanow das große Interesse der Sowjetunion an der Gründung der Gesellschaft, weist aber anschließend daraufhin, daß es auf sowjetischer Seite kein Pendant geben wird. “Wir sind noch nicht so weit, um so eine Gesellschaft zu gründen”, fügt er ein und gibt als Erklärung dafür an, daß man ja noch nicht wisse, ob Deutschland ein “echt demokratisches Volk” werde. Dann unterstreicht er nochmals das sowjetische Engagement und führt die finanzielle Unterstützung der Provinzialgesellschaften (gemeint sind wohl die Landesgesellschaften bzw. deren Ortsgruppen, Anm. d. Verf.) mit “mehr als 1 Million Mark” an. In diesem Zusammenhang stellt er klar, daß jede weitere Unterstützung in

¹²¹ SAPMO-BArch, DY 32 / 10001 (Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung vom 30.6.1947), 4 Blätter. Die folgenden Zitate aus der Rede von J. Kuczynski entstammen alle dieser Quelle und werden deshalb nicht weiter gekennzeichnet.

Zukunft nur noch über die Zentrale laufen werde, “die heute oder nächstes Mal gebildet sein wird”, wie Tulpanow sich ausdrückt. Auch an dieser Formulierung werden die Umstände der Gründung der Gesellschaft noch einmal deutlich, der sehr bestimmte Tonfall des Sowjetobersten verrät die gewichtige Rolle der SMAD in die diesem Zusammenhang. Auch wenn er kurze Zeit später rhetorisch fragt “Wer sollen nun die Mitglieder dieser Gesellschaft sein?”, unterstützt er den Eindruck, daß die gesamte Gründung “generalstabsmäßig” von sowjetischer Seite unter Einbeziehung der SED geplant war, daß das letzte Wort aber in jedem Fall die SMAD hatte.

Auch die spätere Entwicklung der Studiengesellschaft zu einer Massenorganisation ist in Tulpanows Rede schon angelegt: “Es wäre falsch, wenn wir uns darauf beschränken, in diese Gesellschaft nur die intellektuellen Kreise aufzunehmen, es wäre sehr wichtig, dass die breiten Massen der Arbeiter, der Bauern und des Mittelstandes [...] in die Gesellschaft aufgenommen wird.” Diesen Gedanken verfolgend, gibt Tulpanow ein wichtiges Indiz, warum man überhaupt die Gründung einer Studiengesellschaft beschlossen hatte, und nicht die Aufgabe der Systemwerbung und Freundschaftsarbeit den schon bestehenden Sowjetsektionen des Kulturbundes überlassen wollte. Er stellt heraus, daß gerade der spätere Ausbau der Gesellschaft zu einer Massenorganisation das entscheidende Kriterium für deren Gründung ist, wenn er den Kulturbund kritisiert, weil er “nur die Schichten der Intelligenz bei sich” habe. Die SMAD traute dem Kulturbund ganz offensichtlich nicht zu, auch breitere Bevölkerungsschichten zu binden, dazu war der Bund zu künstlerisch und intellektuell ausgerichtet.

Zum Ende seiner Rede stellt Tulpanow noch einmal deutlich klar, daß der Zweck der Studiengesellschaft ein eindeutig politisch-propagandistischer sein wird: “In der ganzen Welt spricht man über Sozialismus und man muss in dieser Gesellschaft klar zum Ausdruck bringen, was ist eigentlich Sozialismus.” Der Name *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* ist also nur dann mehr als bloßes Etikett, wenn man den “erweiterten” Kulturbegriff der sowjetischen Seite berücksichtigt und unter “Studium der Kultur” auch Systemwerbung und Propaganda begreift.

Die deutsche Seite verfolgte eine andere Strategie, ob aus bloßer Taktik oder ernst gemeint, bleibt noch zu klären. Kuczynski beharrt auf dem bis dato verfolgten Gründungsmythos und spricht ausdrücklich von einer “Kulturarbeit”, die zu leisten sein werde, die die “dreißig Jahre alte Verzerrung des Sowjetbildes in unserem Volk zu beseitigen” habe. Vom Lernen über den Sozialismus, wie Tulpanow, spricht er nicht.

Aber auch er geht auf das Engagement der SMAD bezüglich der Gesellschaft ein und fragt: “Warum also zeigt die SMV (gemeint ist die SMAD, Anm. d. Verf.) solch Interesse für unsere heute zu gründende Gesellschaft?” Kuczynskis Antwort auf seine rhetorische Frage erscheint, berücksichtigt man die kurz zuvor gemachten Ausführungen Tulpanows hierzu, reichlich naiv: “Weil das Sowjetvolk an die humanistische Wirkung geistiger Bildung glaubt. Weil die Sowjetunion glaubt, dass deutsche Kenntnis ihrer Kultur den Fortschritt des menschlichen Geistes fördern und ein friedliches Leben der Völker miteinander sichern hilft. [...] Aus dieser ganz kühlen Überlegung erklärt sich die Bereitwilligkeit der SMV unsere Bestrebungen zu unterstützen.”

Ist das alles Propaganda, Taktiererei, bloßes Kalkül oder war man auf deutscher Seite wirklich so naiv zu glauben, man könnte eine “wirkliche” Studiengesellschaft gründen?

Dieser Frage nachgehend fällt zuerst einmal auf, daß die Rede Tulpanows nicht veröffentlicht wurde¹²², ein Abdruck der Rede Kuczynskis aber in der *Täglichen Rundschau* erschien.¹²³

Tulpanows Aussagen waren also nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt. Ob schon in der Planungsphase der Gründungsversammlung beschlossen worden war, nur Kuczynskis Rede zu veröffentlichen oder ob die überraschende Offenheit des Gesagten die SMAD bewegt hatte, von einer Veröffentlichung abzusehen, bleibt unklar. Zumindest kann davon ausgegangen werden, daß Jürgen Kuczynski in Bewußtsein einer späteren Veröffentlichungsabsicht seine Rede verfaßt und gehalten hat, so ist dann auch die gewisse Zurückhaltung in seiner Rede aus taktischen Erwägungen zu erklären¹²⁴: Nach Außen wollte man das Bild einer Studiengesellschaft propagandieren, in der jedem Interessierten die Möglichkeit geboten ist, sich unvoreingenommen über die Sowjetkultur zu informieren. Der mit dem zweiten Jahreskongreß 1949 offiziell begangene Wandel von Aufklärung und Information zu Mobilisierung und Bekenntnis war ein taktisches Manöver, intern hat wohl nie ein Zweifel an der wirklichen Bestimmung der Gesellschaft bestanden.

4.7. Eine Zwischenbilanz: Die erste Jahresversammlung im Mai 1948

¹²² Auzüge der Rede Tulpanows wurden erstmals in der DDR-Dissertation von Jutta Petersdorf veröffentlicht, vgl. Petersdorf, J.: Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei der Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR (1947-1955), Diss., Berlin (Ost) 1973. Die Dissertation lag bei Abfassung der Arbeit nicht vor.

¹²³ *Tägliche Rundschau* vom 1.7.1947.

¹²⁴ Vgl. Hierzu auch die Ausführungen Jens Gieseke, in ders.: Von der Gesellschaft..., S. 61f.

Am 22. und 23. Mai 1948 fand im “Haus am Kastanienwäldchen” unter der Losung “Das Studium der Kultur der Sowjetunion ist eine nationale Aufgabe des deutschen Volkes” die erste Jahresversammlung¹²⁵ der Gesellschaft statt. In seiner Rede am zweiten Tag der Versammlung im Mamorsaal des Kulturhauses zieht der Präsident der Gesellschaft Kuczynski Bilanz über ein knappes Jahr Arbeit der Gesellschaft. Hatte Kuczynski tags zuvor in seiner öffentlichen Rede in der Staatsoper noch die Leistungen der Gesellschaft stark hervorgehoben und “relativ wenig oder gar keine Kritik geübt”¹²⁶, so begann er am zweiten Tag, der als nichtöffentliche Arbeitssitzung konzipiert war, Tacheles zu reden, er streicht zwei Kritikpunkte heraus: Zum einen die strukturelle Schwäche der Zentralen Gesellschaft, er beklagt die dünne Personaldecke und die schlechte Vernetzung von Zentrale und Landesgesellschaften und zum anderen die schlechte Versorgung der Landesgesellschaften mit Arbeitsmaterialien durch die Zentrale Gesellschaft. Beide Kritikpunkte beziehen sich also auf die Arbeit der Zentrale, es geht dabei um die Frage des Verhältnisses, der Kompetenz- und Machtverteilung zwischen Zentrale und Peripherie. Kuczynski bereitet mit seiner Kritik auf das vor, was schon ein Jahr später die Tagesordnung des 2. Jahreskongresses bestimmen sollte: Die Durchsetzung des Prinzips des *Demokratischen Zentralismus*. Rhetorisch geschickt thematisiert Kuczynski den Wunsch einer Stärkung der Zentrale:

“Von dieser Kritik wird nichts genommen durch die Feststellung der Tatsache, dass zweifellos die Landesgesellschaften begonnen haben - und das stärkt auch das Vertrauen zu sich selbst -, eine Reihe von Problemen von sich aus zu lösen. Das heißt, die Schwäche hat in gewisser Weise sich in eine Stärke der Landesgesellschaften, eine stärkere Aktivität und ein stärkeres Selbstbewußtsein der Landesgesellschaften verwandelt, wie es sehr schön gesagt worden ist. Aber man kann nicht bestreiten, dass auch ein starkes Sekretariat diese Stärkung der Landesgesellschaften hätte fördern können.”¹²⁷

Man kann aus der Vorsichtigkeit der Formulierung schließen, daß ein Mehr an Zentralismus, eine Stärkung der Zentrale zugunsten einer Schwächung der Länder, zumal unter Landesdelegierten, ein durchaus strittiges Thema war. Ein langsames Vorbereiten auf die kommenden Veränderungen war also ratsam.

¹²⁵ Im stenographischen Protokoll als Jahresversammlung bezeichnet, in der Literatur oftmals als Delegiertenkonferenz oder einfach Kongreß bezeichnet.

¹²⁶ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Stenographische Niederschrift der 1. Jahresversammlung vom 22. und 23.5.1948), Blatt 14.

¹²⁷ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Stenographische Niederschrift der 1. Jahresversammlung vom 22. und 23. 5 1948), Blatt 16.

Danach geht Kuczynski auf die Publikationstätigkeit der Gesellschaft ein, er äußert die Hoffnung, daß mit der populärwissenschaftlichen Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* eine "Massenverbreitung der Sowjetkultur"¹²⁸ gelingen werde.

Nach seiner Rede übergibt der Präsident das Wort an die Delegierten der Versammlung. Zuerst spricht der Abgeordnete Gute aus Berlin, er geht noch einmal auf das Problem der Materialversorgung ein und beklagt die Unpünktlichkeit im Erscheinen der Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft*, "sie wird so zum ausgesprochenen Ladenhüter"¹²⁹. Im weiteren Verlauf der Diskussion spricht dann die Delegierte Zaisser aus Halle, ihr geht es um den Begriff der Kultur, sie gibt zu bedenken, daß "sich die Kultur nicht erschöpft in der Kunst und was damit zusammenhängt, und dass wir gerade, wenn wir eine breitere Basis für unsere Arbeit unter den Arbeitern gewinnen wollen, auch unser Thema weiter fassen müssen."¹³⁰ Sie sagt weiter, man müsse den Menschen bewußt machen, daß sie nur deshalb in den Genuß von Kulturgütern kämen, weil es es in der SBZ eine "Besonderheit der ökonomischen Basis"¹³¹ gäbe. Die Delegierte Zaisser argumentiert so im Sinne der Rede Tulpanows und übernimmt seinen bereits erwähnten "erweiterten" Kulturbegriff, diese Äußerungen zeigen, daß nicht nur auf Seiten der SMAD so gedacht wurde.

Auch der Delegierte Einicke, ebenfalls aus Halle, nimmt Bezug auf die Rede Tulpanows, wenn er fordert, daß sich die Gesellschaft darüber klar sein müsse, "dass sie vom dem Charakter einer kleinen Kulturorganisation sich entwickeln muss zu einer Massenorganisation aller Freunde der Sowjetunion und des Friedens."¹³² In diesem Zusammenhang weist Einicke auf den aktuellen Tätigkeitsbericht der Gesellschaft hin, aus dem hervorgehe, daß 41% der Mitglieder Sachsen-Anhalts Angestellte seien, hingegen nur 13% Arbeiter. Dieses Ungleichgewicht deute auf eine Schwäche in der Werbung für die Gesellschaft hin.¹³³

Die Beiträge von Zaisser und Einicke zeigen, daß die interne Diskussion um die bevorstehende Transformation der Gesellschaft zu einer schlagkräftigen Propaganda- und Massenorganisation durchaus auch auf der deutschen Seite gewünscht und mitdiskutiert wurde.

¹²⁸ Ebenda, Blatt 18.

¹²⁹ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Stenographische Niederschrift der 1. Jahresversammlung vom 22. und 23. 5. 1948), Blatt 22.

¹³⁰ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Stenographische Niederschrift der 1. Jahresversammlung vom 22. und 23. 5. 1948), Blatt 62.

¹³¹ Ebenda.

¹³² Ebenda, Blatt 27.

¹³³ Vgl. ebenda.

5. Von Aufklärung und Information zu Bekenntnis und Mobilisierung: Die Gesellschaft auf dem Weg zur Massenorganisation

Um den Weg der Gesellschaft zu einer Massenorganisation zu verstehen, muß zuvor ein Blick auf die politischen Rahmenbedingungen dieser Periode geworfen werden, denn die Transformation der SED zu einer Kaderpartei stalinistischen Typs und die damit verbundene neue innenpolitische Lage der SBZ/DDR waren Voraussetzung für den Wandel von der Studiengesellschaft zur Freundschaftsgesellschaft:

Im Zuge des Kalten Krieges und des Jugoslawienkonfliktes änderte die KPdSU ihre politische Generallinie, die kommunistischen Parteien ihrer Satellitenstaaten mußten nachziehen und sich anpassen. Als Konsequenz aus der Auseinandersetzung mit Jugoslawiens Machthaber Tito um den besonderen, von Moskau differenten Weg zum Sozialismus, erklärte Stalin den Alleinführungsanspruch der KPdSU. Die Sowjetunion galt fortan als alleiniges Vorbild für den Weg zum kommunistischen Idealzustand, eine von der Sowjetunion unabhängige Politik sollte unmöglich werden.

Schon auf dem II. Parteitag der SED vom 20.-24. September 1947 in Berlin beschloß man Umgestaltungen, die letztendlich aus der SED eine "Partei neuen Typus" machten. Mit offensichtlichem Wohlwollen berichtet Sergej Tulpanow in einem Memorandum seinem Vorgesetzten M. Suslov in der Moskauer Zentrale über die Ergebnisse dieses zweiten Parteitages: "Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen hat die SED auf dem Parteitag ganz offen erklärt, daß sie den Leninismus als Weiterführung der marxistischen Lehre anerkennt und seine Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung, darunter auch die deutsche, hoch bewertet."¹³⁴ Mit der Übernahme des Marxismus-Leninismus¹³⁵ als Parteiideologie verband sich der Umbau zu einer autoritär-zentralistischen Kaderpartei sowjetischen Typs, die unmittelbar an politische Vorgaben Stalins gebunden war. Ein knappes Jahr später, auf der Tagung des Parteivorstandes der SED vom 28.-29. Juli 1948 wies Anton Ackermann selbstkritisch¹³⁶ die "im Umlauf befindliche 'Theorie' vom angeblich besonderen deutschen Weg zum Sozialismus zurück"¹³⁷.

¹³⁴ Memorandum S. Tjul'panovs für M. Suslov über die Ergebnisse des II. Parteitages der SED (Auszug), Nr. 30, in: Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 133.

¹³⁵ Bis dahin war als Parteiideologie allein der Marxismus bindend, außerdem ging man von einem spezifisch deutschen Weg zum Sozialismus aus. Vgl. Hierzu: Weber, Hermann: Geschichte der DDR, S. 122ff.

¹³⁶ Gerade Ackermann hatte bis dato immer den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus vertreten.

¹³⁷ Memorandum der Informationsverwaltung der SMAD für L. Baranov über die Tagung des

Vor allem durch die Eskalation des sowjetisch-jugoslawischen Schismas wurde die Anpassung der SED an die KPdSU forciert. Im September 1947 wurde in Polen das *Informationsbüro der kommunistischen Arbeiterparteien* (Kominform) eingerichtet, womit die KPdSU die schnellere Anpassung der kommunistischen Parteien der Satellitenstaaten an das sowjetische Vorbild erreichen wollte. Am 29. Juni 1948 veröffentlichte die neugegründete Kominform ein Kommuniqué gegen die Entwicklungen in Jugoslawien. Die SED stellte sich umgehend auf die neue Linie aus Moskau ein, schon auf einer Parteitagung der SED vom 28./29. Juli 1948 erklärte Otto Grotewohl: “es ist Aufgabe, die Fehler der KPJ (Kommunistische Partei Jugoslawiens, Anm. d. Verf.) ernsthaft zu studieren, damit jeder Parteiarbeiter erkennt, wohin das Abweichen vom Marxismus-Leninismus führen kann.”¹³⁸ Die Bekämpfung von innerparteilichen “Abweichlern” sollte in der nächsten Zeit zu einer der “Hauptbeschäftigungen” der Partei werden. Am 22. 8. 1948 zitiert das *Neue Deutschland* Walter Ulbricht mit den Worten: “Wer die antisowjetische Hetze führt oder unterstützt, hat in dem Kreis unserer Parteimitglieder nichts mehr zu suchen. (Zwischenruf: Sie müssen aus den Staatsstellen entlassen werden!) Das ist richtig.”¹³⁹ Es folgte der Ausschluß oppositioneller Mitglieder.

Auch strukturell änderte sich die SED nun, die paritätische Aufteilung der Parteiämter zwischen SPD und SED wurde aufgehoben, der Anteil an Sozialdemokraten ging zurück. Die innerparteilichen Strukturen wurden gestrafft und das Prinzip des *Demokratischen Zentralismus* durchgesetzt. Die neue Parteistruktur fand in den Führungsorganen Politbüro, Sekretariat und ZK-Apparat ihren Ausdruck, das Prinzip der “Nomenklatur der Funktionäre” wurde von der KPdSU übernommen. Es bedeutet, daß alle Parteipositionen von oben nach unten bestimmt werden und war somit offensichtliches Merkmal des neuen Zentralismus. Die “Geschichte der KPdSU - Kurzer Lehrgang” wurde für alle Parteikader obligatorisch. Die SMAD als Moskauer Vorortvertretung überwachte den Stalinisierungsvorgang und gab Handlungsanweisung. Mit der 1. Parteikonferenz vom 25.-28. Januar 1949 war diese *erste Transformationsphase* der SED, “ein Höhepunkt der Stalinisierungskampagne”¹⁴⁰, abgeschlossen.

Parteivorstandes der SED vom 28.-29. Juli 1948 (Auszug), Nr. 42, in: Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 170.

¹³⁸ Memorandum der Informationsverwaltung der SMAD für L. Baranov über die Tagung des Parteivorstandes der SED vom 28.-29. Juli 1948 (Auszug), Nr. 42, in: Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 170.

¹³⁹ Neues Deutschland, Nr. 195 vom 22.8.1948.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 119.

5.1. Zu Aufgabe und Funktion von Massenorganisationen

In Anbetracht der Stalinisierung der SED und der faktischen Errichtung einer Volksdemokratie auf dem Boden der SBZ (d.h. der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Planwirtschaft nach sowjetischen Muster, Parteidikatur der SED und Nachahmung der Kultur der Sowjetunion) fiel den Massenorganisationen eine entscheidende Rolle im politischen Macht- und Kontrollensemble der SED zu. Mit ihnen versuchte die SED “[...] [A]lle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft, anknüpfend an deren spezifische soziale Situationen, Interessen und Aktivitäten, zu organisieren.”¹⁴¹ Sie waren damit sozusagen der verlängerte Arm der Partei und ihrer Beschlüsse. Inwieweit sie auch die Interessenvertretung ihrer Mitglieder wahrnahmen, ist von Zeit zu Zeit und von Massenorganisation zu Massenorganisation verschieden. Das Bild des Transmissionsriemen der Partei macht eben genannte Funktion plastisch. Hartmut Zimmermann formuliert in seinem DDR-Handbuch zehn Funktionen von Massenorganisationen¹⁴², die hier, stark verkürzt, als definatorische Grundlage zur Analyse der Umgestaltung der Gesellschaft dienen sollen:

1. Transmissionsriemenfunktion
2. Interessenvertretung
3. Schulung/Indoktrination ihrer Mitglieder im Sinne der SED
4. Nachwuchs für Parteifunktionen rekrutieren (kaderbildende Funktion)
5. Aus- und Weiterbildung, Verbesserung der Allgemeinbildung und Ausbildung fachlicher Qualifikationen
6. Kontrolle der verschiedenen Gruppen und Schichten der Gesellschaft
7. Kontrolle bürokratischer Strukturen, um Machtmißbrauch, Verselbständigungstendenzen etc. zu unterbinden
8. Informationen über Wünsche, Einstellungen und Unzufriedenheiten der Bevölkerung erlangen, um Agitation und Propaganda effektiver zu machen
9. Spezialwissen- /fähigkeiten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen für Parteiarbeit nutzbar machen
10. Forum der Kritik- und Selbstkritik sein

Wie man sieht, überwiegen die Kontroll- und Transmissionsfunktionen. Funktionen, die auf den ersten Blick dem “eentlichen” Charakter der jeweiligen Massenorganisation entsprechen müßten, wie die Vertretung und Artikulation der Spezialinteressen der jeweiligen Mitgliedsklientel, sind eher zweitrangig. Eine enge Bindung an die Partei wurde außerdem

¹⁴¹ Zimmermann, H.: DDR-Handbuch (Band 2/ M-Z), S. 876.

¹⁴² Funktionen formuliert nach Zimmermann, H.: DDR-Handbuch (Band 2/M-Z), S. 876.

oft durch eine Personalunion der Führungskader von Massenorganisation und Partei erreicht.

Desweiteren hatten alle Satzungen und Organisationspapiere der Massenorganisationen die führende Rolle der SED anzuerkennen. Obwohl die Mitgliedschaft in den Massenorganisationen freiwillig war, versuchte man dennoch einen "freiwilligen Zwang" aufzubauen, dementsprechend wurde die Mitgliedschaft in den Massenorganisationen immer häufiger als Voraussetzung für den beruflichen Aufstieg und ein höheres Sozialprestige gewünscht.

Gleichzeitig mit der DDR-Staatsgründung erfolgte am 4. Oktober 1949 die Bildung der *Nationalen Front* (NF), in der sich alle Parteien und Massenorganisationen zusammenschlossen. Sie war als deutschlandpolitisches Instrument konzipiert und vertrat als ihr angebliches Hauptanliegen die Schaffung eines friedliebenden geeinten Deutschlands. Über ihre außenpolitische Arbeit hinaus, in der man versuchte "national-patriotische Kreise" in Westdeutschland anzusprechen, nutzte man die NF aber auch innenpolitisch, um "bürgerliche Restschichten" zu erreichen. Vor allem durch die Einrichtung sogenannter Hausgemeinschaften versuchte man "Uninteressierte" bis in das entlegenste Dörfchen zu erfassen.¹⁴³ "Das entfaltete und aufeinander bezogene Organisationssystem der M. (M. steht für Massenorganisationen, Anm. d. Verf.) wird mit den Blockparteien in der von der SED geleiteten Nationalen Front zusammengefaßt."¹⁴⁴

Andere bedeutende in der NF vereinigte Massenorganisationen waren beispielsweise der *Kulturbund für demokratische Erneuerung* (KB), die *Freie Deutsche Jugend* (FDJ), der *Demokratische Frauenbund Deutschlands* (DFD) und der *Freie Deutsche Gewerkschaftsbund* (FDGB).

5.2. "Ueber 'die Russen' und über uns" - Herrstadt und die Folgen

Eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer eben solch gearteten Massenorganisation war der am 19. November 1949 im *Neuen Deutschland* erschienene Artikel "Ueber 'die Russen' und über uns"¹⁴⁵, der sich "als ein Baustein in den Transformationsprozeß von Staat und

¹⁴³ Zur Nationalen Front und den erwähnten Hausgemeinschaften vgl. Weber, H. : Die Geschichte der DDR, S. 128 und derselbe: Die DDR 1945-1990, S. 30.

¹⁴⁴ Zimmermann, H. (Hrsg.): DDR-Handbuch (Band 2/M-Z), S. 877.

¹⁴⁵ Neues Deutschland vom 19.11.1948, S. 4. In der Täglichen Rundschau und anderen Zeitungen erschienen Nachdrucke des Herrstadtartikels, er wurde später auch als Broschüre vertrieben, vgl.:

Partei”¹⁴⁶ einfügte und ihn argumentativ absicherte. Der Autor Rudolf Herrnstadt¹⁴⁷ (zum Zeitpunkt der Abfassung Chefredakteur der *Berliner Zeitung*) geht in seinem Text von zwei Feststellungen bezüglich des Verhältnisses zur UdSSR aus:

“1. Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse [...] keinen Weg zum Sozialismus [...] ohne rückhaltloses Bekenntnis zur Sowjetunion [...]. 2. Sogar die Einstellung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Sowjetunion [...] war in der Vergangenheit unzulänglich [...].“¹⁴⁸

Er attestiert also nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, also mehr oder minder dem “gemeinen Volk”, eine antisowjetische Einstellung, sogar der vermeintlichen “Vorhut der Arbeiterklasse”, der SED, werden antisowjetische Tendenzen unterstellt. Herrnstadt führt dies auf eine falsche Grundeinstellung der Parteimitglieder zurück, die daraus resultiere, daß sie “die Sowjetunion durch den Kopf des Gegners hindurch”¹⁴⁹ sähen. Dies könne nur geschehen, weil ein eigenes Bild der Sowjetunion in den Köpfen der Genossen fehle und sie nicht „genügend am eigenen Klassenkampf teilnehmen [...]“ würden. Die antisowjetische Propaganda wiederum sei der “direkte Ausfluß der tödlichen Schwäche, in der sich der Imperialismus heute” befände. Der Imperialismus sei am Ende des 2. Weltkrieges in einer tiefen Krise, da das imperialistische Lager den Weltkrieg verloren habe. Herrnstadt behauptet, die Westmächte hätten eigentlich mit Deutschland in einer imperialistischen Allianz gegen das Hauptfeindbild UdSSR kämpfen wollen, nur die überzogenen Forderungen und Ansichten der Hitlers hätten sie zu einem Krieg gegen Nazideutschland gezwungen. Der Weltkrieg habe also eine Spaltung und Schwächung der imperialistischen Front zur Folge gehabt. Aus dieser Schwäche heraus habe der Imperialismus eine neue Waffe etabliert: Die antisowjetische Hetze. Aber nicht die Sowjetunion selbst sei Ziel dieser Hetzangriffe, sondern die Arbeiterklasse und ihre Führung.

Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 45 und Müller-Enbergs, H.: Der Fall Rudolf Herrnstadt, S. 87f.

¹⁴⁶ Müller-Enbergs, H.: Der Fall Rudolf Herrnstadt, S. 87.

¹⁴⁷ Späterer Chefredakteur des Neuen Deutschland, 1950 auf dem III. Parteitag der SED in das Zentralkomitee und am 25. Juli 1950 Mitglied in das Politbüro gewählt, 1953 zusammen mit W. Zaisser (Gruppe Herrnstadt-Zaisser) aus dem ZK der SED ausgeschlossen, 1954 auch aus der Partei. Vgl. zur “Gruppe Herrnstadt-Zaisser” und deren „Liquidierung“: Müller-Enbergs, H.: Der Fall Rudolf Herrnstadt, S.220f.

¹⁴⁸ Neues Deutschland vom 19.11.1948, S.4.

¹⁴⁹ Im folgenden wird bei aus Herrnstadts Artikel im Neuen Deutschland stammenden Zitaten auf eine Fußnote verzichtet. Alle nicht gekennzeichneten Zitate sind also aus: Neues Deutzschland v. 19.11.1948, S.4.

“Und wir w e r d e n getroffen mit jeder Verleumdung, die wir glauben” schreibt Herrstadt weiter, denn “jedes antisowjetische Argument [ist] in Wahrheit [...] ein schlagendes Argument f ü r die Sowjetunion [...].”

Folgerichtig sei auf die Frage “Sie verteidigen also alles hinsichtlich der Sowjetunion?” mit “Jawohl, alles - prinzipiell alles [...]” zu antworten. Natürlich gebe es auch schlechte Dinge in der UdSSR, da die Sowjetunion aber angetreten sei, genau diese zu überwinden, sei das Argument hinfällig, zumal die schlechten Dinge Relikte vorrevolutionärer Zeit seien. Die “Sache” der Sowjetunion sei als Ganzes eine gute und wer anfange, Teile dieses Ganzen zu negieren, negiere auch das Ganze insgesamt. Denn “[D]ie Richtung des Prozesses bestimmt den Charakter aller seiner Teile.”

Die Entlarvung und Bekämpfung der Hetze allein genüge aber nicht, entscheidend sei vielmehr die offensive Vertretung eines positiven Gegenbildes und die “bewußte[n] Teilnahme am eigenen Klassenkampf.” Die vielfach als Grund für eine sowjetfeindliche Gesinnung vorgebrachten Verfehlungen der Roten Armee seien nichts weiter als ein Resultat der deutschen Greuelthaten während des Krieges. Außerdem läge ein Fall besonderer Schwere vor, da es praktisch keinen Widerstand gegen das Hitlerregime gegeben habe. Leider habe es “nur zwei Arten von Deutschen, die Faschisten [...] und die anderen, die den Kampf der Faschisten deckten[...]” gegeben. Das Verhalten der Sowjets sei um so verständlicher, weil es auch keine aktiv handelnde Arbeiterklasse gegeben habe.

Herrstadt unterstellt der deutschen Linken mangelndes Klassenbewußtsein, welches zu mangelnder Teilnahme am Klassenkampf geführt habe, was wiederum zu mangelndem Klassenbewußtsein führe, und stellt die Frage, wie dieser Teufelskreis zu durchbrechen sei. Der Klassenkampf gehe “in breitem Strom weiter”, aber es bedürfe ständig neuer Anstrengungen, ihn zum Erfolg zu bringen. Ein guter Ansatzpunkt wäre da der bevorstehende Zweijahresplan, im Zuge dessen der fortschrittlichste Teil der Arbeiterklasse die Chance habe, eine handelnde Arbeiterklasse mit einem neuen Arbeitsethos erstehen zu lassen. Niemand werde natürlich behaupten, dies zu erreichen wäre möglich ohne die Sowjetunion als Vorbild.

Herrstadt beendet seinen Artikel mit der Feststellung, daß “der Arbeiter, der das erkannt hat, [...] in der Linken die ‚Geschichte der KPdSU‘ und in der Rechten - das Gesetz des Handelns” halte.

Der Artikel hatte weitreichende und ungeahnte Folgen, Herrstadt traf den Nerv seiner Zeit und brach ein Tabu: Das Verhalten der Roten Armee bei der Eroberung und Besetzung

Deutschlands war zuvor noch nie von "offiziellen" Stellen thematisiert worden. Die Vergewaltigungen, Plünderungen und das als ungerecht empfundene Zuteilungsverfahren für Lebensmittel waren oft geäußerte antisowjetische Argumente, das Schweigen der Offiziellen zu diesem Thema verschlimmerte die antisowjetische Hetze nur noch und leistete den "Antibolschewisten" in ihrem Tun Vorschub. Zu dieser Einsicht war wohl auch die SED gekommen, als sie genannten Artikel als Vorbereitung für ihre erste Parteikonferenz im *Neuen Deutschland* lancierte.¹⁵⁰ Trotzdem setzt sich der Artikel wohltuend von den stereotypen und plakativen Parteiveröffentlichungen ab; Herrstadt argumentiert relativ verständlich und klar, das Thema, so scheint es, lag ihm am Herzen. Auch so ist wohl die verblüffende Wirkungsgeschichte zu erklären: Eine Flut von Diskussionsveranstaltungen, vor allem im Berliner "Haus am Kastanienwäldchen" war die Folge.

Einen Eindruck über die Atmosphäre bei den ersten beiden Diskussionsveranstaltungen vom 10. 12. 1948 und 7. 1. 1949 im Hause gibt Gerhard Körbel (ab 1951 Leiter der Einrichtung): "Wir luden zu einem öffentlichen Diskussionsabend ein. [...] Deutlich erinnere ich mich, wie sich der Saal des heutigen Maxim-Gorki-Theaters füllte, wie viele Besucher keinen Sitzplatz fanden und sich in den Gängen drängten, wie sie erregt bis gegen Mitternacht diskutierten. Auf allgemeinen Wunsch wurde das Gespräch am darauffolgenden Tag fortgeführt."¹⁵¹

Die Diskussionsabende im Haus der Kultur der Sowjetunion vom 10. Dezember 1948 und 7. Januar 1949 dokumentiert eine Broschüre der *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion*.¹⁵² Obwohl man davon ausgehen kann, daß die dort wiedergegebenen Redebeiträge einer vorherigen Selektion und "Überarbeitung" unterzogen wurden¹⁵³, zeigt die Broschüre doch, daß Ende 1948 ein recht offene Diskussion möglich war, ja sogar publiziert wurde. So fragt z.B. ein nicht näher benannter Versammlungsteilnehmer, ob es

¹⁵⁰ Zur Frage der Mitwirkung/Initiative bzw. Unterstützung der SED bei Veröffentlichung des Artikels vgl. Schönknecht, T.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 741 und Mai, J.: Die Gesellschaft zum Studium..., (Ost) S. 867 und Voßke, H.: Über den Kampf der SED ..., (Ost) S. 244. Die genannten Autoren kommen zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen, da es sich beim Neuen Deutschland aber um das Zentralorgan der SED handelte, kann zumindest von einer "starken Mitwirkung" ausgegangen werden, es ist außerdem anzunehmen, daß der später von der SED geächtete Herrstadt von der DDR-Geschichtsschreibung möglichst totgeschwiegen werden sollte und daß deshalb bei Voßke u.a. DDR-Historikern die Initiative der SED zugesprochen wird, die den Erfolg des Artikels gern für sich verbuchen wollte.

¹⁵¹ Körbel, G.: Das Haus am Kastanienwäldchen, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 524.

¹⁵² Über „die Russen“ und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema (Broschüre herausgegeben vom Verlag Kultur und Fortschritt im Auftrage der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion Groß-Berlins), Berlin (Ost) 1949.

¹⁵³ Zumal auch im Vorwort der Broschüre eingestanden wird, daß es sich um das „etwas gekürzte“ Stenogramm der Diskussionsabende handele.

überhaupt zwischen einer Besatzungsmacht und der Bevölkerung eines besetzten Landes zu einer harmonischen und freundschaftlichen Zusammenarbeit kommen kann? Er erhält darauf ausführlich Antwort von Alexander Abusch, der anmerkt, daß die sowjetische Armee nur Gegner eines antidemokratischen Deutschlands gewesen sei und er nicht daran zweifle, daß sie der Freund eines wirklichen Deutschlands werde.

Ohne Scheu merkt ein Teilnehmer an, daß es viele Deutsche gebe, die Dinge erlebt hätten, die die Begegnung von Mensch zu Mensch mit den Angehörigen der Sowjetarmee schwierig gestalten würde. Unterschwellige Kritik am Verhalten der Sowjetarmee wird auch in der folgenden Frage eines anonymen Teilnehmers deutlich: “Glauben Sie, daß es bei der Anbahnung einer Freundschaft nicht auch notwendig wäre, daß man sich auf russischer Seite ebenfalls bemüht, die deutsche Mentalität zu erkennen?”¹⁵⁴ In der Tat waren unmittelbare Kontakte sowjetischer Bürger rar und der Eindruck, daß es sich bei der propagierten Freundschaft um eine Einbahnstraße, wenn nicht sogar Sackgasse handelt, nicht unbegründet. Ein anderer Fragesteller spielt auf die als ungerecht empfundene Zuteilung von Lebensmitteln an, wenn er, Bertolt Brecht zitierend, anmerkt: “In den Herzen soll der gleiche Mut sein, aber in den Schüsseln ist zweierlei Essen. Das ist eine Frage, die jetzt, angewandt auf die Rote Armee, auftaucht.”¹⁵⁵

Wie man sieht, verlief die Diskussion anfänglich relativ offen und ungesteuert, obwohl von einer “breiten Volksaussprache”¹⁵⁶, wie DDR-Historiker schreiben, wohl keine Rede gewesen sein kann. Zwar wurden allerhand heikle Fragen zugelassen und offen geäußert, das Hauptinteresse der Besucher lag aber eindeutig auf den “Entgleisungen” der Rotarmisten. Die in jeder Hinsicht erschöpfenden Antworten der Offiziellen erstickten den Keim einer wirklich freien Diskussion schnell, diese beschränkten sich zumeist auf das Wiederholen der rhetorischen Floskeln des Herrstadtartikels: Der Krieg verrohe auch ein hochstehendes Kulturvolk wie die Sowjetunion, alles wäre anders verlaufen, hätte zumindest ein Teil der Arbeiterklasse zum Schluß die Waffe gegen Hitler erhoben, die Rote Armee sei auf von den Deutschen verbrannten Boden vorgerückt, wer wolle da noch nach ein paar Plünderungen und Vergewaltigungen fragen. Immerhin werden die Plünderungen, Vergewaltigungen und sonstigen Verbrechen der Rotarmisten nicht geleugnet, sondern sogar ausdrücklich als ein Faktum herausgestellt: “Es wurde [...] bemerkt, wenn man den hier einrückenden russischen

¹⁵⁴ Über “die Russen” und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema, (Ost) S. 28.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Gorski, G. u.a.: Deutsch-Sowjetische Freundschaft, (Ost) S. 208.

Soldaten offenen Gemüts entgegengekommen sei, sei man nicht belästigt worden. In vielen Fällen mag das so gewesen sein, aber in vielen anderen Fällen war es praktisch nicht so“, stellt Wolfgang Harich¹⁵⁷ nüchtern fest.

Auch in der Provinz fand eine ausgiebige Auseinandersetzung mit Herrnstadts Thesen statt, in Schwerin (Mecklenburg) z.B. hatte der erste Abend soviel Interesse geweckt, daß für den zweiten Diskussionsabend am 15. Januar 1949 Platzkarten vergeben werden mußten.¹⁵⁸ Die Ortsgruppe Salzwedel will beispielsweise von Januar bis März 1949 55 Diskussionsabende veranstaltet haben.¹⁵⁹ Aber im Gegensatz zu Berlin, wo die Herrstadtdebatte einen kurzen Lichtblick am ansonsten trüben Himmel der politischen Partizipation markierte, stand in der Provinz oftmals die geordnete Durchführung der Veranstaltung und nicht die inhaltlich ehrlich und offen geführte Diskussion im Vordergrund. Viele der Debatten wurden daher “von vornherein als Mitgliederversammlung oder Studiengruppenabend durchgeführt”¹⁶⁰, um unbetenen Fragen von Außenstehenden vorzubeugen.

Warum aber gingen SMAD und SED-Führung das offensichtliche Risiko einer Thematisierung des Antisowjetismus überhaupt ein?

Zuerst einmal sollte die Diskussion die antisowjetische Stimmung der Bevölkerung in geregelte, beherrschbare Bahnen kanalisieren. Sozusagen nebenbei offenbarte die Debatte das wirkliche Ausmaß der sowjetfeindlichen Stimmung in der Bevölkerung: Eine latent antisowjetische Grundstimmung war zum bestimmenden Faktor im Denken der Menschen in der SBZ geworden, der Kessel der öffentlichen Meinung drohte zu Ungunsten der Sowjets und ihrer deutschen Verbündeten, der SED-Führung, überzukochen.

Die Bekämpfung des Antisowjetismus war dabei aber nur ein Grund, darüber hinaus sollte der Artikel die argumentative Grundlage für den Transformationsprozeß vorbereiten, denn durch Herrnstadts leidenschaftlich vorgetragenes Bekenntnis zum Vorbild UdSSR eignete sich der Artikel hervorragend als Propagandamittel gegen einen deutschen Sonderweg zum Sozialismus und diente so der SED, um sich vom jugoslawischen Modell abzugrenzen.¹⁶¹ Desweiteren ist der Artikel logische Etappe auf dem Weg zur 1. Parteikonferenz (25.-28.

¹⁵⁷ Wolfgang Harich (1921-1995) war führender SED-Ideologe, Philosophie-Professor, Chefredakteur der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ und Lektor des Aufbauverlages, nach ihm benannte sich die antistalinistisch-refomorientierte „Harich-Gruppe“, 1957 wurde Harich verhaftet und zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt.

¹⁵⁸ SAPMO-BArch, DY 32 / 10262 (Zeitungsausschnittssammlung), Blatt I.

¹⁵⁹ Schmechtig, W.: „Durch Studium zur Wahrheit...“, (Ost) S. 13.

¹⁶⁰ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 130.

¹⁶¹ Vgl. Müller-Enbergs, H.: Der Fall Rudolf Herrstadt, S. 88.

Januar 1949), in deren Verlauf die Umgestaltung der Gesellschaft zu einer von der SED abhängigen Massenorganisation beschlossen wurde, weshalb er hier auch so ausführlich vorgestellt wurde.

Der Erfolg der “Propagandaaktion der SED”¹⁶² ist aber als begrenzt einzuschätzen, eine Beherrschbarkeit des Phänomens Antisowjetismus wurde so nicht erreicht, dafür waren Dauer, Intensität und Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung ungenügend. Immerhin bildeten Artikel und Debatten den Auftakt zu einer massiven Werbekampagne für die Gesellschaft, in deren Verlauf zahlreiche Menschen Mitglied wurden.¹⁶³ Der Ansicht Lothar Dralles, die Art der Diskussion habe viele Menschen davon abgehalten, der Gesellschaft beizutreten¹⁶⁴, kann also ausdrücklich widersprochen werden, da die vorliegenden Zahlen zur Mitgliederentwicklung dies nicht belegen.¹⁶⁵

5.3. Der 2. Jahreskongreß im Juli 1949

Vom 1. bis 4. Juli 1949 fand in der Staatsoper Berlin der 2. Jahreskongreß der Studiengesellschaft statt, er stand unter der Losung “Die Freundschaft mit der Sowjetunion sichert den Frieden und fördert die Einheit unseres Landes”¹⁶⁶.

Über die Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer besteht einige Unklarheit: frühere DDR-Literatur geht von 700 Delegierten und zahlreichen Gästen aus¹⁶⁷, wahrscheinlicher aber scheinen die Angaben des als Sondernummer der *Neuen Gesellschaft* publizierten Kongreßberichtes “Freunde für immer!”, der von 324 Delegierten ausgeht.¹⁶⁸ Von diesen auf den Landeskonferenzen gewählten Delegierten waren laut Satzung aber nur 104

¹⁶² Feige, H.-U.: Zur propagandistischen Unterstützung des demokratischen Neuaufbaus..., (Ost) S. 487.

¹⁶³ Allein in Berlin traten unmittelbar nach den beiden Diskussionsabenden 400 Personen der Gesellschaft bei, vgl. hierzu: Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 47.

¹⁶⁴ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 216.

¹⁶⁵ Thomas Schönknecht stellt einen Zuwachs von 2200 Mitgliedern in der Gründungsphase (Stand vom 30.6.1947) auf 655203 Mitglieder nach Abschluß der Transformation (Stand vom 31.12.1949) fest, vgl.: Schönknecht, T.: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 746. Das Protokoll des 2. Kongresses vom 30.6.-9.7.1949 gibt die den zweiten Wert (d.h. für den 31.12.1949) mit 701551 Mitgliedern an, vgl.: SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Stenographisches Protokoll des 2. Jahreskongresses vom 30.6-9.7.1949), Blatt 2. Vgl. hierzu auch Kapitel 6.2. und 6.2.1. Dieser Arbeit.

¹⁶⁶ Mai, J.: Die Gesellschaft. Zum Studium..., (Ost) S. 870.

¹⁶⁷ Vgl. hierzu Giesecke, J.: Von der Gesellschaft..., S.135.

¹⁶⁸ Freunde für immer! Die Neue Gesellschaft (Sondernummer Kongressbericht/Juli 1949), Berlin (Ost) 1949, S. 173f. Auch Dralle u. Gieseke berufen sich auf die Angaben des Berichtes der Mandatsprüfungskommission, die im Kongreßbericht abgedruckt sind, vgl.: Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 315 und Giesecke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 135.

stimmberechtigt, die anderen 220 Personen werden von der Mandatsprüfungskommission als Gäste eingestuft¹⁶⁹. Die widersprüchlichen Angaben zur Delegiertenzahl des 2. Kongresses geben Anlaß zu allerlei Spekulation: wollte man manipulativ den repräsentativen Rahmen für den Übergang der Gesellschaft zu einer Massenorganisation verbessern und hatte man deswegen die "enge" Definition eines Delegierten zugunsten einer "weiten" Definition als Teilnehmer aufgegeben? Genährt werden diese Spekulationen durch einen von Jens Gieseke angeführten Zeitungsbericht einer wahrscheinlich westdeutschen Zeitung: Der Admiralspalast in Berlin sei am 1. Juli nur deshalb gefüllt gewesen, weil in der FDGB-Zentrale Büroschluß angeordnet und die Belegschaft zum Besuch der Kongresses verpflichtet worden sei.¹⁷⁰ Relativierend stellt Jens Gieseke aber fest, daß "ohnehin kein kontroverses Abstimmungsverhalten zu verzeichnen war[en]."¹⁷¹ Zu den eigentlichen Delegierten kamen zahlreiche Gäste befreundeter Organisationen aus dem Ausland.¹⁷²

Von den 324 Delegierten bzw. Teilnehmern waren 227 männlich, 65 weiblich und 32 Jugendliche unter 25 Jahren.¹⁷³ Die soziale Zusammensetzung der Delegierten zeigt eine Überrepräsentierung der "oberen Schichten" (53,1 % Angestellte), bemerkenswert auch der sehr geringe Arbeiteranteil (5,2 % Arbeiter)¹⁷⁴, die Anstrengungen um einen höheren Arbeiteranteil in der Gesellschaft hatten augenscheinlich noch keine Früchte getragen.

Bei der auf dem Kongreß anstehenden Neuwahl des Vorstandes war man hingegen bemüht, dieser sozialen (und ideologischen) Schiefelage entgegenzuwirken, immerhin waren 11 der 69 Kandidaten (18 %) der Arbeiterschicht zuzuordnen.¹⁷⁵ Ein großer Teil der Mitglieder des neugewählten Vorstandes gehörte der SED an (Jens Gieseke kommt auf 21 von 58 Delegierten), einzelne waren Mitglied in den anderen Blockparteien (CDU: 2, LDPD: 1, NDPD: 3 jeweils von 58 Delegierten)¹⁷⁶. Waren in den Jahren zuvor noch viele Vertreter der Kultursphäre im Vorstand gewesen, so waren nun in erster Linie Repräsentanten der Partei und Repräsentanten (vor-)staatlicher Organe, wie der Vorsitzende der *Deutschen Wirtschaftskommission* (DWK) Heinrich Rau und der Präsident der *Deutschen Verwaltung*

¹⁶⁹ Freunde für immer!, S. 173.

¹⁷⁰ Vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 316 und Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 136.

¹⁷¹ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 136.

¹⁷² Delegationen aus Bulgarien, England, Holland, Polen, Rumänien, Schottland, der Schweiz und der Sowjetunion.

¹⁷³ Freunde für immer!, S. 173.

¹⁷⁴ Freunde für immer!, S. 173.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 220f.

¹⁷⁶ Vgl. Giesecke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 140.

für Volksbildung Paul Wandel im Vorstand. Zusätzlich zu diesen deutschen Kandidaten kamen noch vier sowjetische Vertreter: der Botschafter der Sowjetunion Semjonow, der Direktor des Zentralen Hauses der Kultur der Sowjetunion Oberst Kusminow, der Leiter der Kulturabteilung der SMAD Major Rosanow und der allgegenwärtige Leiter der Informationsabteilung der SMAD Tulpanow. Viele der Gäste, Vorstandsmitglieder und Delegierten waren Mitglied und Mitarbeiter anderer Organisationen¹⁷⁷, so daß qua Personalunion die wichtigsten Bereiche des sich abzeichnenden DDR-Institutionengefüges auf dem Kongreß vertreten waren, was die Bedeutung der Versammlung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung unterstreicht.

5.3.1. Der neue Name

“Wir, die Delegierten der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, haben heute auf unserem 2. Jahreskongreß, auf Grund der Resultate unserer zweijährigen Arbeit, auf Grund unserer zweijährigen sich immer mehr vertiefenden Studien der Kultur der Sowjetunion den Beschluß gefasst, uns den Namen ‘Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft’ zu geben.”¹⁷⁸

Ganz so wie es uns dieser Ausschnitt aus dem Telegramms der Delegierten an den Genossen J. W. Stalin suggeriert, war die Prozedur der Umbenennung wohl nicht. Zum einen war die Mitwirkung von SED und SMAD von langer Hand vorbereitet und zum anderen ist der neue Name auf der Konferenz nicht abgestimmt worden, somit konnte also auch kein Beschluß darüber gefaßt werden. Vielmehr benutzte Kuczynski in seiner flammenden Begrüßungsrede einen rhetorischen Trick, um der gefürchteten Abstimmung aus dem Weg zu gehen:

“Aber kann ich darüber formell abstimmen (über die Umbenennung, Anm. d. Verf.) lassen? Kann man darüber abstimmen, ob man sein Vaterland liebt, ob man Leben und Eltern und Kinder liebt, ob man Sonne und Licht und Schönheit liebt?” Er selbst gibt die unausweichliche Antwort “Nein. Das kann man nicht!” und dann fordert Kuczynski die Anwesenden auf: “Darum bitte ich Sie als Zeichen der Zustimmung sich zu erheben und mir zu rufen.”¹⁷⁹ Was folgte war ein Hoch auf die UdSSR, die fortschrittlichen Kräfte und die neubenannte *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*.

¹⁷⁷ Die Namensliste des Präsidiums des Kongresses enthält fast alle wichtigen Persönlichkeiten der SBZ, darunter Wilhelm Pieck, Otto Nuscke (beide Präsidenten des Volksrates), Otto Grotewohl (Vorsitzender der SED), Paul Wandel (Präsident der dt. Verwaltung für Volksbildung) und Anton Ackermann.

¹⁷⁸ SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion, J. W. Stalin) 1 Blatt.

¹⁷⁹ Freunde für immer!, S. 17.

Danach beendete Kuczynski seine Rede, Botschafter Semenov und Professor Mestschaninov gingen zum Rednerpult und schüttelten dem Präsidenten die Hand. Unter dem Jubel der Anwesenden umarmte dann Mestschaninov Kuczynski und gab ihm einen Bruderkuß.¹⁸⁰

Soweit die "offizielle" Version; ein Brief, unterzeichnet vom Leiter der Kulturabteilung beim Sekretariat der SED Stefan Heymann, zeigt die detaillierte Vorbereitung der Umbenennung. Hierin erklärt Heymann dem Generalsekretär der Gesellschaft Hans Mark: "Über die Abänderung des Namens ist deswegen kein Beschluss gefasst worden, weil das Politbüro erst eine Stellungnahme der SMA abwarten will [...]"¹⁸¹. Der Brief ist auf den 24. März 1949 datiert.

5.3.2. Organisatorischer und programmatischer Wandel

Die Umbenennung von einer Studiengesellschaft zu einer sich offensiv bekennenden Freundschaftsgesellschaft ist nur der sichtbarste Teil einer alle Bereiche der Organisation umfassenden Neustrukturierung und Ausrichtung.

Aus der auf dem Kongreß beschlossenen "E n t s c h l i e s s u n g" wird das neue Profil der Gesellschaft anschaulich deutlich:

"Die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft stellt sich folgende Hauptaufgaben:

- 1) Unablässige Aufklärung über alle Probleme der Sowjetunion, ständige Zerschlagung der [...] antisowjetischen Lügenmärchen.
- 2) Entwicklung der Gesellschaft zu einer Massenorganisation durch verstärkte Arbeit in allen Kreisen unseres Volkes, vor allem bei den Arbeitern und Bauern.
- 3) Systematische Erziehung aller Mitglieder zu bewußten Freunden der Sowjetunion."¹⁸²

Aus dem oben bereits erwähnten Brief des Leiters der Kulturabteilung Stefan Heymann vom März 1949 an Generalsekretär Hans Mark geht auch hervor, wie sich die SED das neue Profil der Freundschaftsgesellschaft vorstellte:

"Das Sekretariat hat zur künftigen Arbeit der Gesellschaft Stellung genommen und schlägt für diese Arbeit folgende Richtlinien und Aufgaben vor:

1. Im Vordergrund der Tätigkeit der Gesellschaft steht gegenwärtig die Aufgabe, den Kampf gegen die Antisowjethetze und gegen die imperialistische Kriegshetze zu führen. [...] 3. Die Arbeit in den Betrieben ist zu verstärken mit dem Ziel, neue und größere Kreise von Arbeitern für die Gesellschaft zu gewinnen. 4. Die Massenpropaganda über die Erfolge der Sowjetunion [...] ist auszubauen."¹⁸³

¹⁸⁰ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 138.

¹⁸¹ SAPMO-BArch, DY 32 / 10115 (Brief von Stefan Heymann an Hans Mark vom 24.3.1949), Blatt 1.

¹⁸² SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Entschliessung des 2. Jahreskongresses vom 30.6-9.7.1949), Blatt 1.

¹⁸³ SAPMO-BArch, DY 32 / 10115 (Brief von Stefan Heymann an Hans Mark vom 24.3.1949), Blatt 1.

Man sieht gut, wie sehr die Vorstellungen des Zentralsekretariats in die Entschließung eingegangen sind, dies ist nur ein Beispiel für die zunehmende Abhängigkeit der Gesellschaft von den Vorstellungen und Beschlüssen der SED.

Vergleicht man die Formulierungen der Entschließungstextes mit den von Kuczynski auf dem Gründungsversammlung vom 30. Juni 1947 gemachten Aussagen, so fällt ein Wandel in der Funktionsbestimmung der Gesellschaft auf: Aus dem Bestreben, "Verständnis für Sowjetkultur zu fördern" wird "Systematische Erziehung [...] zu bewußten Freunden der Sowjetunion."¹⁸⁴ Die 1947 von Kuczynski propagierte "Förderung kulturellen Fortschritts in Deutschland durch die Organisation des Studiums der Kultur der Sowjetunion" taucht in der 49er Aufgabendefinition überhaupt nicht mehr auf, der Bereich Kultur ist vom eigentlichen Hauptbeschäftigungsfeld zum Randbereich degradiert worden. Interessanterweise kommt das Wort Kultur auch im Rest der Entschließung nicht vor, stattdessen ist der Text stark mit sozialistischen Kampfbegriffen durchsetzt. Ein klares Feindbild ersetzt den diffusen Antifaschismus und Antimperialismus der Gründungszeit. So geht Kuczynski 1947 noch davon aus, daß auch die Mächte der anderen Zonen an einer Ausrottung des Faschismus gelegen ist und daß es Aufgabe der Gesellschaft sei, diese für den gemeinsamen Antifaschismus zu gewinnen.¹⁸⁵ Zwei Jahre später werden diese Mächte nur noch als "Monopolherren", "Kriegstreiber" und "Imperialisten"¹⁸⁶ identifiziert.

5.3.2.1. Demokratischer Zentralismus: Das neue Organisationsprinzip

Die Veränderungen waren aber nicht nur "rethorischer" Natur, die Umwandlung zu einer Massenorganisation erforderte auch eine umfassende organisatorische und methodische Neuorientierung. Hierbei war vor allem das Prinzip des *Demokratischen Zentralismus* handlungsanleitend. Dieses von Lenin konzipierte Organisationsprinzip, Kern seiner bolschewistischen Lehre von der Partei neuen Typs, umfaßt zumeist die folgenden sechs Prinzipien:

"1) Die Organe werden von unten nach oben gewählt; 2) die Organe haben gegenüber den sie wählenden Organisationen eine Rechenschaftspflicht; 3) die Beschlüsse der höheren Organe sind für die unteren Organe verbindlich; 4) die Mitglieder haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, an der Verwirklichung dieser Beschlüsse mitzuwirken; 5) alle Organe und ihre Mitglieder haben bewußte sozialistische Disziplin einzuhalten. Als sechstes Prinzip [...]"

¹⁸⁴ SAPMO-BArch, DY 32 / 10001 (Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung vom 30.6.1947, Rede Kuczynski), Blatt 4.

¹⁸⁵ Ebenda, Blatt 3.

¹⁸⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Entschliessung des 2. Jahreskongresses vom 30.6.-9.7.1949).

wurde [...] im Hinblick auf die Partei immer wieder die Existenz und Autorität eines Zentrums zur Leitung der Organisation genannt.”¹⁸⁷

Lenins Prinzip des *Demokratischen Zentralismus* wurde 1906 vom IV. Parteitag der russischen Sozialdemokraten erstmals in ein Parteistatut aufgenommen, seitdem gehörte es zum festen Bestandteil der meisten marxistisch-leninistischen Parteien. Zwar beinhaltet der Begriff das Adjektiv demokratisch, aber schon Lenins ursprüngliche Konzeption des Begriffes läßt keinen Zweifel am Vorrang des Zentralismus. Hauptmerkmal des *Demokratischen Zentralismus* ist eine mächtige Zentralgewalt, “die alle Fäden der konspirativen Arbeit in ihren Händen konzentriert”¹⁸⁸, schreibt Lenin.

Eine so geartete Zentralgewalt wird in besagter Entschliessung “zentrale ideologische Leitung im Sekretariat des Zonenvorstandes” genannt. Sie habe die Aufgabe, “engste Verbindung zwischen der Zonenleitung und den Kreisvorständen und den Landesvorständen sowie zwischen den Landesvorständen und den Kreisorganisationen [...]”¹⁸⁹ herzustellen. Denn nur wenn alle Funktionäre sich als Mitglieder einer “zentral geleiteten Organisation”¹⁹⁰ verstünden, sei der Aufbau zu einer Massenorganisation gewährleistet.

Zu den ideologischen Schwächen gehört nach Ansicht des Zentralsekretariats für Kultur und Erziehung der SED auch die fehlende hierarchische Entscheidungsstruktur, gefordert werden “von den Zonenleitungen konkrete Anweisungen für Aufbau und Entwicklung der Arbeit in den verschiedenen Zirkeln herauszugeben” und im Anschluß wird angemerkt, daß “[D]ie Führung der Gesellschaft von oben nach unten bisher ungenügend”¹⁹¹ gewesen sei. Wie auch im Falle der Umbenennung ist im voraus gründlich geplant worden, hierbei spielte die SED eine wichtige Rolle.

Niederschlag fanden solche Ansichten z.B. in der den Delegierten vorliegenden “Diskussionsgrundlage” der Organisationskommission. Dieser Entwurf eines neuen Organisationsstatutes, ganz im Zeichen des *Demokratischen Zentralismus* abgefaßt, führte z.B. unter Punkt drei “Kontrolle der Arbeit”¹⁹² Inspektoren des Zonenvorstandes ein, die in regelmäßigen Abständen die unteren Organe der Gesellschaft kontrollieren sollten.

¹⁸⁷ Bleek, W.: Demokratischer Zentralismus, S. 93.

¹⁸⁸ Lenin, W. I.: Was tun?, in: Lenin, W. I.: Ausgewählte Werke in sechs Bänden (Band I), (Ost) S. 479.

¹⁸⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Entschliessung des 2. Jahreskongresses vom 30.6.-9.7.1949), Blatt 2.

¹⁹⁰ Ebenda, S.3.

¹⁹¹ SAPMO-BArch, DY 32 / 10115 (Brief von Stefan Heymann an Hans Mark vom 12. 4. 1949), Blatt 2.

¹⁹² Freunde für immer!, S. 128.

Desweiteren sollte die “[R]egelmäßige laufende monatliche Berichterstattung von den unteren zu den oberen Organisationen” eingeführt werden. Besonders deutlich wird die Einführung des *Demokratischen Zentralismus* aber in der Einleitung des Papiers: “Eine Organisation von solchem Ausmaß kann nur dann richtig arbeiten, wenn sie zentral geleitet wird”¹⁹³

Daß die Durchsetzung des *Demokratischen Zentralismus* nicht immer auf ungeteilten Zuspruch stieß, zeigt die anschließende Aussprache über besagte Diskussionsgrundlage: Der Vorsitzende der Organisationskommission des Kongresses Professor Benedik gibt zu bedenken, daß die Formulierung der Diskussionsgrundlage, “[...] die zentralen Anweisungen der Zonenleitung müssen für die Landessekretariate unbedingt bindend sein [...]”¹⁹⁴, die Gefahr beinhalte, “daß die ganze Arbeit zu einer zentralistischen Demokratie”¹⁹⁵ werde. Er fährt fort: “Ich möchte daher darum bitten, daß wir den genau entgegengesetzten Weg finden, daß die Initiative unserer Arbeit von unten kommt.”¹⁹⁶ Daraufhin ergreift Gottfried Hamacher, Generalsekretär der Landesgesellschaft Mecklenburg, das Wort: “Ich unterstreiche die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden, aber ich glaube, wir sehen die Dinge noch nicht ganz richtig. Woran hat es uns in der Vergangenheit gemangelt? An einer starken Zentrale!”¹⁹⁷ Man merkt den Ausführungen an, daß Hamacher, der zum “harten Kern” der DSF-Führungselite gehörte, die Zweifel am Organisationsprinzip entkräften will. Im Anschluß kommt ihm der Delegierte Steiniger beschwichtigend zu Hilfe: “Ich glaube, wir können zu unserem Landesvorsand das Vertrauen haben, daß er weiß, was demokratischer Zentralismus bedeutet.”¹⁹⁸

Die in der Diskussion geäußerten Einwände und Zweifel können jedoch nicht als Indiz für die Existenz eines internen Widerstandes gegen die Umgestaltung der Gesellschaft gewertet werden, zu schnell ließen sich die Urheber solcher Bedenken beschwichtigen und von der Richtigkeit der angezweifelten Passagen überzeugen. Außerdem muß man anerkennen, daß die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den einzelnen Organisationsebenen tatsächlich nicht besonders gut funktionierte, das Prinzip *Demokratischer Zentralismus*

¹⁹³ Ebenda, S. 127.

¹⁹⁴ Freunde für immer!, S. 127.

¹⁹⁵ Ebenda, S. 130.

¹⁹⁶ Ebenda.

¹⁹⁷ Ebenda, S. 131.

¹⁹⁸ Ebenda.

versprach da durchaus Abhilfe. Die Art der Durchsetzung dieses Prinzips war aber ein weiterer Schritt zur endgültigen Stalinisierung der Gesellschaft.

5.3.2.2. Werbekampagnen in Folge des 2. Jahreskongresses

Auch im Juli 1949, zur Zeit des 2. Kongresses, waren die Mitgliederzahlen noch nicht so angewachsen, wie man sich das in der Führungselite der Gesellschaft, der SED und der SMAD wünschte, so daß Maßnahmen hierzu auch Thema des Kongresses waren, vor allem die Werbe- und Pressekommission beschäftigte sich damit. Der Idee der *Nationalen Front* und des *Antifa-Blocks* entsprechend forderte sie, in Zukunft “Fühlungnahme mit anderen demokratischen Organisationen zur Gestaltung einer planvollen Werbung, um viele Überschneidungen zu vermeiden.”¹⁹⁹ So wurde beispielsweise vorgeschlagen, “[Z]ur Werbung in den Betrieben und MAS (Maschinen-Ausleih-Station, Anm. d. Verf.) [...] mit den entsprechenden Funktionären des FDGB und der VdGB in Verbindung zu treten.”²⁰⁰ Noch im Herbst 1948 hatte Kuczynski eine solche Zusammenarbeit eher kritisch gesehen und erklärt, Besprechungen mit dem FDGB seien nur “nützlich, wenn es sich darum handelte, Hundertausende von Mitgliedern des FDGB in den nächsten Monaten für uns zu gewinnen.”²⁰¹ Solche Bedenken waren 1949 nicht mehr zeitgemäß, die neue Parteilinie forderte die “Vernetzung” der Massenorganisationen. Ab Herbst 1949 wurden FDGB und FDJ in die planmäßige Vergrößerung der Gesellschaft eingespannt.

Desweiteren schlug die Kommission die Herausgabe einer Wochenzeitschrift sowie die Schaffung eines Emblems vor, verstärkte Plakatwerbung und richtige Publizierung der Ergebnisse des Kongresses durch die Presse, den Rundfunk und die anschließende Herausgabe eines Konferenzberichtes.²⁰²

Erstes Indiz des neuen Selbstverständnisses als Massenorganisation der *Nationalen Front* war der Aufruf der Gesellschaft, sich am Friedenstag der Blockparteien und anderen Massenorganisationen zu beteiligen. In einer Resoluition des Zentralvorstandes, der am 9. August 1949 in der *Täglichen Rundschau*, dem Organ der SMAD, abgedruckt wurde, tat

¹⁹⁹ Freunde für immer!, S. 174.

²⁰⁰ Freunde für immer!, S. 174.

²⁰¹ Zitiert nach Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 29.

²⁰² Vgl. Freunde für immer!, S. 174. Bei erwähntem Konferenzbericht handelt es sich eben um die benutzte Publikation “Freunde für immer!”.

man kund, von nun an, ab dem 1. September (dem Jahrestag des Überfalls auf Polen) die Vorbereitungen der Oktoberfeierlichkeiten zu beginnen.²⁰³

Der eigentliche Auftakt einer bis dato “beispiellosen Mitgliederwerbekampagne”²⁰⁴ war aber der Aufruf “an alle Belegschaftsmitglieder der volkseigenen Betriebe”, der am 4. September 1949 in der *Täglichen Rundschau* abgedruckt wurde. Gemeinsam mit der *Deutschen Wirtschaftskommission* (DWK) und angeblich auf Vorschlag des FDGB²⁰⁵ forderte man die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, bis zum 70. Geburtstag Stalins in allen VEBs Betriebsgruppen zu gründen. Desweiteren forderte der Aufruf in allen Betrieben Veranstaltungen zu Themen wie “Leistungslohn und Sozialismus”, “Arbeiterschaft und Intelligenz”²⁰⁶ oder “Frieden und Aufbau oder Krieg und Krise” abzuhalten. Bestehende Betriebsgruppen wurden angehalten, die Zahl ihrer Mitglieder mindestens zu verdoppeln. Mit dem Aufruf versuchte man einen “sportlichen Wettstreit” um neue Mitglieder zu entfachen.²⁰⁷ Der nächste Aufruf ging an die Adresse der FDJ, ihre Mitglieder wurden angehalten, noch vor den Oktoberfeierlichkeiten in die DSF einzutreten.

Die erfolgreichste Idee der Mitgliederwerbung war die Einführung eines Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Aus dem von Jürgen Kuczynski unterzeichneten Aufruf hierzu, abgedruckt in Heft 11/1949 der *Neuen Gesellschaft*, stammt folgender Ausschnitt:

“Im Zeichen des neuen, festen Freundschaftsverhältnisses zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion soll dieser Werbemonat zum Ausgangspunkt einer gesteigerten Tätigkeit werden, um das Verständnis für die Freundschaft mit der Sowjetunion im ganzen Volk zu vertiefen und die Reihen unserer Organisation zu verstärken und zu festigen.[...] Wir wenden uns an alle Parteien und Organisationen, uns bei der Stärkung unserer Gesellschaft [...] in diesen Wochen zu helfen.”²⁰⁸

Auf dem 2. Jahreskongreß hatte man die Einführung des Monats der Freundschaft beschlossen, in betreffendem Antrag hieß es: “Der Monat November wird in jedem Jahr als Monat der Werbung für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erklärt”.²⁰⁹

Auch und gerade die Freundschaftsmonate sollten in Zusammenarbeit mit allen Parteien und

²⁰³ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 146.

²⁰⁴ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 147.

²⁰⁵ Vgl. ebenda.

²⁰⁶ Zitiert nach ebenda.

²⁰⁷ Vgl. ebenda.

²⁰⁸ Die Neue Gesellschaft, Heft 11/1949, S. 805.

²⁰⁹ Freunde für immer!, S. 219.

Massenorganisationen durchgeführt werden, es gab sogar einen ZK-Beschluß, der diese Kooperation verbindlich festlegte²¹⁰.

In Zusammenarbeit mit der FDJ und dem FDGB bildete man in Stadt- und Landkreisen Arbeitsausschüsse zur Koordinierung und Vorbereitung des jährlichen "Jubelmonats". Höhepunkt eines jeden Freundschaftsmonats war natürlich der 7. November, der Jahrestag der russischen Oktoberrevolution. Mit welchem riesigem Aufwand die Durchführung dieser Kampagne betrieben wurde, zeigen die folgenden Zahlen für den Freundschaftsmonat 1950: "[...] 11 Millionen Exemplare an Broschüren, Referentenmaterialien und Plakaten, Diaserien und Ausstellungen wurden in den Umlauf gebracht. Es fanden 48334 Festveranstaltungen mit über 7 Millionen Teilnehmern statt, darunter allein 3200 Betriebsversammlungen [...]. An den Grund-, Berufs- und Oberschulen wurde ein Aufsatzwettbewerb zum Thema der deutsch-sowjetischen Freundschaft ausgeschrieben."²¹¹

Die inhaltliche Ausgestaltung der Monate richtete sich nach den aktuellen politischen Ereignissen in der Sowjetunion und der DDR. 1952 waren das laut Staatspräsident Wilhelm Pieck, dem am 20. Oktober 1949 der Ehrenvorsitz der DSF übertragen worden war, beispielsweise die folgenden aktuellen Bezugspunkte:

"1. Es wird der 35. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gefeiert; 2. Die Ergebnisse der historischen Beschlüsse des Anfang Oktober tagenden XIX. Parteitag der KPdSU (B) sind in der breitesten und umfassendsten Weise unter der gesamten Bevölkerung zu popularisieren. [...]; 4. Der von der II. Parteikonferenz der SED beschlossene Aufbau des Sozialismus [...]."²¹²

Liest man diesen Themenkatalog, wird klar, daß die Freundschaftsmonate eine Propagandaveranstaltung waren, was nicht hieß, daß nicht auch viele Veranstaltungen kulturellen Inhaltes im Zuge dieses Monats stattfanden, bei denen dann aber wiederum Kultur als Vehikel für den Transport der politischen Botschaften diente.

Die Freundschaftsmonate waren zwar ein großer Erfolg, brachten aber auch ein gewichtiges Problem mit sich: Vielerorts wurden soviel Energien in die Durchführung dieser Monate gesteckt, daß anschließend die Arbeit für ein Jahr, bis zum nächsten Freundschaftsmonat, daniederlag. Bestätigt wird diese Vermutung z.B. durch den 2. Vorsitzenden der DSF-Betriebsgruppe im VEB Stahl- und Walzwerk Grödlitz, Felix Knappe, der 1956 an einer Umfrage zur Arbeit der DSF teilnahm. Knappe beklagt in seiner Zuschrift an die

²¹⁰ Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 101.

²¹¹ Zitiert nach ebenda.

²¹² Die Neue Gesellschaft, Heft 11/1952, S. 810.

Zentrale Gesellschaft: “In den meisten Orten, Dörfern, Städten, Betrieben [...] tritt die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an die Öffentlichkeit, wenn es sich darum handelt, den Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft zu begehen. In der anderen Zeit wird fast nur kassiert [...]”²¹³

Nichtsdestotrotz, betrachtet man die Zahlen zur Mitgliederentwicklung, sind die Werbekampagnen im Zuge des 2. Jahreskongreß sehr erfolgreich gewesen, immerhin gelang es der Gesellschaft, die Mitgliederzahl von März 1949 bis März 1950 von rund 70.000 auf fast 1 Million zu steigern, dies entspricht ungefähr einer Vervierzehnfachung.²¹⁴

5.4. Kuczynkis und Marks Absetzung

“Am 19 Juni 1950 trat eine Veränderung in der Leitung der Gesellschaft ein. Auf einer Sitzung des Gesamtvorstandes (gemeint ist der Vorstand der Zentralen Gesellschaft, Anm. d. Verf.) bat Jürgen Kuczynski darum, von seiner Funktion als Präsident entbunden zu werden, um sich in Zukunft ausschließlich seinen wissenschaftlichen Arbeiten als Leiter des Deutschen Wirtschaftsinstituts widmen zu können. Auf seinen Vorschlag wurde das Mitglied des Politbüros der SED und Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin, Friedrich Ebert, einstimmig zum neuen Präsidenten der Gesellschaft gewählt. [...] Friedrich Ebert teilte dem Vorstand mit, daß auch der bisherige Generalsekretär der Gesellschaft, Hans Mark, darum gebeten habe, von seiner Funktion entbunden zu werden, und schlug den bisherigen Minister für Volksbildung in Mecklenburg, Gottfried Grünberg, für die Funktion des Generalsekretärs vor. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.”²¹⁵

Soweit die offizielle Version der DDR-Geschichtsschreibung. Bis auf den Umstand, daß Kuczynski und Mark durch Ebert und Grünberg ersetzt wurden (und das Datum) stimmt an dieser Darstellung kaum etwas. Aus den Memoiren Kuczynskis geht jedenfalls eine andere Deutung der Ereignisse hervor:

“Doch dann kam ein schnelles Ende. In der Sowjetunion war unter Stalin und Beria der Antisemitismus 1948 schnell gewachsen, es gab schlimmste Verfolgungen von Juden. [...] Mein Freund Hans Mark, der [...] Generalsekretär der Gesellschaft war, und ich mußten wegen ‘jüdischer Abstammung’ von unseren Funktionen entbunden werden”

Diese Version wird bestätigt durch den Rechenschaftsbericht des sowjetischen Akademiemitgliedes L. N. Ivanov, der die DDR im April/Mai 1950 im Rahmen einer Delegationsreise besucht hatte, Ivanov berichtet:

“Der Vorsitzende einer solchen Gesellschaft (gemeint ist die DSF, Anm. d. Verf.) muß seiner Nationalität nach unbedingt Deutscher sein, was Kuczynski nicht ist. Außerdem trägt er die

²¹³ SAPMO-BArch, DY 32 / 10900 (Flugblattaktion, Auswertung), Blatt 23.

²¹⁴ Zur Mitgliederentwicklung siehe Kapitel 6.2. “Die Mitgliedsstrukturen” dieser Arbeit.

²¹⁵ Hamacher, G.: Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation (Ost), S. 648.

Last vergangener politischer Fehler und zweifelhafter Verbindungen (mit früheren Trotzlisten usw.). Daher liegt der Wunsch, ihn durch eine andere Person zu ersetzen, völlig auf der Hand.“²¹⁶

Namentlich macht Kuczynski den Hohen Kommissar der SMAD Wladimir S. Semjonow für seine Absetzung verantwortlich. Er habe sich nicht einmal mit seiner, also Kuczynskis Entlassung begnügt, sondern habe ihn “zumindest politisch tot machen” wollen, deshalb “beauftragte [er] die neue Leitung, entsprechendes ‘Material’ zu finden.” Daß der Antisemitismus in der Sowjetunion in dieser Zeit auch auf die DDR “überschwappte”, ist hinreichend belegt:²¹⁷ “Mit den Feindbildern des ‘wurzellosen Kosmopolitismus’ und ‘Zionismus’ wurde der soziale und kultutrelle Sog, der von der westlichen Welt ausging und mittels einer florierenden Warenwirtschaft und libertärer Lebensstile auf den neuformierten Ostblock wirkte, zu einer universellen Verschwörung stilisiert [...]”²¹⁸

In Osteuropa wurde in zahlreichen Schauprozessen gegen die Anhänger dieser angeblichen imperialistisch-zionistischen Weltverschwörung vorgegangen, ab 1950 war auch die DDR-Führung mit der Planung ähnlicher Prozesse beschäftigt, als Vorbild diente ihr dabei der Prager Slansky-Prozeß²¹⁹. Neben dem ehemaligen Politbüromitglied Paul Merker sollten die SED-Kader Alexander Abusch, Leo Zuckermann, Erich Jungmann und Fritz Sperling als angeblich zionistische Agenten angeklagt werden. Bedingt durch den Tod Stalins kam es jedoch nicht mehr zu diesem Prozess.

Anneli Hartmann und Wolfram Eggeling führen in ihrer Arbeit an, Kuczynski sei in diesem Zusammenhang vorgeworfen worden, er hätte Kontakt zu Noel H. Field, dem Leiter einer amerikanischen Hilfsorganisation in der Schweiz, gehabt. Noel Field und sein Bruder Hermann waren der Spionage bezichtigt worden, mit ihnen in Verbindung stehende Personen oder vermeindlich mit ihnen in Verbindung stehende, wurden als sogenannte Fieldisten diffamiert. Zumindest in den Verdacht, zu solchen “Fieldisten” Kontakte gehabt zu haben, sei auch Kuczynski geraten, deshalb seien er und Mark abgesetzt worden.²²⁰

²¹⁶ Zitiert nach Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 21. Mit der Anmerkung, Kuczynski sei kein Deutscher, wird auf die jüdische Abstammung angespielt. Geboren wurde Jürgen Kuczynski 1904 in Elberfeld, also in Deutschland..

²¹⁷ Vgl. zum sowjetischen Antisemitismus und seinen Auswirkungen in der DDR Koenen, G. u. Hielscher, K.: Die schwarze Front, S. 182ff.

²¹⁸ Ebenda, S. 185.

²¹⁹ Im November 1952 fand in Prag der Prozeß gegen den Generalsekretär der Tschechoslowakischen KP und vierzehn seiner Anhänger statt, nach Folter gestanden die Angeklagten, mit Noel H. Field eine imperialistisch-zionistische Weltverschwörung geplant zu haben.

²²⁰ Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 21.

Daß die ausschließlichen Gründe für Kuczynskis und Marks Absetzung deren jüdische Herkunft gewesen sein sollen, erscheint also zweifelhaft. Viel wahrscheinlicher scheint, daß das neue Profil der Gesellschaft, nach dem Motto “neue Zeiten, neue Köpfe”, in den Augen von SED und SMAD auch eine neue Führung nötig machte. Unterstützt wird diese Annahme verschiedentlich: Zum Beispiel hatten Wilhelm Pieck und Walter Ullbricht Kuczynski erklärt, “daß ‘die Gesellschaft jetzt so gewachsen ist, daß ein Politbüromitglied an ihrer Spitze stehen muß.’” Den Einwand berücksichtigend, daß dieser Ausspruch nur durch Kuczynski selbst belegt ist, muß man feststellen, daß der Kern des Zitates durchaus plausibel scheint, denn Kuczynski und Mark waren schon des öfteren durch einen “eigenen Kopf” aufgefallen, bedingungsloser Gehorsam gegenüber der Partei war von ihnen nicht unbedingt immer zu erwarten. Da man aber genug Kader mit diesen Eigenschaften hatte, gab es keinen Grund, diese nicht an “gewinnbringenden” Positionen einzusetzen. Vor allen Dingen Gottfried Grünberg als neuer Generalsekretär entsprach dem Profil eines treu ergebenen Parteisoldats, dies hatte er in seiner Arbeit als Landesekretär der Gesellschaft in Mecklenburg hinreichend bewiesen.²²¹

Letztendlich ist wohl nicht zu klären, welcher Grund ausschlaggebend für die Absetzung von Kuczynski und Mark war, daß es sich dabei aber um eine Verquickung von antisemitischen *und* politischen Gründen handelt, ist anzunehmen.

Jürgen Kuczynski blieb der Gesellschaft bis zum nächsten Kongreß als Vizepräsident erhalten.

5.5. Ebert und Grünberg: Die neue Führung

Mit dem neuen Präsidenten Friedrich Ebert²²² und seinem Generalsekretär Gottfried Grünberg zog neuer Wind in die “Chefetage” der Gesellschaft ein, durch sie wurde die Gesellschaft noch unmittelbarer an die SED gebunden: Ebert war Ostberliner Oberbürgermeister, Mitglied des Politbüros und bereits seit 1947 Mitglied der Gesellschaft.

²²¹ Vgl. hierzu Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 165ff. Gieseke äußert sich hier zur These einer “Schweriner Verschwörung”, gemeint ist damit, daß die neue Führung um Gottfried Grünberg aus Mecklenburg kam und das es sich bei der Absetzung von Kuczynski vielleicht um eine Verschwörungstat der Führung der Mecklenburger Landesgesellschaft handelte.

²²² Friedrich Ebert (1894-1979) war der älteste Sohn des gleichnamigen Reichspräsidenten, von 1928 bis 1933 war er als SPD-Mitglied Abgeordneter des Reichstages, nach 1945 wurde er Vorsitzender der SED in Brandenburg, von 1948 bis 1967 war er Oberbürgermeister von Ostberlin, er gehörte bis zu seinem Tode dem SED-Politbüro an.

Ebert brachte an sich keine fachlichen Qualifikationen für das Präsidentenamt mit, daß er trotzdem ausgewählt worden war, bestätigt, daß bei der Besetzung des Präsidentenamtes andere Prioritäten galten, die Einbindung in den Parteiapparat war wichtigstes Kriterium hierfür.

Viel entscheidender war aber die Neubesetzung des Generalsekretärspostens mit dem bisherigen mecklenburgischen Minister für Volksbildung Gottfried Grünberg, denn der Präsident hatte in erster Linie repräsentative Pflichten, wohingegen die Schaltstelle der Macht seit jeher beim Generalsekretär lag. Die Machtkonzentration beim Generalsekretär wurde durch Grünberg sogar noch erhöht. Der stellvertretene Generalsekretär Gottfried Hamacher schreibt über seinen neuen Chef: "Mit Gottfried Grünberg erhielt die Zentrale Leitung einen erfahrenen Funktionär der Partei der Arbeiterklasse als Generalsekretär, der es verstand, das Sekretariat zu einer kollektiven Leitung zusammenschweißen."²²³ Mit der Arbeit seines Vorgängers rechnet Grünberg schonungslos ab:

"Als ich meine Arbeit in Berlin aufnahm, gab es nichts, was ich hätte übernehmen können. Ein muffiges ehemaliges Fremdenzimmer, ein leerer Schreibtisch, ein leerer Panzerschrank, das war alles."²²⁴

Auch Ebert kritisiert die alte Führung: Es gebe in der Gesellschaft "[Z]u wenig Arbeiter, fast gar keine Jugendlichen und keine Frauen" und es fehlten die "notwendigen Verbindungen des Zentralvorstandes zu den Betriebsgruppen der Gesellschaft, zu den demokratischen Parteien und zu den anderen gesellschaftlichen Organisationen."²²⁵

Mit Grünberg und Ebert kam noch ein weiteres "neues Gesicht" nach Berlin, der Mecklenburger Klaus Willerding wurde Sekretär für Kultur und Schulung, durch seine Position könne nun "die organisatorische und ideologische Festigung der Gesellschaft von der Zentrale her koordinierter durchgeführt werden"²²⁶, schreibt Gottfried Hamacher. Wie man sieht, scheint die planmäßige Durchsetzung des *Demokratischen Zentralismus* der neuen Führung "am Herzen" gelegen zu haben.

Friedrich Ebert blieb bis 1958 Präsident der Gesellschaft, parallel hierzu übte er seine Tätigkeiten als Politbüromitglied der SED und Oberbürgermeister Ostberlins weiter aus. Durch diese Ämterverknüpfung war er ein idealer "Transmissionsriemen" der Partei.

²²³ Hamacher, G.: Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation, (Ost) S. 649.

²²⁴ Zitiert nach Gieseke, J. Von der Gesellschaft..., S. 166.

²²⁵ Zitiert nach Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 23. Dieser Ausspruch Eberts stammt aus Voßke, H.: Friedrich Ebert. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1987.

²²⁶ Hamacher, G.: Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation, (Ost) S. 649.

In der neuen Führung drückt sich gut sichtbar der neue Anspruch der Gesellschaft aus, so kann denn auch die Neubesetzung der Führung als logischer Schlußpunkt und sichtbarstes Zeichen der Umgestaltung der Gesellschaft zu einer proletarischen Massenorganisation betrachtet werden.

5.6. Der Anfang vom Ende: Die DSF von 1953 bis 1989

Bis zu ihrem faktischen Ende 1990 existierte die DSF als "gleichgeschaltete" Massenorganisation, ihre Mitgliederzahl nahm weiter zu, so daß sie 1978 5,5 Millionen Mitglieder verzeichnen konnte. Die Mitgliedschaft in der DSF war aber nach und nach zu einer "reinen Formsache" verkommen, die DSF gehörte den Organisationen der DDR an, in denen die Mitgliedschaft sozusagen obligatorisch war, wenn man seinen eigenen sozialen Aufstieg nicht von vornherein behindern wollte. Man kann davon ausgehen, daß es sich bei den meisten Mitgliedern um "Karteileichen" handelte, die sich vielleicht dann und wann einmal über ihren Betrieb am Monat der Freundschaft beteiligten, ansonsten der Gesellschaft aber mit Gleichgültigkeit gegenüber standen.

Im Jahr 1958 trat Ebert als Präsident zurück, um für den Staatssekretär Georg Handke Platz zu machen. Auf dem 7. Jahreskongreß der DSF im Februar 1962 rückte Handke "in den Mittelpunkt der gesamten Aufgabenstellung die Forderung, Einfluß zu nehmen auf das Denken und Handeln aller Bürger im Geiste des sozialistischen Internationalismus [...]"²²⁷ Lothar Dralle stellt hierzu treffend fest: "Die Aufgabenstellung wurde immer vager"²²⁸.

Nach Handke erhielt 1963 zum ersten Mal ein "Bürgerlicher" das Amt des Präsidenten, Johannes Dieckmann war Mitglied der LDPD. Er wurde 1968 vom Nationaldemokraten Lothar Bolz abgelöst. Im Jahr 1978 übernahm mit Erich Mückenberger wieder ein SED-Mitglied die Führung der Gesellschaft. Auf einer Tagung des Zentralen Vostandes vom 29. November 1989 legten er und sein Generalsekretär Heinz Kuhrig in Anbetracht des Zusammenbruchs der DDR ihre Ämter nieder, das Sekretariat und der Vorstand folgten ihnen, ein zehnköpfiger Arbeitsausschuß übernahm provisorisch die Leitung.

Am 27. Januar 1990 fand in Schwerin ein außerordentlicher Kongreß statt, dort wurde der Pfarrer Cyrill Pech zum Vorsitzenden gewählt, am 28. März benannte sich die Gesellschaft in *Brücken nach dem Osten* um. Ab 1990 war die die Gesellschaft und ihr Besitz unter die Verwaltung der Treuhand gestellt.

²²⁷ Zitiert nach Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 424.

²²⁸ Ebenda, S. 424.

5.7. Die Stiftung West-Östliche Begegnungen

Aus *Brücken nach dem Osten* wurde 1998 die *Stiftung West-Östliche Begegnungen*, der Stiftungszeck ist in der Satzung wie folgt definiert:

“Zweck der Stiftung ist die Förderung der Völkerverständigung und des Friedens durch Vertiefung und Ausweitung von gutnachbarlichen Beziehungen und Kontakten zwischen den Menschen der Bundesrepublik und den Menschen, die in den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sowie den baltischen Staaten leben.”²²⁹

Die Stiftung finanziert sich aus dem Restvermögen der DSF. “Durch die Errichtung der Stiftung ist somit die Chance gegeben, mit dem Vermögen der damaligen DSF, zu dem Millionen von Bürgern der DDR beigetragen haben, eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn [...] zu unterstützen”²³⁰, heißt es dort weiter.

Die Stiftung fördert Schülerbegegnungen und Schulpartnerschaften, Jugendbegegnungen und Jugendaustausch, soziale und humanitäre Projekte und andere Informations-, Begegnungs- und Bildungsmaßnahmen, die Bereiche Kultur, Kunst und Wissenschaft sind dabei von Hauptinteresse.

Der ehemalige Vorsitzende Cyrill Pech ist als stellvertretener Vorsitzender wieder im Vorstand, neuer Vorsitzender ist Dr. Franz von Hammerstein, Sitz der Stiftung ist Berlin.

6. Organisation, Struktur und Aufbau der Gesellschaft

Struktur und Aufbau waren, gerade auch in Anbetracht der Umgestaltung zu einer Massenorganisation, einer ständigen Entwicklung unterzogen, diese detailliert nachzuzeichnen kann das folgende Kapitel aufgrund des engen Rahmens dieser Arbeit nicht leisten, so daß sich auf die Darstellung der entscheidensten und sichtbarsten Veränderungen beschränkt werden mußte.

6.1. Organisationsstruktur nach einem Satzungsentwurf von 1947

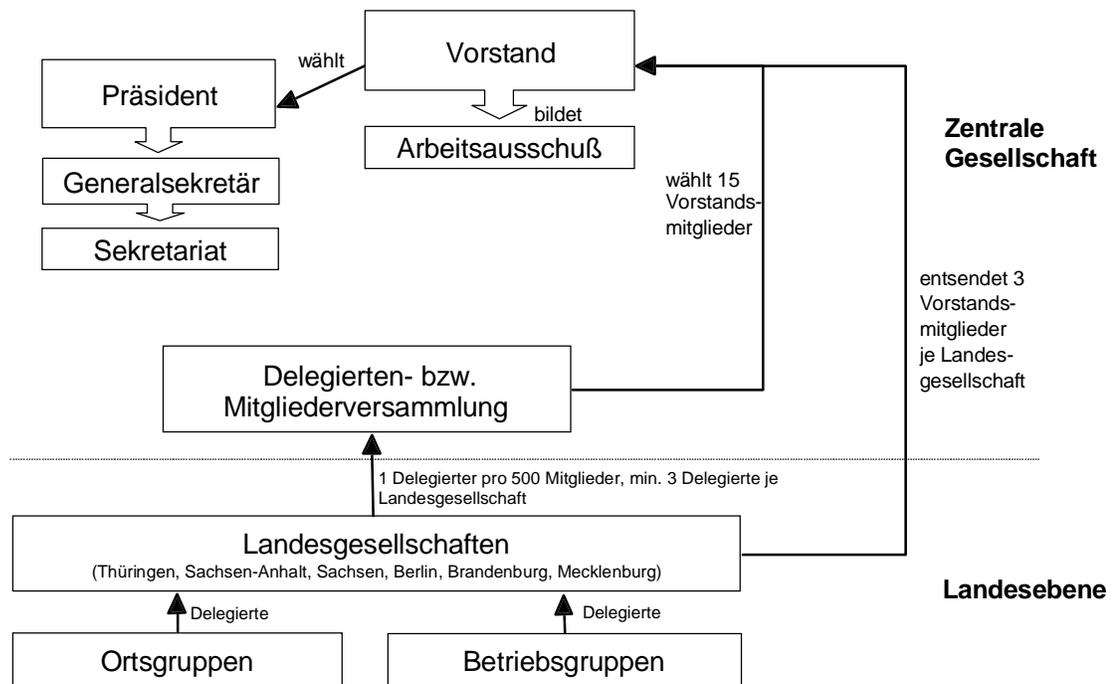
²²⁹ Online-Text: www.stiftung-woeb.de (Version vom 10.12.2000).

²³⁰ Ebenda.

Den Dokumenten zur Gründungsversammlung vom 30. Juni 1947 liegt ein Satzungsentwurf²³¹ bei, er ist handschriftlich signiert von den Vorstandsmitgliedern Jürgen Kuczynski, Heinrich Ehmsen, Anna Seghers, Walter Gerull-Kardas und Hans Mark. Dieser Entwurf ist wahrscheinlich nachträglich den Gründungsakten beigelegt worden und enthält somit schon die von der ersten Delegiertenversammlung (Mai 1948) erarbeiteten Änderungsvorschläge.²³² Wenn dem so ist, handelt es sich bei besagtem Entwurf um denselben, der auch dem Kontrollrat vorgelegt worden ist. Für die Zeit bis zur Überarbeitung 1948 können also durchaus andere Statuten gegolten haben, die aber hier nicht mehr nachzuvollziehen sind.

In Abbildung eins ist ein Organogramm nach den Vorgaben dieses Entwurfes erstellt worden:

Abb.1: Organisationsstruktur laut Satzungsentwurf von 1947



(Grafik: eigene Darstellung)

Laut § 11 (Organisation der Gesellschaft) gliederte sich die Studiengesellschaft in Landesgesellschaften, die nach “der Satzung und den organisatorischen Richtlinien der

²³¹ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Satzungsentwurf), 6 Blätter. In den Gründungsakten sind zwei Satzungsentwürfe vorhanden, es handelt sich hierbei um den Zweiten, der wahrscheinlich so dem Kontrollrat am 31.1.1949 mit der Bitte um Zulassung vorgelegt worden ist. Vgl. hierzu Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 129f.

²³² Lothar Dralle beweist diese Annahme, indem er die Änderungsvorschläge der ersten Delegiertenversammlung mit den Formulierungen in besagtem Satzungsentwurf vergleicht, vgl. hierzu Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 130.

zentralen Gesellschaft“²³³ zu handeln haben. Die Landesgesellschaften wiederum untergliedern sich in Orts- und Betriebsgruppen, die “Ortsgruppen stellen eine Zusammenfassung der Mitglieder nach dem Wohnsitz dar, Betriebsgruppen können errichtet werden in grösseren, wirtschaftlichen Betrieben, in Hochschulen, Schulen, in Behörden und sonstigen Institutionen, in denen eine grössere Menge Menschen regelmäßig vereinigt sind.”²³⁴ Diese vage Definition der Betriebsgruppen unterstreicht die schwache Position der betrieblichen Arbeit in der Anfangszeit der Gesellschaft, denn erst am 9. August 1949 genehmigte die SED offiziell die Einrichtung von Betriebsgruppen²³⁵, obwohl zu diesem Zeitpunkt faktisch schon annähernd 700 Betriebsgruppen existierten.²³⁶

“Oberstes Organ”²³⁷ der Gesellschaft ist der Vorstand, er wird von der Delegiertenversammlung gewählt. Diese bestimmt 15 Vorstandsmitglieder, hinzu entsendet jede Landesgesellschaft drei Personen in den Vorstand, dies ergibt eine Mitgliederstärke des Vorstandes von 30 Personen. Dem Präsidenten sind zwei Vizepräsidenten beigeordnet. Der Vorstand bildet aus seiner Mitte einen Arbeitsauschuß zur Erledigung der täglichen Geschäfte des Vorstands, er besteht aus sieben Vorstandsmitgliedern, dem Generalsekretär und dem Präsidenten. Die Mitglieder des Ausschusses “sollen ihren Wohnsitz in Berlin haben”, die eingeschränkte Mobilität der unmittelbaren Nachkriegszeit machte diese Klausel nötig.

Die Delegiertenversammlung der Zentralen Gesellschaft (auch Jahres- oder Mitgliederversammlung genannt) findet jährlich statt. Jede Landesgesellschaft entsendet dazu einen Delegierten je 500 Mitglieder, sie ist jedoch durch mindestens drei Delegierte vertreten. Gegenstand der Arbeit der Delegiertenversammlung sind der Jahresbericht (Tätigkeitsbericht), der Rechnungsbericht und die Entlastung des Vorstandes. Satzungsänderungen bedürfen einer einfachen Mehrheit der “erschiedenen stimmberechtigten Mitglieder und der Bestätigung durch den Vorstand”. Auf eine Regelung zur Beschlußfähigkeit verzichtete man interessanterweise, fürchtete man, es könnten nicht genug Delegierte anreisen und somit die gesamte Versammlung zu Untätigkeit verdammen? Oder zeugt der Verzicht auf eine solche Regelung von mangelndem Demokratiebewußtsein? Auch

²³³ Ebenda, Blatt 3.

²³⁴ Ebenda.

²³⁵ Vgl Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 94.

²³⁶ Jens Gieseke kommt für den 31.3.1949 auf 673 Betriebsgruppen, vgl. Gieseke, J.: Zur Entstehung der Gesellschaft..., S. 85.

²³⁷ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Satzungsentwurf), Blatt 3.

das Bestätigungsrecht des Vorstandes erscheint in diesem Zusammenhang mehr als fragwürdig, allerdings weist Lothar Dralle darauf hin, daß dieses Recht später beschnitten worden sei, so daß eine Ablehnung durch den Vorstand wiederum durch einen Beschluß der Delegiertenversammlung aufgehoben werden konnte.²³⁸

Ein weiteres Führungsorgan bestimmte die Arbeit der Gesellschaft: Das Sekretariat, “an dessen Spitze ein besoldeter Geschäftsführer (Generalsekretär) steht”, ist für die “Organisation der den Zielen der Gesellschaft dienenden Unternehmen, die Werbung, die Verwaltung der Kasse und die Erstattung des Rechnungsberichts[...].”²³⁹ zuständig. Das Sekretariat sollte in der Zukunft eine der Schaltzentralen der Gesellschaft werden, um so aufschlußreicher liest sich folgender Passus der Satzung die Rekrutierung des Generalsekretärs betreffend: “Der Geschäftsführer wird vom Präsidenten im Einverständnis mit dem Arbeitsauschuß bestimmt.”²⁴⁰ Nicht zu unrecht vermutet Lothar Dralle, daß man den Generalsekretär nicht zur Wahl stellen wollte, um so einen SED-Funktionär “für alle Fälle” in einer Führungsposition der Gesellschaft “sicher” zu haben, dementsprechend wurde das SED-Mitglied Hans Mark erster Generalsekretär der Gesellschaft.

6.2. Die Mitgliedsstrukturen

Auf dem Wege zu einer Massenorganisation waren zwei Faktoren im Zusammenhang mit den Mitgliedsstrukturen entscheidend: Erstens die Steigerung der Mitgliederzahlen auf ein “Massenniveau” und zweitens die Inklusion der breiten Schichten der Bevölkerung, hierbei vor allem die aus ideologischen Gründen wichtige Arbeiterklasse. Da das Erreichen beider Ziele aus ideologisch-propagandistischen Gründen sozusagen obligatorisch war, d.h. ein Nichterreichen dieser Ziele sozusagen ausgeschlossen war, sind die vorliegenden Zahlen und Werte der Gesellschaft mit größter Vorsicht zu behandeln. Dennoch können ungefähre Aussagen gemacht werden, indem die Zahlen und Werte verschiedenster Quellen gegeneinander abgeglichen werden. Tut man dies, so fällt auf, daß die grobe Tendenz der Mitgliederentwicklung und der Veränderungen in der Sozialstruktur allen Datenmaterialien gemeinsam ist.

6.2.1. Die Mitgliederentwicklung

²³⁸ Zu Satzungsfragen vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 129ff.

²³⁹ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Satzungsentwurf), Blatt 5.

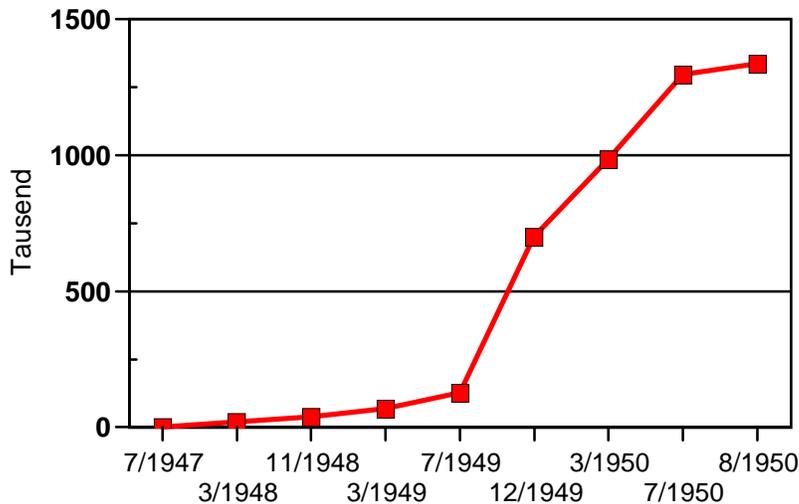
²⁴⁰ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Satzungsentwurf), Blatt 5.

Über die Gründungsphase der Zentralen Gesellschaft wird übereinstimmend von 2.200 Mitgliedern zonenweit berichtet. Schon Ende des gleichen Jahres hatten sich die Mitgliederzahlen verfünffacht²⁴¹, was nicht verwunderlich ist, da eine zonenweite Organisation, zumal wenn sie von der Besatzungsmacht tatkräftig unterstützt wird, viel mehr Menschen erreicht, als regionale Zusammenschlüsse wie der *Deutsch-Russische Kultur-Club* (DRKC) in Weimar. So ist der monatliche Mitgliederzuwachs um 2.120 Personen im ersten Jahr (Juni 1947- März 1948) eher gering und entspricht somit vielleicht dem wirklichen Interesse der Bevölkerung am Kulturaustausch mit der Sowjetunion. Im zweiten Jahr verdoppelte sich diese Zuwachsrate auf 4.212 monatliche Neueintritte. Die gesteigerten Werbemaßnahmen, das verstärkte öffentliche Auftreten der Gesellschaft und nicht zuletzt die effektivere Organisation lassen auch diesen Wert im Bereich des Gewöhnlichen erscheinen. Errechnet man aber den monatlichen Zuwachs für den Zeitraum März 1949 bis März 1950, so entsteht weitergehender Erklärungsbedarf, denn der Wert von 76.358 monatlichen Neueintritten entspricht ungefähr einer Verachtzehnfachung des Vorjahrwertes. Grafisch umgesetzt wird dieses Phänomen in Abbildung zwei²⁴² noch einmal deutlicher:

²⁴¹ Thomas Schönknecht gibt den Mitgliederstand für den 24.11.1947 mit 12000 an, vgl. Schönknecht, T.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 746.

²⁴² Zahlen entnommen aus: SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Planung-Statistik, 5.10.1950), 4 Blätter. Es handelt sich hierbei um eine interne Statistik der DSF-Zentrale, die auf den 5.10.1950 datiert ist, die dort abgedruckten Werte wurden mit den Werten von Lothar Dralle, Thomas Schönknecht und Jens Gieseke verglichen, dabei konnten nur minimale Abweichungen festgestellt werden, so daß die Werte als einigermaßen verlässlich bezeichnet werden können bzw. daß diese Werte zumindest nicht unzuverlässlicher sind als die der genannten Autoren. Grundsätzlich sind alle Werte aber mit großer Vorsicht zu verwenden. Der Wert für den 31.7.1949 ist im Dokument markiert und mit dem Zusatz "Korrektur!" versehen, verglichen mit den entsprechenden Werten anderer Quellen scheint ein möglicher Fehler aber zu vernachlässigen zu sein. Die sich ergebende Tendenz des starken Mitgliederzuwachses ab 1948 geht auf jeden Fall aus allen vorliegenden Datensätzen hervor. Da es sich bei den verwandten Zahlen um eine interne wahrscheinlich nicht "geschönte" Zählung handelt, wurde eben dieser Datensatz verwendet.

Abb. 2: Mitgliederentwicklung 1947-1950



(Grafik: eigene Darstellung)

Mit rund 127.000 Mitgliedern im Juli 1949 hatte die Gesellschaft den Anschluß an vergleichbare Organisationen erreicht. Für den Kulturbund beispielsweise liegt eine Mitgliederzahl von 145.000 Personen im Januar 1949²⁴³ vor. So ist denn auch die Einschätzung Jens Gieseke, daß das “Ziel, wirklich massenwirksam zu werden [...] nicht erreicht werden” konnte, nur in soweit zu teilen, inwieweit dies für alle sogenannten Massenorganisationen zu diesem Zeitpunkt gilt.

Der Zuwachs der Gesellschaft jedenfalls ist auf den ersten Blick eine beachtliche Leistung und man muß eingestehen, daß das gesteckte Ziel, die Mitgliederbasis stark zu vergrößern, geglückt war. Daß diese Neumitglieder nicht alle “aus freien Stücken” zur DSF gekommen waren, sondern “es selbstverständlich auch einen Druck von der Partei zum Eintritt gab”²⁴⁴, gibt Jürgen Kuczynski in seinen Memoiren selbst zu.

6.2.2. Die Sozialstruktur

Vollständige Daten über die Zusammensetzung der gesamten Gesellschaft liegen leider nicht vor, so daß auf die Daten einzelner Landesgesellschaften zurückgegriffen werden muß. Aus dem Entwurf zu einem Rechenschaftsbericht für die 1. Jahresversammlung im Mai 1948 sind die Werte für Abbildung drei²⁴⁵ entnommen. Es handelt sich bei diesem Kreisdiagramm um

²⁴³ Heider, M.: Politik - Kultur - Kulturbund, S. 207.

²⁴⁴ Kuczynski, J.: “Ein linientreuer Dissident”, S. 46.

²⁴⁵ Zahlen entnommen aus: SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Entwurf eines Rechenschaftsberichts für

die wahrscheinliche Sozialstruktur der mecklenburgischen Landesgesellschaft zu Beginn des Jahres 1948²⁴⁶:

(Grafik: eigene Darstellung)

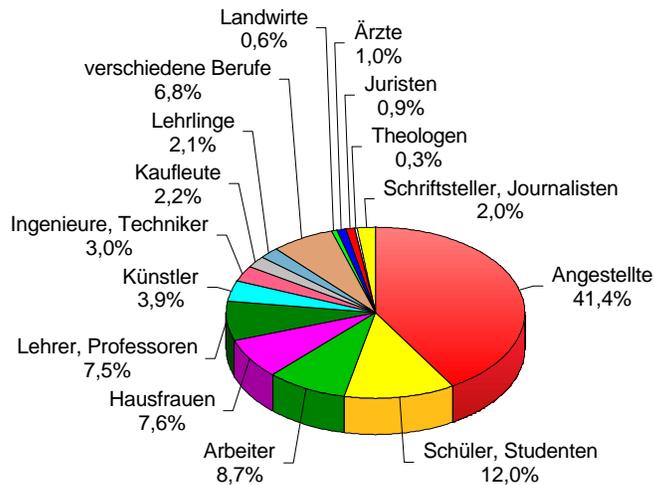


Abb. 3: Sozialstruktur einer Landesgesellschaft 1948

Wie man aus der Abbildung entnehmen kann, ist die Gruppe der Arbeiter stark unterrepräsentiert, eine "Proletarisierung" war bis dato noch nicht eingetreten. Der Arbeiteranteil von 8,7 % wird selbst von der Gruppe der Schüler und Studenten überflügelt. Die abgebildete Sozialstruktur ähnelt mit einem hohen Anteil an Intellektuellen (nimmt man einmal die Gruppe der Angestellten hinzu) der zu erwartenden Sozialstruktur einer um Kulturaustausch bemühten Studiengesellschaft, nicht aber der einer proletarischen Massenorganisation. Gleichet man die Werte mit anderen Landesgesellschaften ab, so ergibt sich kein grundsätzlich differentes Bild²⁴⁷. Auch die von Jens Gieseke nachträglich errechneten Werte für die Gesamtgesellschaft bestätigen die mecklenburgischen Vergleichswerte. Natürlich kann aber auch bei den Daten zur Sozialstruktur eine Manipulation nicht ausgeschlossen werden²⁴⁸.

Besonders schwierig zu beantworten ist, ob es gelang, wie geplant den Arbeiteranteil entscheidend zu vergrößern, da das vorliegende Datenmaterial lücken- und zweifelhaft ist.

1947/48), Blatt 14.

²⁴⁶ In besagtem Rechenschaftsbericht wird von der Sozialstruktur "einer" Landesgesellschaft gesprochen, da aber zuvor berichtet wird, daß für eben diesen Rechenschaftsbericht bisher nur die mecklenburgischen Daten vorlägen, ist davon auszugehen, daß mit dieser "einen" Landesgesellschaft die mecklenburgische gemeint ist.

²⁴⁷ Vgl. hierzu Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 68.

²⁴⁸ Ein Beispiel hierfür bringt Lothar Dralle, wenn er die Angaben zum Arbeiteranteil der Landesgesellschaft Brandenburg wiederlegt, vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 191.

Für die Gesamtgesellschaft liegen hierzu drei Angaben vor: Thomas Schönknecht zeigt die Entwicklung der Sozialstruktur in drei Jahresschritten, demnach habe sich der Arbeiteranteil von 11,8 % (1948) auf 37,3 % (1951)²⁴⁹ gesteigert. Leider geht er in selbiger Darstellung von einem Angestelltenanteil von durchschnittlich 18,3 % aus, dieser Wert wird aber von keiner anderen Darstellung und Quelle bestätigt, vielmehr liegt der Angestelltenanteil sonst, wie auch aus Abbildung drei ersichtlich, zonenweit um die 40 bis 45 %. Außerdem ergibt das Addieren der von Schönknecht vorgelegten Werte keine Grundgesamtheit von 100 %, ein Druck- oder Rechenfehler ist also nicht auszuschließen.²⁵⁰ Die von Jens Gieseke angegebene Steigerung der Arbeiteranteils von 11,8 % (April 1948) auf 19,4 % (März 1949)²⁵¹ und ein Wert von Hartmann/Eggeling, die für 1951 den Arbeiteranteil 45,55 %²⁵² angeben, bleiben somit die einzigen Anhaltspunkte. Zu den zonenweiten Angaben kommen diverse Datensätze verschiedener Landesgesellschaften, die aber alle zumindest einen Anstieg des Arbeiteranteils bei gleichzeitig konstantem Angestelltenanteil um die 40 % aufzeigen²⁵³. Somit kann, mit aller Vorsicht, in Bezug auf die Proletarisierung der Sozialstruktur von einem Teilerfolg gesprochen werden: Zwar gelang es, den Arbeiteranteil zu steigern, dennoch blieb die Gesellschaft in Anbetracht des konstant hohen Angestelltenanteils eher mit der Mittelschicht und der Intelligenzija verhaftet.

6.3. Die Ortsgruppen

Die Ortsgruppen gehörten zu den am längsten bestehenden Organisationseinheiten der Gesellschaft, dies wohlgerneht nur, wenn man die lokalen Vorgängervereinigungen, wie z.B. den *Deutsch-Russische Kultur-Club* in Weimar, miteinbezieht. Wie man bereits gesehen hat (vgl. Kapitel 4.), kam es durch die überstürzte Konstituierung der Landesgesellschaften und

²⁴⁹ Schönknecht, T.: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 746.

²⁵⁰ Schönknecht gibt z.B. für 1948 folgende Werte an: Arbeiter (11,8 %), Bauern und Landarbeiter (0,7 %), Angestellte (10,2 %), Schüler und Studenten (10,8 %), Andere (5,4 %). Diese ergibt nach Addition 38,9 % von Hundert, was mit den fehlenden 61,1 % ist, bleibt offen. Gleiche Unstimmigkeiten sind bei den anderen Jahren zu verzeichnen.

²⁵¹ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 68. Der Autor bezieht sich u.a. auf einen Tätigkeitsbericht der Zentralen Gesellschaft vom 1. April 1948 bis 31. März 1949, überreicht vom Generalsekretär, Berlin o. J. [1949], der bei Abfassung dieser Arbeit leider nicht vorlag.

²⁵² Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 30. Die Autoren beziehen ihr Datenmaterial aus dem für den Verfasser unerreichbaren Zentralen Staatsarchiv der Oktoberrevolution in Moskau (CGAOR 5283/16/141).

²⁵³ Vgl. Für Mecklenburg Tabelle 8 bei Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 190. Hier geht Lothar Dralle für 1948 von einem Angestelltenanteil von 38,6 % und einem Arbeiteranteil von 14,0 % für die Landesgesellschaft Mecklenburg aus.

der Zentralen Gesellschaft zu einer Lücke in der Organisationsstruktur der Gesellschaft, dem organisatorischen “Überbau” fehlte die nötige “Unterfütterung” mit Basisarbeit. Die propagandistische Behauptung, die Gesellschaft sei von unten nach oben gewachsen, machte also ein schnelles und effektives Ausgleichen dieses Ungleichgewichts nötig.

Wie man das Problem anging, zeigt ein Beispiel aus der mecklenburgischen Landesgesellschaft, von dem Lothar Dralle berichtet²⁵⁴: Auf einer Tagung des dortigen vorläufigen Vorstandes weist der damalige Sekretär Gottfried Hamacher darauf hin, daß die Gründung einer Ortsgruppe Schwerin notwendig sei. Daraufhin beschließt der Vorstand, in dieser Hinsicht aktiv zu werden: Er versendet Briefe mit einem Aufruf zum Beitritt an namhafte Persönlichkeiten, Ärzte, Künstler, Ingenieure Schwerins. Aus den beitriftswilligen dieser Aktion bildet sich dann am 26. Juni 1947 die Ortsgruppe Schwerin.

Ob diese Anekdote nur ein Einzelfall gewesen ist, ist schwer zu klären, wahrscheinlich fanden sich mancherorts auch ohne direkte Einflußnahme Ortsgruppen zusammen, dennoch scheint der Schweriner Fall nicht so einmalig gewesen zu sein, wenn Gottfried Hamacher berichtet: “Nacheinander gründeten wir dann in allen Kreisstädten Mecklenburgs Ortsgruppen mit zunächst provisorischen Vorständen, wobei wir Wert darauf legten, als Vorsitzende bekannte Persönlichkeiten zu gewinnen. Hierbei standen uns die sowjetischen Freunde mit guten Ratschlägen zur Seite[...].”²⁵⁵ Gottfried Hamacher bezeichnet die Initiatoren der Gründungen mit “wir” und verrät damit, daß die Führungsclique der Landesgesellschaft Mecklenburgs gemeint ist, der Hamacher als Sekretär angehörte.

Vor allem aber belegen diese Beispiele aus Mecklenburg die Dringlichkeit, mit der die Gründung neuer Ortsgruppen behandelt wurde. Dies läßt sich auch an der Entwicklung der

²⁵⁴ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 163.

²⁵⁵ Hamacher, G.: Von den Anfängen der deutsch-sowjetischen Freundschaft in Mecklenburg 1945-1949, (Ost) S. 840.

absoluten Zahlen für die SBZ/DDR, wie aus Tabelle eins²⁵⁶ ersichtlich, ablesen:

Tab. 1: Anzahl der Ortsgruppen

	Ortsgruppen
1.4.1948	124
30.8.1948	150
31.3.1949	196
30.6.1949	370
30.9.1949	525
31.12.1949	1179
31.3.1950	1654
31.7.1950	2303
31.8.1950	2337

In Abhängigkeit des starken Anstiegs der Mitgliederzahlen (vgl. Kapitel 6.2.1.) ist auch die Anzahl der Ortsgruppen Ende 1949 angestiegen. Hatte sich im Zeitraum 30.8.1948 bis 30.9.1949 die Anzahl um das dreieinhalbfache vergrößert, so ist für das folgende Jahr (30.9.1949 - 31.8.1950) eine viereinhalbfache Steigerung zu verzeichnen.

Die Anzahl der Gruppen sagt jedoch wenig über die wirkliche Zahl der “Aktiven” aus, manche Ortsgruppen verfügten gerade einmal über die laut Satzung notwendigen 15 Mitglieder, andere hatten Mitgliederstärken im vierstelligen Bereich.²⁵⁷

Gerade in der ersten Zeit gab zwischen den Ortsgruppen und ihren Landesgesellschaften immer wieder Probleme, mal klappte die Materialversorgung nicht richtig oder pünktlich, mal war die vor Ort durchgeführte Arbeit nicht im Sinne der Leitlinien der Zentralen Gesellschaft. Die Durchsetzung des *Demokratischen Zentralismus* erwies sich gerade auf der untersten Ebene als schwierig, manche Ortsgruppen widersetzten sich sogar den Bestimmungen von oben. Als Gegenmaßnahme setzte man sogenannte Gebietsinstrukteure ein, “die als ständige Verbindungsleute zwischen den Ortsgruppen des von ihnen betreuten Gebietes und der Landesgesellschaft fungieren sollen.”²⁵⁸ Auch die Einrichtung von Kreisorganisationen, mit Kreisleitungen und Kreisekretariaten sind in diesem Zusammenhang zu sehen.

6.4. Die Betriebs- bzw. Wirkungsgruppen

²⁵⁶ Zahlen entnommen aus: SAPMO-BArch, DY 32 / 10021(Planung-Statistik, 5.10.1950), Blatt 2. Auch in Bezug auf diese Daten gilt Vorsicht, obwohl es sich um eine interne Statistik handelt. Im Vergleich mit den benutzten Datensätzen anderer Darstellungen konnten aber keine signifikanten Abweichungen festgestellt werden.

²⁵⁷ Vgl. hierzu Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 73.

²⁵⁸ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Entwurf eines Rechenschaftsberichts für 1947/48), Blatt 13.

Viele der Mitglieder dieser Ortsgruppen waren über den Umweg der Mitgliedschaft in einer Betriebsgruppe zu Mitgliedern einer Ortsgruppe geworden. Ab 1949 wurde der unabhängige Status der Betriebsgruppen zugunsten einer Untergruppierung unter die Ortsgruppen, die Wirkungsgruppe genannt wurde²⁵⁹, aufgegeben, die Satzung von 1947 hatte noch eine gleichberechtigtes nebeneinander von Orts- und Betriebsgruppen vorgesehen. Diese Neuregelung sollte die Zusammenarbeit zwischen Betriebs- und Ortsgruppen stärken und den Ortsgruppen die Möglichkeit verschaffen, auch in den Betrieben tätig zu werden. Es war also eine Neuregelung zur Intensivierung der betrieblichen Arbeit, die aber zugleich den Nebeneffekt hatte, daß sich die Mitglieder der Ortsgruppen mit Themen der Betriebsgruppen befassen mußten, auch so gelang eine stärkere Politisierung der Arbeit der Ortsgruppen²⁶⁰.

Gerade die Mehrung von Betriebsgruppen war im Zeichen der Transformation der Gesellschaft zu einer Massenorganisation eine Aufgabe allererster Dringlichkeit, auch hierbei ging es um eine Proletarisierung der Sozialstruktur, die Entschließung des 2. Kongresses (1949) unterstreicht dies noch einmal: "Eine Änderung der sozialen Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft ist unbedingt nötig. Der Prozentsatz der Arbeiter und Bauern muß im nächsten Jahr wesentlich erhöht werden. Das erfordert eine verstärkte Arbeit in den Betrieben [...]"²⁶¹ Entsprechend dem hohen ideologischen Wert der Betriebsgruppen wird in der DDR-Geschichtsschreibung und in den Dokumenten der Gesellschaft versucht, den Beginn der betrieblichen Arbeit möglichst früh zu datieren und die Anzahl der Gruppen möglichst hoch erscheinen zu lassen. So wird einmal berichtet, am 12. November 1947 hätte sich die erste Betriebsgruppe in der Filmfabrik Agfa in Wolfen gegründet, andererseits wurde erst am 9. August 1949 die Einrichtung von Betriebsgruppen durch die SED erlaubt.

Man kann davon ausgehen, daß bis zum 2. Kongreß 1949 zwar faktisch eine betriebliche Arbeit mancherorts stattfand, daß aber sie aber im Arbeitskanon der Gesellschaft eine untergeordnete Rolle spielte. Dies lag wohl auch daran, daß gerade die Betriebsarbeit der Gesellschaft ziemlich unpopulär war: Es wird von einer eisigen Stimmung in den Betrieben berichtet, der sehr geringe Arbeiteranteil an Mitgliedern der Gesellschaft ist Ausdruck dieses

²⁵⁹ Lothar Dralle vertritt die Ansicht, daß die Betriebsgruppen deshalb als Wirkungsgruppen bezeichnet worden waren, weil die SED bis zum 9.8.1949 die Einrichtung von Betriebsgruppen untersagt hatte, d.h. um die Arbeit fortzuführen, nannte man die Betriebsgruppen einfach Wirkungsgruppen, vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S 185.

²⁶⁰ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 74.

²⁶¹ SAPMO-BArch, DY 32 / 10021(Entschliessung des 2. Jahreskongresses vom 30. 6. - 9. 7. 1949), Blatt 3.

Zustandes. Vielen Arbeitern war die Gesellschaft zu intellektuell, elitär und “russenfreundlich”.²⁶²

Nach dem 2. Kongress wurde die betriebliche Arbeit intensiviert, glaubt man den Dokumenten der Gesellschaft, mit einigem Erfolg, wie aus Tabelle zwei²⁶³ ersichtlich:

Tab. 2: Anzahl der Betriebsgruppen

	Betriebsgruppen
31.3.1949	613
30.6.1949	700
30.9.1949	2022
31.12.1949	7214
31.3.1950	9984
31.7.1950	11597
31.8.1950	11902

Daß es im Zuge dieser Entwicklung auch zu kollektiven Eintritten ganzer Betriebe in die Gesellschaft gekommen ist²⁶⁴, unterstreicht nocheinmal die Vermutung, daß mit den Zahlen in Tabelle zwei vorsichtig umgegangen werden muß, wieviele Personen Mitglieder der Gesellschaft durch solche kollektiven Eintritte wurden, ist unbekannt.

6.5. Die Sektionen

Die Sektionen waren für die Materialversorgung der Orts- und Betriebsgruppen und die Kommunikation mit der sowjetischen WOKS zuständig. Schnell hatte man bemerkt, daß die fachspezifische Arbeit den Vorstand und das Sekretariat bei weitem überforderte. Selbstkritisch gesteht Jürgen Kucyznski auf der ersten Jahresversammlung ein, daß die Versorgung mit Materialien durch die Zentrale schlecht sei. “Ein ganz kleiner Aufbau ist mit den Sektionen gemacht worden”²⁶⁵, bemerkt er weiter.

Als erstes wurde die Sektion Film im Dezember 1947/Januar 1948 gegründet. Anlaß hierfür waren die sinkenden Besucherzahlen bei Vorführungen sowjetischer Filme: Die Filme waren künstlerisch miserabel gemacht, ergingen sich in Klischees und Pathos, sie waren nicht für die Sehgewohnheiten und Bedürfnisse der deutschen Nachkriegsbevölkerung gedreht worden

²⁶² Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 94.

²⁶³ SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Planung-Statistik, 5. 10. 1950), Blatt 2.

²⁶⁴ Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 94.

²⁶⁵ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Stenographische Niederschrift der 1. Jahresversammlung vom 22. und 23. 5. 1948, Rede Kucyznski), Blatt 17.

und deshalb in ihrem "Für und Wider in den breiten Kreisen der Öffentlichkeit [...] zum Gegenstand brennendster Diskussion geworden[...]"²⁶⁶. Um dieses Problem anzugehen, veranstaltete die Zentrale Gesellschaft am 18. Dezember 1947 im "Haus am Kastanienwäldchen" einen Abend unter dem Titel "Der sowjetische Film und seine deutschen Zuschauer". Ergebnis dieser Veranstaltung war die Gründung der Sektion Film, die unter die Leitung von Erika Hirsch gestellt wurde. Die Sektion erhielt die Aufgabe, den Kontakt mit der sowjetischen Filmstelle, der *Sowexport* zu koordinieren, um auf eine Verbesserung des Filmmaterials hinzuwirken. So wurde vereinbart, daß "künftig die deutschen Erstaufführungen sämtlicher sowjetrussischer Filmproduktionen nach Vorführung vor einem Gremium der Ges. (Gesellschaft, Anm. d. Verf.) und von ihr geladener Filmexperten nur noch ausschließlich in Veranstaltungen unserer Gesellschaft vorgeführt werden."²⁶⁷ Die Sektion Film wurde so zum direkten Ansprechpartner der WOKS und erhielt eine Monopolstellung in Verbreitung ihrer fachspezifischen Materialien.

Im Januar 1948 folgte die Gründung der Sektion Musik unter Leitung von Heinz Thiersen, dann im Juni die Sektion Bildende Kunst unter Leitung von Heinrich Ehmsen. Die Sektion Theater wurde im September gegründet, ihre Leitung übernahm Friedrich Wolf. Im darauffolgenden Jahr kam es noch zu drei weiteren Sektionsgründungen: Literatur unter der Leitung von Bruno Kaiser, Jura²⁶⁸ und Wirtschaftswissenschaften unter der Leitung von H. Weinberger.²⁶⁹

Nach dem 3. Jahreskongreß der Gesellschaft (1951), kamen noch die Sektionen für Medizin, Biologie, Technische Wissenschaft, Pädagogik, Geographie, Politik, Ökonomie und Geschichte hinzu. Hierbei hatte die WOKS ihre Hand im Spiel, die selbst über 14 Sektionen verfügte, und die Gesellschaft aufforderte, zwecks besserer Koordination zu diesen 14 Sowjetsektionen deutsche Pendant zu gründen.²⁷⁰

Das große Problem beim Aufbau der Fachsektionen war der Mangel an Fachpersonal, deshalb ging der Aufbau der Sektionen nur zögerlich voran. Der Entwurf zum Rechenschaftsbericht aus dem Jahr 1948 bemerkt hierzu: "Weitere Sektionen werden eingerichtet, sobald die brauchbaren Fachreferenten dafür gefunden sind". Das

²⁶⁶ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Entwurf eines Rechenschaftsberichts für 1947/48), Blatt 10.

²⁶⁷ Ebenda, Blatt 6.

²⁶⁸ Deren Leiter unbekannt ist.

²⁶⁹ Zu den Gründungsdaten und Leitern vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 71.

²⁷⁰ Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 93.

Kaderproblem, die Versorgung mit geschultem Fachpersonal war in allen Teilen der Gesellschaft ein großes Problem.

6.6. Das Kaderproblem

“Das Sekretariat der Zentralen Gesellschaft leidet genau wie die Landesgesellschaft und ihre Unterorgane an einem sehr empfindlichen Mangel von qualitativen Fachkräften für ihre einzelnen Fachsparten”²⁷¹, stellt der Autor des Rechenschaftsberichtes Anfang 1948 fest. Da die Gesellschaft nicht “natürlich von unten nach oben” gewachsen war, sondern ihre Transformation zur Massengesellschaft in kürzester Zeit umgesetzt wurde, fehlte der Gesellschaft das nötige Personal für den explosionsartigen Anstieg an Posten. Die anfangs in der Schule der SMAD in Königswusterhausen und später in der gesellschaftseigenen Schule²⁷² ausgebildeten Kader reichten nicht mehr aus, so daß man ab 1948 verstärkt auf heimgekehrte Kriegsgefangene zurückgriff, die in der sowjetischen Gefangenschaft unter Mitarbeit der Moskauer KPD-Führung geschult worden. “Auf diesem Wege beabsichtigte die KPD-Führung, neue Kader für zukünftige revolutionäre Auseinandersetzungen in Deutschland heranzubilden.”²⁷³

In Dokument eins²⁷⁴ wendet sich ein ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener, nun Referent für Presse und Rundfunk bei der Zentralen Gesellschaft, an Oberst Tulpanow von der Informationsverwaltung der SMAD. Er gibt an, auf der Antifa-Zentralschule in Krasnogorsk bei Moskau ausgebildet worden zu sein und bittet um die Zusendung seiner dort erstellten Aufzeichnungen. Erstaunlich ist, daß er bereits 15 Tage nach Rückkehr aus der UdSSR in eine solch “hohe” Position gekommen war, dies mag unterstreichen, wie dringend Personal bei der DSF gesucht wurde.

²⁷¹ SAPMO-BArch, DY32 / 10002 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 6.

²⁷² Die SMAD-Schule wurde 1948 geschlossen. Am 9. Mai 1949 wurde im “Haus am Kastanienwäldchen” die Zentralschule der Gesellschaft gegründet, ab März 1950 gab es auch Landesschulen, vgl. Mai, J.: Die Gesellschaft zum Studium..., (Ost) S. 869.

²⁷³ Erler, P. u.a.: “Nach Hitler kommen wir”, S. 112.

²⁷⁴ SAPMO-BArch, DY 32 / 11089 (Brief an Generalmajor Tulpanow vom 22.8.1949), Blatt 1.

Dokument 1: Brief eines heimgekehrten Kriegsgefangenen

Ablage
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
XX
Abteilung Presse und Bild Wa/Kr.
22. August 1949.

Herrn
Generalmajor T u l y a n o w
Informationsabteilung der SMA
B e r l i n
Normannenstr. 22.

Sehr geehrter Herr Generalmajor!

Am 1. August 1949 bin ich aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft gekommen, nachdem ich die Zentralschule in Erasnogorsk bei Moskau von Februar bis Juli besucht habe.

Seit dem 15.8.49 arbeite ich als Referent für Presse und Rundfunk bei der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin W.8, Kanonierstr.10. Um meine Arbeit intensiver ausführen zu können, benötige ich dringend jene Unterlagen und Aufzeichnungen, die ich mir auf der Zentralschule gemacht habe. Bei der Entlassung von der Antifa-Zentralschule ins Erasnogorsk bei Moskau wurde uns mitgeteilt, daß wir die Aufzeichnungen anfordern sollten, wenn sie uns nicht umgehend zugesandt würden. Ich bitte daher um schnellste Zusendung der Aufzeichnungen an untenstehende Anschrift:

Kurt Waschke, Berlin W.8, Kanonierstr.10
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Besonderen: Fritz Porombka, Bildberichter
bei der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Mit sozialistischem Gruß!

Zwischen Juni und Oktober 1949 fanden überall in der SBZ/DDR regionale Heimkehrerkonferenzen statt. In diesen Konferenzen versuchte man, die heimgekehrten Kriegsgefangenen für die Gesellschaft "nutzbar" zu machen. Die erste dieser Konferenzen fand am 24. Juni in Potsdam statt, dort schwor man die Heimgekehrten auf die Sache der deutsch-sowjetischen Freundschaft ein und drängte sie zu einer Mitarbeit in der Gesellschaft.²⁷⁵ In Mecklenburg, so berichtet der Sekretär der dortigen Landesgesellschaft Gottfried Hamacher, hätten 23 solcher Konferenzen mit über 4.000 ehemaligen Kriegsgefangenen stattgefunden, die anwesenden Heimkehrer hätten "ein von großem Optimismus erfülltes Bekenntnis zur Sowjetunion abgelegt[en]."²⁷⁶

²⁷⁵ Schönknecht, T.: Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, S. 740.

²⁷⁶ Hamacher, G.: Von den Anfängen der deutsch-sowjetischen Freundschaft in Mecklenburg 1945-1949, (Ost) S. 845.

Am 20. Oktober 1949 fand eine zentrale Heimkehrerkonferenz in der Deutschen Staatsoper in Berlin mit 1.653 Delegierten und 584 Gästen statt.²⁷⁷ Wie groß der personelle Gewinn dieser Aktionen für die Gesellschaft letztendlich wirklich war, ist unklar, in allen Darstellungen wird aber von einem sehr großen Kaderzuwachs gesprochen.

6.7. Die Finanzen

Im Satzungsentwurf von 1947 (§4) ist die Finanzierung wie folgt festgelegt: "Einnahmen der Gesellschaft beruhen auf Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie auf Einnahmen aus verschiedenen Veranstaltungen, Vorträgen, Ausstellungen, Publikationen usw. [...]"²⁷⁸. Glaubte man dieser Formulierung, so müßte man davon ausgehen, daß die Gesellschaft finanziell unabhängig war. Dem war aber allen Anschein nach nicht so, denn sogar Oberst Tulpanow selbst erwähnt in seiner Rede auf der Gründungsversammlung der Gesellschaft, man habe "mehr als eine Million Mark an den Vorsitzenden der Provinzialgesellschaft gesandt [...]"²⁷⁹ Nun lag diese "Spende" noch vor der Gründung der Zentralen Gesellschaft und man könnte vermuten, daß sie eine einmalige Anlauffinanzierung war. Aber auch in der Folgezeit war die Gesellschaft finanziell nicht autark und auf Zuwendungen verschiedener Stellen angewiesen.

Betrachtet man z.B. einmal die Höhe der Mitgliederbeiträge, ist dies auch kein Wunder: Laut Satzungsentwurf von 1947 hatte jedes Mitglied 1 RM Aufnahmegebühr zu entrichten. Hinzu kam ein nach Einkommen gestaffelter Mitgliedsbeitrag von 1 RM (bei einem Monatseinkommen bis zu 300 RM), 2 RM (bei einem Monatseinkommen von 300 bis 500 RM) oder 3 RM (bei einem Monatseinkommen von über 500 RM). Schülern, Studenten und Minderjährigen wurde 50 % Nachlass gewährt. Davon verblieben "der Ortsgruppe 50 %, 30 % werden an den Landesvorstand, 20 % an den Vorstand der zentralen Gesellschaft [...]"²⁸⁰ abgeführt. In manchen Ortsgruppen gab es selbst über diese heute gering erscheinenden Beiträge Beschwerden. Bedenkt man die materielle Not der Nachkriegsjahre ist aber gut nachzuvollziehen, daß man für etwas so "überlebensunwichtiges" wie die Gesellschaft nicht leichterhand bereit war, das wenige Geld auszugeben.

²⁷⁷ Ebenda.

²⁷⁸ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 1.

²⁷⁹ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung vom 30.6.1947, Rede Tulpanow), Blatt 1.

²⁸⁰ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Satzungsentwurf), Blatt 3.

Das finanzielle Fiasko wurde unterstützt durch das oftmals verschwenderische Haushalten und durch Schlamperei. Lothar Dralle berichtet beispielsweise für die Landesgesellschaft Brandenburg von einer Fehlsomme von rund 400.000 RM für den Etat 1948. Im dort beschriebenen Fall waren somit die Ausgaben mehr als doppelt so hoch wie die Einnahmen.²⁸¹

Aus einem Schreiben der Abteilung Kultur und Erziehung beim Zentralsekretariat der SED vom 12. April 1949 wird deutlich, daß die Zahlungsmoral in den Ortsgruppen zu wünschen übrig ließ. Angemahnt wird hierin, daß die “völlig ungenügende Kassierung in der Gesellschaft [...] das Organisationsleben geschwächt [...]” habe und “es seien Maßnahmen zu treffen, um eine restlose Kassierung aller Mitglieder in kürzester Zeit sicherzustellen.”²⁸²

Woher kamen also die Gelder, wenn nicht aus den eigenen Einnahmen?

Zum einen wurden die Landesgesellschaften durch die Landesregierungen unterstützt, der schon erwähnte Rechenschaftsbericht spricht hier von “[E]tatmässig festgesetzten Zuwendungen”²⁸³. Die Landesregierungen entnahmen diese Mittel dem Kulturfond des Landes, der den Kulturministerien oblag. So stand den Landesgesellschaften, den Dokumenten der Gesellschaft folgend, ein “festliegender Betrag”²⁸⁴ aus diesem Fond zu. Daß es bei der Verteilung dieser “festliegenden Beträge” zu handfesten Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft und der SED kommen konnte, belegt der Entwurf eines Schreibens der Zentralen Gesellschaft (Autor unbekannt) an den Leiter der Kulturabteilung der SED Stefan Heymann. Dort heißt es, die Zuschüsse aus dem Kulturfond betreffend:

“Aus Deinem Brief (gemeint ist Heymann, Anm. d. Verf.) geht hervor, dass alles was Du erreichen konntest war, dass für die Gesellschaft DM 200.000 zur Verfügung gestellt werden. Es wird Dich interessieren, das in dem offiziellen Brief von Willmann der Betrag auf DM 100000 herabgesetzt ist [...]. Diese Verteilung der Gelder ist objektiv, um es milde auszudrücken, als eine absolute Interesselosigkeit an der Förderung der deutsch-sowjetischen Freundschaft zu betrachten.”²⁸⁵

Allen Anschein nach wurde also auch die Zentrale Gesellschaft und nicht nur die Landesgesellschaften aus einem Kulturfond gefördert.

²⁸¹ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen..., S. 223ff. Lothar Dralle benutzt die Abrechnung der Landesgesellschaft Brandenburg von 1947 und den Ausgabenetat für 1948, die für die Abfassung dieser Arbeit nicht vorlagen, als Grundlage für seine Analyse. Die Gesamtausgaben betragen nach diesem Dokument 665.614,24 RM, die Gesamteinnahmen schlugen mit 250.000 RM zu Buche.

²⁸² SAPMO-BArch, DY32 / 10115 (Brief von Stefan Heymann an Hans Mark vom 12.4.1949), Blatt 2.

²⁸³ SAPMO-BArch, DY32 / 10001 (Entwurf eines Rechenschaftberichtes für 1947/48), Blatt 15.

²⁸⁴ Ebenda, Blatt 14.

²⁸⁵ SAPMO-BArch, DY32 / 10115 (Entwurf zu einem Schreiben an Stefan Heymann, Verfasser unbekannt, nicht datiert), Blatt 1f.

Hauptsponsor war aber in jedem Fall die SMAD, sie stellte die Kulturhäuser und deren Einrichtung zur Verfügung, kümmerte sich um Arbeitsmaterialien (Filme, Bücher etc.) und war bei allen "Engpässen" Ansprechpartner Nummer eins. Wie hoch die finanziellen Zuwendungen waren und ob es beispielsweise eine regelmäßige Zuwendung gab, ist unklar. Auch andere sowjetische Stellen unterstützten natürlich die Arbeit der Gesellschaft, zu nennen ist hier vor allem die WOKS (Bereitstellung von sowjetrussischer Literatur etc.).

Bemerkenswert ist, daß die finanzielle Unterstützung durch sowjetische Stellen grundsätzlich mit einer großen Verschwiegenheit von Seiten der Gesellschaft behandelt wurde. Unermüdlich wird in Publikationen der Gesellschaft und auch in internen Papieren die finanzielle Unabhängigkeit der Gesellschaft herausgestellt. Offensichtlich sollte der Eindruck einer unabhängigen Studiengesellschaft so gewahrt bleiben, eine Offenlegung der finanziellen Abhängigkeit hätte diesen Eindruck zerstört.

7. Die praktische "Kulturarbeit": Instrumente der Arbeit

Symptomatisch für Organisationen in der Größenordnung der Gesellschaft ist die Tendenz zu einem anschwellenden und übergroßen Funktionärsapparat und einer dahinsiechenden Basisarbeit. Parallel hierzu stellt sich die Frage, ob die propagierten Ziele und Inhalte auch in effektive und funktionierende Arbeit umgesetzt werden konnten, also die Frage nach dem Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit. Desweiteren ist auch interessant zu fragen, wie das von der Gesellschaft bereitgestellte Angebot genutzt wurde, welche Veranstaltungstypen und Arbeitsangebote vermehrt genutzt wurden und welche eher unpopulär waren.

In den nächsten Unterkapiteln sollen bei der Darstellung der einzelnen Arbeitsfelder und -Instrumente auch diese Fragen berücksichtigt werden.

7.1. Das Veranstaltungsprofil der Gesellschaft

Im Gegensatz zur Arbeit in den Studien-, Orts- und Betriebsgruppen waren die Veranstaltungen der Gesellschaft für die breite Öffentlichkeit konzipiert, das Veranstaltungsprofil präsentiert uns den Teil der "Studien- und Freundschaftsarbeit", der das Bild der Gesellschaft in der Bevölkerung prägte. Bei den Besuchern der Veranstaltungen, seien es nun Vorträge, Filme, Diskussionen, Konzerte, Ausstellungen oder Feiern gewesen, handelte es sich noch am ehesten um den Durchschnittsbürger der SBZ/DDR. Viele Gäste entschieden je nach Angebot, ob sie eine Veranstaltung der Gesellschaft besuchten oder doch lieber zuhause blieben, man kann davon ausgehen, daß für einen Großteil dieser Gäste das

jeweilige Veranstaltungsangebot maßgeblich war und nicht die Organisation, die dahinter stand. Kein Wunder also, daß die Gesellschaft gerade in diesem Bereich große Anstrengungen unternahm, die öffentlichen Veranstaltungen waren der Schwerpunkt der Arbeit, alle Einheiten des Gesellschaftsgefüges hatten diesem Schwerpunkt zuzuarbeiten.

Die Wichtigkeit erklärt sich auch aus den Zahlen, denn vergleicht man die Besucherzahlen mit den Mitgliederzahlen der Studiengruppen so wird klar, daß es der Gesellschaft am ehesten über ihr Veranstaltungsangebot gelang, "Massen" zu bewegen.

Aus Tabelle drei²⁸⁶ läßt sich entnehmen, daß das Veranstaltungsangebot ständig erweitert wurde und die Besucherzahlen, wenn auch nicht proportional, bis 1949 mitstiegen. Interessant ist das Sinken bzw. nicht weitere Ansteigen der Zahlen ab Ende 1949, der rasante Mitgliederanstieg nach dem Umbenennungskongreß im Juli 1949 wird durch die stagnierenden Besucherzahlen hinterfragt.

Tab. 3: Veranstaltungen 1948 bis 1950

	Veranstaltungen	Besucher	Durchschnitt
1.4.1948	990	296616	300
30.9.1948	6975	945735	136
31.3.1949	8900	1710985	192
30.6.1949	10301	1623929	158
30.9.1949	16102	2673239	166
31.12.1949	21572	3527144	164
31.3.1950	14558	1283673	88
31.7.1950	16252	2378985	146
31.8.1950	15362	1693202	110

Die häufigste Veranstaltungsform waren Vorträge und Diskussionen. Der Entwurf zu einem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1947 führt beispielhaft folgende Vortragsthemen an:

- “30 Jahre Aussenpolitik der Sowjet-Union
- 30 Jahre Sowjet-Union (allgemeine Betrachtung)
- 30 Jahre Sowjetische Literatur
- Abbruch der Londoner Konferenz
- 30. Jahrestag der Sowjet-Armee
- Jugend in der Sowjet-Union (vor jugendlichen Besuchern)

²⁸⁶ Zahlen aus SAPMO-BArch, DY 32 / 10021 (Planung und Statistik, 5.10.1950), Blatt 3. Vergleicht man diese Zahlen mit Angaben aus Darstellungen der DDR-Geschichtsschreibung, so stellt man fest, daß die hier wiedergegebenen Werte extrem niedrig gegriffen sind, dies spricht für ihre Authentizität. Gottfried Hamacher behauptet z.B., im Land Mecklenburg seien im 1. Halbjahr 1948 686 Veranstaltungen mit 178.255 Besuchern gelaufen.

Stellung der Frauen in der Sowjet-Union
(teilweise im Rahmen des intern. Frauentages) u.a.m.²⁸⁷

All diese "Vortrags-Grossveranstaltungen" seien zum größten Teil mit anschließender "sehr lebhafter" Diskussion durchgeführt worden, die Teilnehmerzahl habe sich auf 500 bis 1.100 Besucher pro Vortrag belaufen, berichtet der Rechenschaftsbericht. Die Vortragsveranstaltungen wurden zu bestimmten Anlässen, wie etwa zu Lenins Todesstag, dem 100. Jahrestag des Kommunistischen Manifests, dem Geburtstag Stalins oder dem Jahrestag der Oktoberrevolution ausgerichtet. Die Vorträge waren zumeist politisch-ideologischen Inhalts, kulturelle Themen wurden mit anderen Veranstaltungsformen begangen.

Im Bereich Literatur wurden sogenannte Gorki-, Puschkin-, Ostrowski-, Majakowski-, Gogol-, Belinski- oder Tolstojabende veranstaltet. Aus einem Artikel der *Tagespost Potsdam* vom 14. Januar 1949 ist der Ablauf einer solchen Abends gut nachzuvollziehen:

"Lisa Bell charakterisierte in ihrem einleitenden Vortrag den Menschen und Dichter Tolstoj und las dann Abschnitte aus "Auferstehung". [...] Zum Schluß las Frau Bell die bekannte Legende von den drei Fragen. Käthe Robiller gab dem schönen Vortragsabend, der starken Beifall fand, mit Klavierwerken von Tschaikowskij und Mussorgskij einen sinnvollen, klingenden Rahmen."²⁸⁸

Auf musikalischem Gebiet wurden Konzerte mit Werken "neuzeitlicher sowjetrussischer und alt-russischer Meisterkomponisten durchgeführt".²⁸⁹ Es wurde auch Volksmusik aus den verschiedenen Republiken der UdSSR angeboten. Die größte Öffentlichkeit erlangten aber die Gastspiele sowjetischer Ensembles: Kultstatus genossen seinerzeit die Auftritte des "Akademischen Gesangs- und Tanzensembles der Sowjetarmee", besser bekannt als Alexandrow-Ensemble. Im August 1948 bereiste das Ensemble 13 Orte der SBZ, darunter auch Industriebetriebe wie die Leunawerke und Maxhütte in Unterwellenborn, einige der Auftritte wurde im Radio übertragen, die DEFA drehte sogar einen Film über das Alexandrow-Ensemble. In einem Artikel der gesellschaftseigenen Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* wird Jürgen Kuczynski bezüglich des Auftrittes des Ensembles in Berlin mit dem Ausspruch "[...] eine Anerkennung für unsere Arbeit, eine sehr wirksame Förderung für unsere Tätigkeit"²⁹⁰ zitiert. Damit hatte wahrscheinlich recht, denn man kann davon ausgehen, daß diese eher im Bereich der leichten Unterhaltung angesiedelten Aktivitäten die

²⁸⁷ SAPMO-BArch, DY 32 / 10001 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 9.

²⁸⁸ SAPMO-BArch, DY32 / 10262 (Zeitungsausschnittssammlung), Blatt vom 14.1.1949.

²⁸⁹ SAPMO-BArch, DY 32 / 10001 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 9.

²⁹⁰ Die Neue Gesellschaft, Heft 8/1949, S. 70.

wirksamste Werbung für die Gesellschaft waren. Die Auftritte des Alexandrow-Ensembles sind ein weiteres Beispiel für die Vermutung, daß die Gesellschaft Kultur als Vehikel gebrauchte, denn über die von der Gesellschaft und dem FDGB organisierten Auftritte des Ensembles kamen viele Menschen erstmals mit Gesellschaft in Berührung und bauten ihre Vorurteile ab.

Große Energien wurden auch in den Bereich Film gesteckt, die Leitung der Gesellschaft wußte um die massenwirksame Wirkung dieses Mediums. Gezeigt wurden vor allem aufklärerische sowjetische Filme wie “Die große Wende”, “Die russische Frage” oder “Erziehung der Gefühle”, aber auch Unterhaltungs- und Kinderfilme wie “Das Zauberkorn”, “Aschenbrödel” oder “Der Zauberfisch”.²⁹¹ In allen Landesgesellschaften wurden auch immer wieder Sonderaktionen, wie z.B. Filmfestspielwochen und Ferienfilmwochen veranstaltet. Über die Filmfestspielwoche vom 31. Oktober bis 7. November 1947 in Sachsen-Anhalt wird berichtet, es seien acht sowjetische Filme in zwölf Kinos mit 3.500 Besuchern gezeigt worden. Auch nach den Filmvorführungen sei es regelmäßig zu lebhaften Diskussionen über die im Film vertretenen Ansichten gekommen.

Ferner wurden Ausstellungen in allen größeren Städten und Orten gezeigt. Berichtet wird in besagtem Rechenschaftsbericht von der besonders erfolgreichen Karikaturausstellung “Hitler und seine Clique” des sowjetischen Zeichners Boris Jefimow, in Halle habe diese Ausstellung in vier Wochen 34.000 und in Dresden in fünf Wochen 46.000 Besucher angezogen. Ansonsten seien 1947 Ausstellungen auch zu den Themen “30 Jahre Sowjetunion”, “800 Jahre Moskau”, “Porträts sowjetischer Persönlichkeiten” und “industrielle, landwirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Sowjetunion” durchgeführt worden.²⁹²

7.2. Kulturhäuser

Die in Kapitel 4.3. “Das Haus am Kastanienwäldchen” gemachten Aussagen über das zentrale Kulturhaus der Gesellschaft in Berlin können beispielhaft auch für die anderen Kulturhäuser herangezogen werden, wenngleich berücksichtigt werden muß, daß die regionalen Häuser weit weniger gut ausgestattet waren als das zentrale Haus. Die Kulturhäuser waren als “Heimat” der Arbeit vor Ort konzipiert. Dennoch dauerte es einige Zeit, bis flächendeckend solche Einrichtungen zur Verfügung standen, oftmals mußten Veranstaltungen bis dahin in angemieteten Sälen und Hallen stattfinden. Für 1947-1948

²⁹¹ Schmechting, W.: Durch Studium zur Wahrheit..., (Ost) S. 16.

²⁹² SAPMO-BArch, DY 32 / 10001 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 9.

werden 20 Häuser dokumentiert, für 1949 76 Häuser und für das Jahr 1959 immerhin schon 200 Einrichtungen dieser Art.²⁹³ Viele der späteren Kulturhäuser waren zuvor als “Häuser der SMAD” genutzt worden, sie wurden dann der Gesellschaft übereignet.

Die Kulturhäuser der Gesellschaft waren, dank der Unterstützung durch die SMAD, überdurchschnittlich gut ausgestattet, fast alle besaßen umfangreiche Bibliotheken. Die Gesellschaft gab sich Mühe, “ihre Kulturhäuser recht angenehm, dezent und wohnlich auszugestalten, so dass sich der Besucher im Gegensatz zu den oft sehr kalten, unpersönlichen und unfreundlichen ortsgegebenen Sälen und Räumlichkeiten beim Besuch der Gesellschaft schon durch die rein äusserlich behagliche Einwirkung seiner Umgebung wohlfühlen kann.”²⁹⁴ Die Kulturhäuser waren gerade in der allerersten Zeit ein wirkliches “Lockmittel” der Gesellschaft, denn in Zeiten allgemeiner Verknappung luden die gutgeheizten Häuser besonders zum Verweilen ein.

In den sogenannten Klubräumen der Kulturhäusern fanden die Treffen der Studiengruppen statt.

7.3. Studiengruppen und Russischkurse

In den Studiengruppen sollten die Ziele der Vordenker der Gesellschaft in praktische Arbeit umgesetzt werden und “in kleinen Arbeitszirkeln in intensiver Studienarbeit den einzelnen Fragenkomplexen mit Gründlichkeit nachgegangen werden [...]”. Eine Aufzählung dieser “Fragenkomplexe” für 1947/1948 zeigt die breite Vielfalt, mit der versucht wurde, dem Anspruch einer Studiengesellschaft nahe zu kommen, dieser Auflistung zufolge gab es: “Studiengruppen für Theater, Film, Musik, Literatur, Naturwissenschaft, Geschichte, Philosophie, Technik, Volksbildung und Erziehungswissenschaften, Geographie, Medizin, Wirtschaftsfragen, Jugendfragen, Laienspiel, Frauenfrage, Pressewesen und Gewerkschaftsfragen.”²⁹⁵ Für Sachsen-Anhalt sind Studiengruppen für Pädagogik, Tanz, Biologie, Medizin, Schach, Verlagswesen, Geographie, Rhetorik und Soziologie überliefert.²⁹⁶ Die Arbeit der Studiengruppen kam aber erst langsam in Gang, was angesichts der anfänglich geringen Abdeckung mit Ortsgruppen kein Wunder ist. Interne Statistiken erwähnen die Studiengruppen erst ab 1948. Die ersten Gruppen wurden meist in den

²⁹³ SAPMO-BArch, DY32 / 10021 (Planung-Statistik, 5.10.1950), Blatt 2.

²⁹⁴ SAPMO-BArch, DY 32 / 10001 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 11.

²⁹⁵ Ebenda, Blatt 7.

²⁹⁶ Schmechting, W.: Durch Studium zur Wahrheit..., (Ost) S. 16.

Tab. 4: Anzahl der Studiengruppen und Sprachkurse

	Studiengruppen	Besucher	Sprachkurse	Besucher
1948	300	11200		
1.4.1949	402	14172	234	7683
1.9.1949	648	11812	590	7827
1.12.1949	1002	21428	822	10539
1.3.1950	1293	27069	1168	15997
1.7.1950	1084	24881	714	9897

Vergleicht man die rasante Entwicklung der Ortsgruppen und Mitgliederzahlen mit der Entwicklung der Studiengruppen in Tabelle drei²⁹⁸, so fällt auf, daß sich die Anzahl der Besucher der Studiengruppen von 1948 bis 1959 “nur” etwa verdoppelt hat. Dies unterstreicht nocheinmal die Vermutung, daß die Anzahl der Ortsgruppen wenig über die wirkliche Anzahl der “Aktiven” aussagt, es liegt nahe, zu vermuten, daß viele der neugewonnenen Mitglieder faktisch “Karteileichen” und nur passiv in der Gesellschaft Mitglied waren.

Das Material für die Gruppenarbeit war anfangs sehr dürftig, “[V]ieles mußte improvisiert werden”²⁹⁹, durch die Gründung der Sektionen versuchte man, diesem Manko Abhilfe zu schaffen.

Über die Arbeit der Studiengruppen ist wenig bekannt, ein kleinen, wenn auch wohl geschönten Einblick gibt der Artikel “Über die Arbeit der Studiengruppen in der Ortsgruppe Dresden” aus dem Märzheft der *Neuen Gesellschaft* von 1948. Laut Artikel bestanden in Dresden zu diesem Zeitpunkt 17 Gruppen, diese haben im Februar 1948 35 Veranstaltungen mit 805 Besuchern organisiert, die Arbeit befinde sich aber überall noch im Anfangsstadium. Die im Artikel beschriebene Struktur der Studiengruppenarbeit in Dresden stellt sich im Großen und Ganzen wie folgt dar: Die Ortsgruppe versendet Fragebögen an alle Mitglieder

²⁹⁷ Mai. J.: Die Gesellschaft zum Studium..., (Ost) S. 863.

²⁹⁸ Zahlen entnommen aus: SAPMO-BArch, DY32 / 10021(Planung-Statistik, 5.10.1950), Blatt 4. Dieser Vergleich läßt sich umso besser vollziehen, da die Datensätze aller drei Faktoren (Mitglieder, Ortsgruppen und Studiengruppen) aus ein und demselben Dokument stammen, d.h., daß selbst eine mögliche “Schönung” dieser Dokumente an diesem Befund nichts geändert hat.

²⁹⁹ Mai. J.: Die Gesellschaft zum Studium..., (Ost) S. 863.

der Ortsgruppe, in welchen nach den speziellen Interessengebieten der einzelnen Mitglieder gefragt wird. Sie gibt organisiert Studiengruppengründungstreffen für die einzelnen Interessengebiete. Eine Gruppe an einem Thema Interessierter trifft sich dann meist wöchentlich, wenn möglich im örtlichen Kulturhaus, die Gruppe leitet ein sogenannter Studiengruppenleiter. Der Gruppe wird ein Arbeitsplan durch den Studiengruppenleiter gegeben oder sie gibt sich selbst einen solchen Plan. Ein wichtiges Ziel der Arbeit ist die Veröffentlichung der Ergebnisse, hierfür wird ein Redaktionsausschuss gebildet, der die Ergebnisse schriftlich festhält und versuchen soll, sie an Presse oder verbandseigene Publikationen weiterzugeben. Desweiteren kann die Veröffentlichung auch in Ausstellungen, musikalischen oder literarischen Abendveranstaltungen in den Kulturhäusern geschehen.

Auch aus Dresden hört man vom Problem der Materialbeschaffung, lakonisch merkt der Autor hierzu an: "Dies muß zum Thema eines besonderen Aufsatzes gemacht werden."³⁰⁰

Außerdem wird unterschwellig die schlechte Zusammenarbeit mit den einzelnen Ortsgruppen und den Landesleitungen kritisiert. Man könne viel Arbeit sparen, wenn es gelänge "die einmal an einer Stelle geleistete Arbeit allen anderen Gruppen zugänglich zu machen."³⁰¹

Als Beispiel für Themen von Studiengruppenabenden sind für 1948/49 in Sachsen-Anhalt folgende Inhaltsschwerpunkte dokumentiert:

"Studiengruppe Literatur: Henry Barbusse in Moskau, Das Generationsproblem bei Thomas Mann und Maxim Gorki, Rilke und Rußland, Wie sieht die Sowjetunion Goethe, Ilja Ehrenburg und seine Werke.

Studiengruppe Wirtschaft, Staat und Recht: Die Grundlagen der sowjetischen Planwirtschaft, Hennecke und die Stachanov-Bewegung, Sowjetische Landwirtschaft, Die Rolle der Persönlichkeit im sowjetischen Staats- und Wirtschaftsleben, Der Lebensstandard in der Sowjetunion."³⁰²

Besondere Bedeutung in der Studiengruppenarbeit kam den Russischkursen zu, dies zum einen aus der Einsicht, daß Sprachkenntnisse eine der Grundvoraussetzungen für das Studium der Kultur der Sowjetunion sind und zum anderen, weil in der Gesellschaft sowie in der gesamten SBZ ein großer Mangel an Personal mit Russischkenntnissen bestand. So ist die Forcierung des Russischlernens auch in bezug auf das Kaderproblem der Gesellschaft zu

³⁰⁰ Die Neue Gesellschaft, Heft 3/1948, S. 74.

³⁰¹ Ebenda.

³⁰² Zitiert nach Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 107. Jens Gieseke bezieht sich auf den Tätigkeitsbericht der Gesellschaft für 1948/49 (dort Seite 47f.), der bei Abfassung dieser Arbeit nicht vorlag.

sehen. Die Nachfrage nach derlei Kursen war erstaunlich groß, so daß bei weitem nicht jedem Lernwilligen die Möglichkeit des Besuchs eines Kurses verschafft werden konnte, es mangelte hierfür an qualifizierten Lehrern. Laut bereits erwähntem Rechenschaftsbericht für 1947/48 gab es in fast allen Ortsgruppen russische Sprachkurse für Anfänger und Fortgeschrittene, "die an 2-3 Abenden in der Woche der starken Teilnahme wegen zum Teil in 2 Gruppen laufen."³⁰³ Vergleicht man diese Angaben mit den Zahlen in Tabelle drei, so wird deutlich, wie unsicher solche Angaben seitens der Gesellschaft sind.

Auch die Russischkurse hatten mit dem Problem der Materialversorgung zu kämpfen, es fehlten geeignete Lehrbücher und Materialien. Durch intensive Zusammenarbeit mit der WOKS versuchte man dem Abhilfe zu schaffen. In den Verbandszeitschriften *Die Neue Gesellschaft* und *Friedenspost*, ab 1950 auch im *Wochenblatt für jedermann*, erschienen unter der Rubrik "Russische Sprachkunde" bzw. "Russisch für Deutsche" regelmäßig Artikel zur Aussprache, Schreibweise und Übersetzung des Russischen. Von Radio Moskau produzierte Russischkurse wurden ab 1952 über alle DDR-Sender verbreitet.

Die SMAD und WOKS hatten großes Interesse an der Verbreitung ihrer Sprache und übten wohl auch Druck auf die Gesellschaft aus, gerade in diesem Bereich erfolgreicher zu werden. So beklagte sich die WOKS in einem Gespräch mit der Leitung der DSF noch 1950: "Das Studium der Slawistik, besonders der russischen Sprache, ist in Deutschland noch recht primitiv."³⁰⁴

7.4. Stachanow und Hennecke: Die Neuererbewegung

Mit Befehl Nr.32 gab die SMAD weitgehende Vollmachten zur Planung und Leitung der Wirtschaft der SBZ an die *Deutsche Wirtschaftskommission* (DWK) ab, die sich recht schnell als Vorstufe einer Regierung entpuppte, da die DWK für alle Behörden der SBZ verbindliche Weisungen erlassen konnte. Ihr Vorsitzender Heiner Rau und vier von sechs Mitgliedern waren SED-Mitglieder und so diente die DWK der Partei "als weiteres wichtiges Instrument ihrer Machtausweitung."³⁰⁵ Der Einfluß der SED auf die Wirtschaft der SBZ zeigte sich

³⁰³ SAPMO-BArch, DY 32 / 10001 (Entwurf eines Rechenschaftsberichtes für 1947/48), Blatt 8.

³⁰⁴ Zitiert nach Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 89. Die Autoren beziehen sich auf Unterlagen aus: SAPMO-BArch, DY 32 / 10399.

³⁰⁵ Weber, H.: Die DDR 1945-1990, S. 19.

schon bald in der Verabschiedung des ersten Zweijahresplanens für 1949/50 durch den Parteivorstand der Partei. Mit dem ersten Zweijahresplan wurde die sozialistisch-zentralistische Planwirtschaft in der SBZ/DDR eingeführt. Der Plan sah vor, die Produktion um ein Drittel und die Arbeitsproduktivität um 30 % zu steigern³⁰⁶, um dieses zu erreichen, wurde von der SED und der SMAD eine Aktivistenbewegung initiiert, die sich an der sowjetischen Stachanowbewegung³⁰⁷ orientierte. Am 13. Oktober förderte der Bergarbeiter Adolf Hennecke 24,4 Kubikmeter Steinhohle, damit erfüllte er sein Arbeitspensum mit 387 %, mit ihm hatte die SED ihren "deutschen Stachanow" gefunden, Hennecke wurde zu *dem* Symbol und Helden der deutschen Neuererbewegung.

Anfänglich stießen die Aktivisten der Bewegung auf deutliche Widerstände in den Betrieben, was kein Wunder ist, da sie faktisch das Arbeitspensum jedes einzelnen Arbeiter erhöhten, aber durch gezielte Kampagnen gewann die Bewegung bald an Umfang. Auch für die Gesellschaft wurde die Neuererbewegung zu einem wichtigen inhaltlichen Schwerpunkt in der Betriebsgruppenarbeit.

Die Novemberausgabe der gesellschaftseigenen Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* widmet sich dem Thema und druckt einen Auszug aus der Stalinrede "Die Bedeutung der Stachanowbewegung", in der Stalin behauptet, "daß diese Bewegung [...] fast spontan, von unten her, ohne irgendwelchen Druck [...]"³⁰⁸ entstanden sei. Von der UdSSR einmal abgesehen kann man zumindest feststellen, daß dies für die deutsche Stachanowbewegung nicht gilt, die Tat Henneckes war von langer Hand von SED und SMAD vorbereitet worden.³⁰⁹ Am 1. Mai 1949 fand eine erste Begegnung zwischen Stachanow und Hennecke in Moskau statt, ein untrügliches Zeichen dafür, daß man nun auch in Wirtschaftsdingen der Sowjetunion als Vorbild folgte.

Nach Adolf Hennecke gab es noch andere Arbeiter, wie z.B. den Dreher Erich Wirth, der 1950 im Sachsenwerk in Radeberg das Schnellspelzen nach sowjetischem Vorbild demonstrierte.

Für die Gesellschaft war die Neuererbewegung ein Muß, bot sie doch ein reiches Reservoir an ideologisch-propagandistischer "Ausschlachtbarkeit": Sie war ein guter Aufhänger für die

³⁰⁶ Vgl. Weber, H.: Die Geschichte der DDR, S. 109f.

³⁰⁷ Der sowjetische Bergarbeiter Alexej Stachanow soll am 31.10.1935 in der Grube "Zentralnaja-Irmino" im Donezbecken die gewöhnliche Norm um das Vierzehnfache überboten haben, seine Tat war der Beginn der Aktivistenbewegung in der UdSSR.

³⁰⁸ Die Neue Gesellschaft, Heft 11/1949, S. 875.

³⁰⁹ Vgl. Weber, H.: Die Geschichte der DDR, S. 110.

angestrebte Ausdehnung der Mitgliedschaft auf die Arbeiterschichten und natürlich wurde mit ihr das Motto “Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen” perfekt umgesetzt. Die Aktivisten der Neuererbewegung als Protagonisten einer gelebten deutsch-sowjetischen Freundschaft wurden so auch umgehend in die Gesellschaftshierarchie integriert: Adolf Hennecke wurde 1949 und Erich Wirth 1951 zum Vizepräsidenten der Zentralen Gesellschaft gewählt, Wirth leitete später auch die beim Vorstand der Zentralen Gesellschaft angesiedelte *Kommission für Sowjetische Technik und Neuerermethoden*.

Die Gesellschaft versuchte, das Thema in allen ihr gegebenen Formen umzusetzen, es wurden Ausstellungen veranstaltet, Filme gezeigt, Diskussionen angeboten und reichlich Material in den eigenen Zeitschriften oder als Broschüre publiziert. Um die Neuererbewegung in beherrschbare Bahnen zu lenken, griff man zum gleichen Mittel wie bei den Heimkehrern, man veranstaltete Neuererkonferenzen. Der Aktivist Erich Wirth berichtet von 250 solchen Konferenzen in allen Teilen der DDR, er bezieht sich wahrscheinlich auf das Jahr 1951.³¹⁰ Etwa zur gleichen Zeit seien unter Anleitung der Kreisvorstände und Betriebsgruppen der Gesellschaft in den Betrieben die ersten Studiengruppen und Arbeitsgemeinschaften zum Thema entstanden, berichtet Wirth weiter.³¹¹

Die Arbeit in den Betrieben war aber alles andere als einfach, der passive Widerstand der Belegschaften gegen die Neuerermethoden, nach dem Motto “Die Deutschen sollen nur mehr schuften, damit der ‘Russe’ noch mehr wegschleppen kann.”³¹², war ganz erheblich. Auch Wirth gesteht in seinem ansonsten stark glorifizierenden Bericht ein: “Obwohl wir auch oftmals ziemlich boxen mußten, obwohl wir uns manchmal die Haare rauften, wenn wir auf Borniertheit und Überheblichkeit stießen - nach und nach zeigten sich die Erfolge unserer Arbeit.” Zumindest aus ökonomischer Sicht sind diese Erfolge aus heutiger Sicht anzuzweifeln, denn die extremen Normübererfüllungen á la Hennecke, Wirth und Genossen waren unter besonderen Umständen, mit langer vorheriger Planung durchgeführt worden, eine Übertragung auf die tagtägliche Normalproduktion gelang zumeist nicht.

7.5. Deutsche sehen die Sowjetunion: Die Delegationstätigkeit der Gesellschaft

³¹⁰ Genauere Zeitangaben fehlen.

³¹¹ Wirth, E.: Zwischen uns gab es keine Geheimnisse, in: Im Zeichen des roten Sterns, (Ost) S. 509.

³¹² Zitiert nach Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 125. Jens Gieseke bezieht sich auf Aussagen von ehemaligen Arbeitern (“Arbeiterveteranen”) des VEB Chemiekombinats Bitterfeld, die im Betriebsarchiv gesammelt sind.

Die erste Delegation deutscher Kulturschaffender (nach dem Krieg) besuchte auf Einladung des sowjetischen Schriftstellerverbandes im April 1948 die Sowjetunion. Unter den Reisenden befand sich auch die Schriftstellerin und Vizepräsidentin der Gesellschaft Anna Seghers, die ihre "Original-Eindrücke"³¹³ von der Sowjetunion in dem Aufsatz "Sowjetmenschen" festhielt, welcher 1948 zusammen mit den Reiseberichten von Eduard Claudius, Stephan Hermlin und Bernhard Kellermann in der Reihe "Deutsche sehen die Sowjetunion" beim gesellschaftseigenen Verlag *Kultur und Fortschritt* erschien. Die Broschüren sollten dazu dienen, die Wahrheit über das Leben in der Sowjetunion sozusagen aus erster Hand zu verbreiten, dies war auch ein Versuch, die antisowjetischen Vorurteile abzubauen. Jürgen Kuczynski, der als Präsident der Gesellschaft diese Delegation leitete, berichtet in seinen Memoiren 1992 darüber, wie authentisch diese Reiseberichte mitunter wirklich sind:

"Der Dichter Andersen Nexö sagte einmal, er habe bei seinen Berichten aus der Sowjetunion folgende Erfahrung gemacht: Er hatte sich vorgenommen, genau die Wahrheit zu berichten. Das Große, das ihn überwältigt hat, das Kleine, das ihn gestört hat. Was schon getan war, was noch zu tun war. [...] Dann merkte er: Seine Schilderung der noch nicht gelungenen Dinge fand ein Echo wie die Stimme eines Riesen. Die Schilderung großer Begebenheiten fand ein Echo wie das Gepieps eines Vogel."³¹⁴

So läßt sich mühelos die Verbreitung von Halbwahrheiten und Propagandalügen rechtfertigen.

Zu einer regelmäßigen Delegationstätigkeit auch mit Delegationen *aus* der Sowjetunion kam es aber erst nach dem 2. Jahreskongreß von 1949 mit der Durchführung des jährlichen Freundschaftsmonates. Zwar war es vorgesehen, bei diesen etwa 20 Personen umfassenden Reisegruppen alle Bevölkerungsschichten von der Intelligenzija bis zum Arbeiter zu berücksichtigen, faktisch konnten aber nur Personen reisen, die gewisse Kriterien wie Parteizugehörigkeit und ein aktives Engagement in der DSF erfüllten.³¹⁵ Überprüft wurden diese Kriterien vom DSF-Vorstand und von sowjetischen Stellen, die die Listen der Reisewilligen genehmigen mußten. Die Reisenden waren ein wichtiges Rad in der anti-antisowjetischen Aufklärungsarbeit der DSF, ihre politische Zuverlässigkeit wurde genauestens überprüft. Nach ihrer Rückkehr sollten sie für Vortragsveranstaltungen eingesetzt werden, um die ideologisch einwandfreie "Wahrheit" über die Sowjetunion

³¹³ Kuczynski, J.: "Ein linientreuer Dissident", S. 49f.

³¹⁴ Kuczynski, J.: "Ein linientreuer Dissident", S. 49f.

³¹⁵ Vgl. zur Delegationstätigkeit der DSF auch Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 101.

verkünden. Auch diese Vorträge wurde überwacht, “ungeschickte Formulierungen und die Reaktionen der Zuhörer darauf peinlichst registriert.”³¹⁶ Dasselbe gilt für das Verhalten der Reisenden in der Sowjetunion, auch dies wurde sorgfältig überprüft und protokolliert.

Die sowjetischen Delegationen wurden auf Vorschlag der DSF in Abstimmung mit dem ZK der SED zusammengestellt. Zumeist wünschte man sich sowjetische Attraktionen oder Prominente, wie Stalin-Preisträger aus Technik und Wissenschaft, berühmte Musikensembles, sowjetische Schriftsteller oder bekannte Sportler. Sowjetische “Normalbürger” wurden allen Anschein nach nicht für eine Delegationsreise ausgewählt.

Die jährliche Austausch von Delegationen wurde zu einem festen Programmpunkt in der Kulturarbeit der Gesellschaft, doch auch er verkam mehr und mehr zu einem seelenlosen Ritual.

7.6. Publikationstätigkeit der Gesellschaft

Am 1. November 1947 wurde der Verlag *Kultur und Fortschritt* gegründet, die Leitung der Verlagsgeschäfte übertrug man Franz Günther. Die erste Publikation des Verlages war die Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft*, sie löste die regionalen Blätter einiger Landesgesellschaften, wie z.B. die Zeitschrift *Die Brücke* in Thüringen, ab. 1948 kam eine weitere Zeitschrift hinzu, die *Sowjet-Wissenschaft*. Das Profil des Zeitschriftenprogramms beschreibt Jürgen Kuczynski 1948 so:

“Während die ‘Neue Gesellschaft’ gewissermassen das Gesellschaftsorgan sein soll, in dem Deutsche über ernstere Probleme etwas Gründliches schreiben, und in dem die Gesellschaftsnachrichten und gewissermaßen die Gesellschaftsprobleme behandelt werden sollen, und während die ‘Sowjet-Wissenschaft’, die nur Artikel aus wissenschaftlichen Zeitschriften der Sowjetunion bringt, eine akademische Zeitschrift sein soll, die sich vor allen Dingen an Akademiker richtet, [...], soll die allgemein populäre Zeitschrift sich an die grosse Masse der Menschen in Deutschland richten [...]”³¹⁷

Gemeint ist mit letztgenannter populärer Zeitschrift die ab Oktober 1949 erschienene *Friedenspost*, das Wochenblatt der DSF. 1950 wurde die *Sowjet-Wissenschaft* aufgeteilt in eine gesellschafts- und eine naturwissenschaftliche Reihe. Die materialreiche *Sowjet-Wissenschaft* und die begleitend erscheinenden *Beihefte zur Sowjet-Wissenschaft* sollten mithelfen, die Unterversorgung der Orts- und Studiengruppen mit Arbeitsmaterialien zu beheben. Über die Zeitschriften hinaus publizierte der Verlag *Kultur und Fortschritt*

³¹⁶ Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 102.

³¹⁷ SAPMO-BArch, DY 32 / 10002 (Stenographische Niederschrift der 1. Jahresversammlung vom 22. und 23. 5.1948, Rede Kuczynski), Blatt 18.

verschiedene Buch- und Broschürenreihen, wie z.B. die bereits erwähnte Reihe “Deutsche sehen die Sowjetunion” und die im Zuge der Neuererbewegung entstandene Reihe “Kleine Bücherei der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft”, in welcher Titel zu neuen Arbeitsmethoden und zur betrieblichen Produktivitätssteigerung erschienen.³¹⁸

Beispielhaft für die Publikationen der Gesellschaft soll nun die Monatszeitschrift *Die Neue Gesellschaft* näher untersucht werden:

7.6.1. Exkurs: Die Neue Gesellschaft

Im November 1947 erschien die erste Ausgabe der verbandseigenen Monatszeitschrift *Die Neue Gesellschaft*³¹⁹ beim Verlag *Kultur und Fortschritt*, Erscheinungsort war Berlin (Ost). Die Zeitschrift erschien bis 1953 in 6 Jahrgängen à 12 Heften, ihr Verkaufspreis betrug 1,60 RM (ab 1/1948), 1 DM (ab 1/1949) und 60 Pf (ab 1/1952). Ihre Auflage betrug 1952 nach internen Angaben 100.000 Stück, für 1953 war eine Auflage von 180.000 Heften geplant. Die Hefte gingen zu etwa 70 % an die Einrichtungen der Gesellschaft und zu etwa 30 % per Postbezug an Abonnenten und in den freien Verkauf.³²⁰ Zu den eigentlichen Monatsheften erschienen in unregelmäßigen Abständen Sonderhefte, jeweils zu einem besonderen Themenschwerpunkt, so erschien z.B. im Dezember 1949 ein Stalin-Sonderheft und im Juli 1949 ein Bericht über den 2. Kongreß der Gesellschaft. Chefredakteur war zunächst bis Mitte 1948 Bernward Gabelin, er wurde dann von Hans Mark abgelöst, dieser wiederum von Stefan Heymann, bis schließlich Harald Hauser ab Anfang 1949 bis zur Einstellung des Erscheinens die Chefredaktion übernahm. Die Funktion der Zeitschrift wird von der Gesellschaft 1952 wie folgt definiert:

“Die Neue Gesellschaft’ [...] veröffentlicht unentbehrliches Material für die Agitations- und Propagandaarbeit aller Mitglieder der Gesellschaft [...] und vermittelt den deutschen Werktätigen in Stadt und Land sowie den Angehörigen der schaffenden Intelligenz die Erfahrungen des sowjetischen Menschen beim Aufbau des Kommunismus in der UdSSR und hilft ihm, die vor dem deutschen Volk stehenden Aufgaben zu meistern.”³²¹

³¹⁸ Vgl. Hartmann, A. u. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 74f.

³¹⁹ Bis zur Ausgabe 7/1949 mit dem Untertitel “Zeitschrift der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion”, ab Heft 8/1949 mit dem Untertitel “Zeitschrift der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft” und ab Heft 1/1951 untertitelt mit “Populärwissenschaftliche und Kulturpolitische Monatszeitschrift der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft”.

³²⁰ SAPMO-BArch, DY 32 / 10812 (Vertriebs- und Werbeplan 1953 für die Monatszeitschrift “Die Neue Gesellschaft”), Blatt 1.

³²¹ Ebenda.

Bei dieser Definition ist zu beachten, daß sie erst 1952 abgefaßt wurde, bei Ersterscheinen der Zeitschrift 1947 wäre eine Definition wahrscheinlich anders akzentuiert gewesen sein, da die Zeitschrift, wie man nach Lektüre folgender Inhaltsanalyse feststellen wird, einer Entwicklung unterworfen war. Der Versuch einer quantitativen Auswertung des Inhalts der *Neuen Gesellschaft* soll hier verworfen werden, zu schwierig erschien dem Autor, bei den Beiträgen zwischen Kultur und Propaganda unterscheiden zu müssen. Der Vollständigkeit halber sei hier aber auf die quantitative Auswertung Jens Giesekes verwiesen, der auf folgende prozentuale Gewichtung in den Artikeln der Zeitschrift kommt: 30-50 % Artikel zu Kulturthemen im engeren Sinne, 22,8 % Artikel zur Themengruppe Gesellschaft und Politik, 14,5 % Artikel zur Geschichte und 7,4 % Artikel zur Regionalgeographie.³²²

Aufgrund der beschriebenen Problematik soll hier also eine qualitative Untersuchung der *Neuen Gesellschaft* vorgenommen werden, im folgenden werden drei Hefte der Zeitschrift exemplarisch untersucht. Dabei handelt es sich um die Hefte November 1947, 8/1949 und 9/1953, es werden also drei Hefte markanter Zäsuren im Bestehen der Gesellschaft bzw. der Zeitschrift näher beleuchtet: Das erste Heft, das letzte Heft und das Heft, welches unmittelbar nach dem Umbenennungskongreß vom Juni/Juli 1949 (2. Jahreskongreß) erschien. Die Betrachtung der genannten drei Hefte wird versuchen, sich an folgenden Leitfragen zu orientieren: Wie präsentiert die Zeitschrift die Gesellschaft in der Öffentlichkeit? Welcher Art sind die Artikel, sind sie eher ideologisch-propagandistischer oder eher kultureller Art? Wie ist das propagierte Sowjetunionbild beschaffen?

Abschließend soll versucht werden, einen Entwicklungstrend im Profil der Zeitschrift aufzuzeigen, um die Frage zu beantworten, ob auch an der Zeitschrift die allgemeine Entwicklung der Gesellschaft von einer Studienorganisation zu einer Massenorganisation stalinistischer Prägung zu belegen ist, oder ob die Zeitschrift dieser Entwicklung

³²² Gieseke, J.: Von der Gesellschaft..., S. 115f.

hinterherhinkte, ihr voraus war, oder sich in bestimmten Punkten widersprüchlich zum allgemeinen Entwicklungstrend der Gesellschaft entwickelte.

Heft eins³²³ hatte als Titelbild ein Gemälde des russischen Künstlers W. Serow, es zeigt Lenin in Petrograd im Jahre 1917, auf Seite eins des Heftes ist ein Porträt Lenins und auf Seite zwei ein Porträt Stalins wiedergegeben, Thema des Heftes ist der 30. Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland. Nach dem Geleitwort der Redaktion folgt der Abdruck zweier Glückwunschsreiben der Gesellschaft zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution, zum einen an die WOKS und zum anderen an das *Antifaschistische Komitee sowjetischer Wissenschaftler in Moskau*. Anschließend ist ein Artikel unter dem Titel “30 Jahre Sowjets”

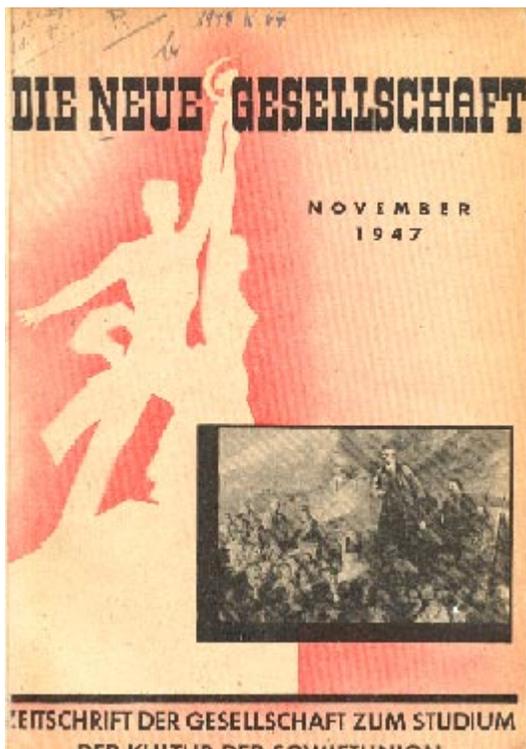


Bild 1: Titelblatt Heft 1, Nov. 1947

abgedruckt, indem ein Abriß über 30 Jahre Geschichte der UdSSR geliefert wird. Dann folgt der Abdruck der Hymne der Sowjetunion in Text und Notation. Im Anschluß versucht Jürgen Kuczynski in “Von der Kraft des Guten in der Geschichte” soetwas wie ein Grundsatzprogramm für die Arbeit der Gesellschaft sowie der *Neuen Gesellschaft* zu bieten, ausgehend von der Oktoberrevolution schließt er seine Betrachtung des Verhältnisses von Deutschen und Sowjetbürgern mit den Worten: “Und in tiefster Dankbarkeit den Völkern der Sowjetunion gegenüber, in Bewunderung für ihre Leistungen, und aus Liebe zu Deutschland widmen wir diese

Nummer unserer Zeitschrift dem Gedenken der Sozialistischen Revolution vom November 1917 und der Leistung der Völker der Sowjetunion in den letzten dreißig Jahren.”³²⁴

Dann folgt der Artikel “Das verhängte Licht aus dem Osten”, indem der Autor Erich Weinert eine “Entdeckung und Wiederentdeckung [...] der klassischen und zeitgenössischen Literatur der Völker der Sowjetunion”³²⁵ fordert. Im anschließenden Artikel “Über den Versuch eines

³²³ Die Neue Gesellschaft, Heft 1/November 1947.

³²⁴ Ebenda, S. 19.

³²⁵ Ebenda, S. 20ff.

eisernen Vorhangs vor der Geschichte Russlands” von Wolfgang Steinitz wird das russisch-westeuropäische Verhältnis näher beleuchtet und angemahnt, daß “die russischen Menschen [...] sich in den letzten 200 Jahren aufs stärkste mit dem Westen beschäftigt” hätten, nur die Deutschen hätten “auf diesem Gebiet fast alles versäumt”³²⁶. Es folgen Artikel zum sowjetischen Strafrecht, zum Pflanzenbau in der Sowjetunion und zur sowjetischen Planwirtschaft (von Generalsekretär Hans Mark verfaßt) und zur Schule in der Sowjetunion. Hieran schließen sich zwei aus dem Russischen übersetzte Gedichte von den sowjetischen Autoren K. Simonow und A. Kuleschow an. An den Kampf der internationalen Brigaden in Spanien erinnert anschließend Willi Bredel, darauf folgt ein Porträt des Karikaturistenkollektivs “Die Kukrynikies”, deren Zeichnungen zeitgleich im Zentralen Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin zu sehen waren. Eine Erzählung des russischen Dichters Leo Tolstoj und eine Kurzgeschichte von Konstantin Paustowskij schließen sich an. Den Schlußteil von Heft eins bilden die Rubriken “Kulturnotizen”, “Neue Bücher und Schriften” und die “Bibliographie der die Sowjetunion betreffenden deutschsprachigen Literatur”, Heft eins hat 80 Seiten.

Wie man an dieser Aufzählung der Artikel sieht, sind im engeren Sinne eigentlich nur die Gedichte, die Erzählung von Tolstoj, der Bericht über die Karikaturistengruppe, die Geschichte von K. Paustowskij und die drei Rubriken kulturellen Inhalts, mindestens die Hälfte der Artikel in Heft eins geht über das rein kulturelle im engeren Sinne hinaus. Zwar wird in den Beiträgen propagandistischer Natur die Proklamierung der UdSSR als Vorbild für den deutschen Weg nicht ausdrücklich erwähnt, aber dennoch unterschwellig vermittelt. Wie anders soll man es interpretieren, wenn das Thema der ersten Nummer der 30. Jahrestag der Oktoberrevolution ist, hier hätte man, so gewollt, durchaus taktisch sensibler vorgehen können, um der *Neuen Gesellschaft* das Etikett “russenfreundlich” erst einmal zu ersparen. Besonders die ganzseitigen Porträts Lenins und Stalins müssen in dieser Hinsicht kontraproduktiv gewirkt haben. Auch wenn es im Geleitwort von Heft eins noch lapidar heißt: “Die Zeitschrift ‘Die Neue Gesellschaft’ stellt sich zur Aufgabe, allen behilflich zu sein, die das Studium der Kultur der Sowjetunion als eine Notwendigkeit erkannt haben [...]”³²⁷, wird klar, daß die Macher der Zeitschrift schon in Heft eins im Sinne des “erweiterten” Kulturbegriffs aus Tulpanows Gründungsrede dachten und handelten.

³²⁶ Ebenda, S. 23ff.

³²⁷ Ebenda, S. 4.

Heft 8/1949 erscheint unter dem neuen Namen *Zeitschrift der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, das Titelblatt zeigt das Foto “Schnell einen Schluck, und dann weiter mit frischer Kraft (während der Erntearbeiten in der Bjelorussischen SSR)”³²⁸ rückseitig davon ist ein Ausschnitt aus der Rede des sowjetischen Schriftstellers Konstantin



Bild 2: Titelblatt Heft 8/1949

Simonow, gehalten auf dem 2. Jahreskongreß der Gesellschaft, wiedergegeben. Dann folgt der Abdruck eines Telegramms, indem sich Jürgen Kuczynski (Präsident), Anna Seghers (Vizepräsidentin) und Johannes Stroux (Vizepräsident) an den Genossen Stalin wenden: “In Ehrfurcht und Dankbarkeit begrüßen wir Sie, den größten Vertreter alles dessen, was wir als Kultur der Sowjetunion, als Kultur des Fortschritts verehren, alles dessen was wir die schöne Zukunft der ganzen Menschheit nennen.”³²⁹ Dann folgt der Kongreßbericht “Freunde für immer”, der später in ausführlicher Form als Sonderheft unter gleichem Titel erschien. Der Bericht schließt: “Wir verehren in Dankbarkeit

denjenigen, der heute an der Spitze des Zuges der Menschheit in eine bessere Zukunft steht: J. W. Stalin.”³³⁰ Nach einem Auszug aus einer Rede zum 150. Geburtstages Puschkins kommt erneut der Schriftsteller Simonow mit dem Artikel “Die Stellung des Schriftstellers in der sowjetischen Gesellschaft” zu Wort: “Unsere Feinde beschuldigen uns Sowjetschriftsteller in der Regel, daß wir uns wenig für die Fragen der Ästhetik und Form interessieren, daß wir gegen den Individualismus und und in unserem Schaffen unfrei seien” Simonow weißt diese Anschuldigung zurück: “Wir sind nicht bereit, uns an der Form zu begeistern, wenn diese das literarische Werk für das Volk unverständlich macht. [...]Wir sind gegen den Individualismus.”³³¹ Dieses Zitat sei hier erwähnt, um noch einmal zu zeigen, daß

³²⁸ Die Neue Gesellschaft, Heft 8/1949, Inhaltsverzeichnis.

³²⁹ Ebenda, S. 561.

³³⁰ Ebenda, S. 566.

³³¹ Ebenda, S. 575.

eine Trennung zwischen kulturellen und propagandistischen Artikeln nicht möglich ist, zu dicht verwoben sind beide Anliegen in den Artikeln der *Neuen Gesellschaft*. Denn natürlich beschreibt Simonov die Stellung des Sowjetschriftstellers, was dann durchaus von “kulturellem” Interesse sein mag, da aber auch in der UdSSR alle Bereiche des Lebens von der herrschenden Ideologie durchdrungen waren und sich diese Ideologie als ein alle Bereiche des Lebens generierender Sinn verstand, stellt sich die Frage, wie eine Zeitschrift, die sich mit der Sowjetunion befaßt, die Ideologie außen vorlassen konnte. Die eigentliche Frage muß vielmehr heißen: Wann beginnt die Zeitschrift, die Sowjetunion uneingeschränkt als einzig legitimes Vorbild zu propagandieren?

Genau dieses ist schon in Heft 8/1949 zu bemerken, wie z.B. zitierter Ausschnitt aus dem Telegramm an Stalin erkennen läßt, wird die Vorbildrolle der Sowjetunion nun offen ausgesprochen. Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß in der *Neuen Gesellschaft* schon anfangs die Vorbildrolle der Sowjetunion und Stalins “unverhohlener” als in der sonstigen Arbeit der Gesellschaft propagiert wurde, dies ist vielleicht auch daher zu erklären, daß die Gesellschaft hauptsächlich für die interne Arbeit gelesen wurde und nur ein kleiner Teil in den freien Verkauf gelangte.

Es folgen drei Artikel zu eher wissenschaftlichen Themen: “Sieg über das Polareis”, “Die Entdeckung neuer Elementarteilchen in den Höhenstrahlen” und “Ein Medizinisches Kombinat in Usbekistan”. Der dann folgende Artikel “Amerika mit den Augen der Amerikaner”, mit dem bezeichnenden Untertitel “Der bekannte sowjetische Publizist J. G. Olschanski stellt uns eine bemerkenswerte Betrachtung über den Kampf amerikanischer Demokraten gegen den neuauftretenden Dollarfaschismus zur Verfügung”³³², er instrumentalisiert amerikanische Schriftsteller, allen voran Mark Twain, für antimperialistische oder anti-US-amerikanische Propaganda.

Nach dem Artikel “80 Frauen bauen ihr Kolchos” gibt Dr. Kurt Liebknecht mit dem Verweis auf das Prinzip der Kritik und Selbstkritik³³³ durch seinen Artikel “Selbstkritik der Architekten” ein weiteres Indiz für die fortgeschrittene Stalinisierung der *Neuen Gesellschaft*. Ein reichbebildeter Bericht über “Volkskunst und Kunstgewerbe in der Sowjetunion”, der in durchaus legitimer Art und Weise von dem reichen kulturellen Erbe verschiedener Sowjetvölker berichtet, kommt nicht umhin mit den Worten “die kapitalistische

³³² Ebenda, S. 592.

³³³ Ein anschauliches Beispiel für die Anwendung dieser Methode gibt Wolfgang Leonhard in ders.: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 181ff.

Entwicklung zerstört mit der Zeit jede ornamentale Volkskunst. [...]. Der Sozialismus aber hat sie bereichert und ihr neue Impulse gegeben.”³³⁴ zu schließen. In Heft 8/1949 gewinnt man den Eindruck, daß es ein geschriebenes oder ungeschriebenes Gesetz für die Autoren der *Neuen Gesellschaft* war, keinen Artikel ohne ein Bekenntnis zur Sowjetunion und deren

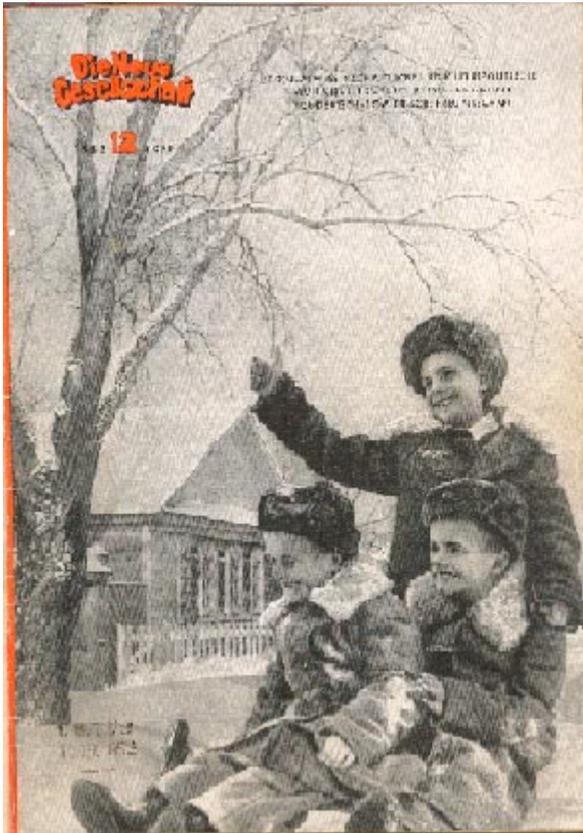


Bild 3: Titelblatt Heft 12/1953

Vorbildrolle abzuliefern. Immer wieder fällt die “aufgesetzte”, “angestückelte” und “unsaubere” Implantation solcher Floskeln in die Artikel auf.

Auf der Rückseite des Titelblattes von Heft 12/1953 ist eine Erklärung Molotows, des neuen Außenminister der UdSSR, zur Deutschlandfrage abgedruckt, in der sich Molotow auf ein in der Sowjetnote vom 3. November vorgeschlagenes Treffen der Außenminister der Siegermächte bezieht. Er stellt darin klar, daß die Nichtlösung der Deutschlandfrage und faktische Teilung Deutschlands allein auf die Politik der Westmächte zurückzuführen sei.³³⁵

Statt des (wie noch 1949 üblichen) Inhaltsverzeichnisses beginnt das Heft mit der Rubrik “Der Friede siegt. Kommentare zur Weltlage”. Karl W. Dunker präsentiert in diesem Geleitwort die Weltpolitik in einer Weise, wie sie eindeutiger nicht hätte sein können, hier wird die SED-Leitmeinung wiedergegeben. Zu Beginn geht er auf die als Provokation verstandenen Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag vom 6. September 1953 ein: der Sieg Adenauers sei durch “Betrug und Irreführung” zustande gekommen und Adenauer propagiere damit “den Angriffskrieg noch offener, als dies ein anderer Beauftragter des deutschen Monokapitals vor 15 Jahren tat.”³³⁶ Auch im weiteren vergleicht Dunker Adenauer mit Hitler.

³³⁴ Ebenda, S. 606.

³³⁵ Vgl. Heft 12/1953, S. 880.

³³⁶ Die Neue Gesellschaft, Heft 12/1953, S. 881.

Im nächsten Absatz werden die USA “abgearbeitet” und es wird behauptet: “Die Monopolisten der USA gingen mit enormen Profiten und riesenhafter Beute [...] aus dem zweiten Weltkrieg hervor.”³³⁷ Den eigentlich entscheidenden Anteil am Sieg gegen den Hitlerfaschismus habe aber die UdSSR gehabt und es gebe “keinerlei historischen Beweis für die Kampffähigkeit amerikanischer Truppen. Im Gegenteil, wo sie ernsthaft auf die Probe gestellt wurden, da haben sie versagt.”³³⁸ Im Anschluß versucht Dunker darzulegen, daß die Rote Armee die stärkste Streitmacht der Welt sei, dies bezüglich eines dritten Weltkrieges. Er schließt seine Betrachtung mit einem Ausspruch Stalins.

Diese eigentlich als Geleitwort gedachte Betrachtung zeigt klar, daß sich in der *Neuen Gesellschaft* die welt- und deutschlandpolitischen Ereignisse stark niederschlugen. Im Zuge des Kalten Krieges und Ereignissen wie dem Tode Stalins, des Korea- und Indochinakrieges, der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages vom 26. Mai und des EVG-Vertrages vom 27. Mai 1952 durch die BRD sowie des Aufstandes vom 17. Juni änderte sich auch das Profil der Zeitschrift, es fand eine weitere Politisierung statt. Natürlich bestimmten ideologische und propangandistische Überlegungen schon anfangs das Profil der *Neuen Gesellschaft*, dennoch ist, verglichen mit dem beiden anderen Heften, in 12/1953 eine Radikalisierung der Sprache festzustellen. Der Ton gegenüber den Feinden wurde rauher und die “Anbetung” der Sowjetunion und ihrer Führer erreichte ihren Höhepunkt: Ein Beispiel für diesen Personenkult präsentiert uns der Dichter Erich Weinert im Anschluß unter der fettgedruckten Überschrift “S T A L I N”, ein Gedicht zu Ehren des am 5. März 1953 Verstorbenen:

“Stalin denkt an vieles, das noch werde.
Ist er noch so weit, er ist doch hier.
Beide lieben wir die gleiche Erde.
Wenn wir siegen, steht er neben mir.”³³⁹

Dann folgt die im Stil einer Illustrierten aufgemachte Bildreportage “Neues von der Seine zum Yangtse”, schon aus dem Titel wird die propagierte weltoffene Sicht, nach dem Motto “Wir kennen keine Systeme, nur Menschen”, deutlich. Natürlich wird auch hier nur *eine* Welt präsentiert. In Bild vier sieht man beispielsweise (rechts oben) zwei Arbeiter in der Ölverarbeitung, kommentiert ist das Bild mit: “Kein Öl für amerikanische Ausbeuter in den

³³⁷ Ebenda, S. 882.

³³⁸ Ebenda, S. 882.

³³⁹ Ebenda, S. 891. Letzte Strophe des Gedichtes “Ist er noch so weit, er ist doch hier. Aragonfront 1937” von Erich Weinert.

ungarischen Lovszí-Ölfeldern. Widerwillig mußten die Amis nach 1945 das Feld räumen. Seitdem geht es aufwärts.”

Hier wird die Strategie der *Neuen Gesellschaft* gut deutlich: Es findet eine Verquickung von scheinbar Unpolitischem mit mehr oder minder unterschwelliger Propaganda statt. So sieht man in Bild vier außerdem das Foto von vier Frauen, die bei einer Modenschau nominiert worden waren, ironischerweise Weise hat die DDR aber nur Platz vier erreicht, der erste Platz ging an ihr großes Vorbild, die Sowjetunion. Der gesamte Bericht ist eine bunte Mixtur aus Politik, Klatsch und Propaganda.

Bild 4: Bildreportage (Ausschnitt) aus Heft 12/1953



Im anschließenden Artikel “Um die internationale gesetzliche Festlegung der Menschenrechte” werden die Grundsätze der Vereinten Nationen und der Atlantik-Charta von 1941 instrumentalisiert, um die Westmächte, vor allem die USA, rhetorisch zu bekämpfen: “Die ‘Allgemeine Erklärung der Menschenrechte’ hat der räuberischen Politik des amerikanischen Imperialismus keineswegs Einhalt geboten, im Gegenteil, sie wurde zum Wegbereiter dieser Politik.”³⁴⁰

³⁴⁰ Ebenda, S. 901.

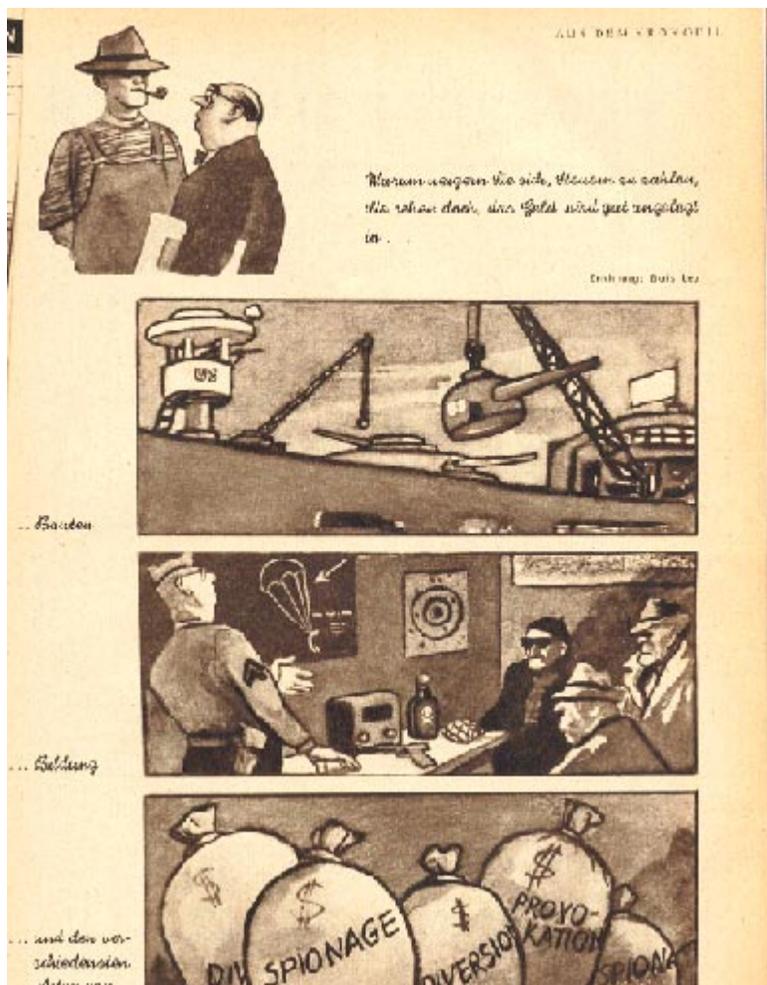


Bild 5: Karikatur aus Heft 12/1953

Nach Artikeln zum 5. Jahrestag der Gründung der FDJ und einem Bericht über die Tadschikische SSR aus der Reihe “Auf dem Weg zum Kommunismus” folgt ein weiterer, rein agitatorischer Text. Unter dem Titel “Westdeutschland in Ketten” wird die Bonner Regierung “als Vertreter der extremsten chauvinistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands”

charakterisiert.³⁴¹ Es folgen Artikel über Thomas Münzer, die Leunawerke, Mao Tse Tung und die chinesische Revolution, über

archäologische Funde in der UdSSR, die sowjetische Funktechnik und die Nutzung der Windenergie in der Sowjetunion.

Den Schlußteil des Heftes machen, wie auch schon in den anderen Heften, die Rubriken aus. Neu hinzugekommen sind die Rubriken “Briefe unserer Leser”, “Aus dem Krokodil” und “Schach”. Außerdem berichtet die *Neue Gesellschaft* jetzt regelmäßig und ausführlich, in Heft 12/1953 immerhin auf neun Seiten, über das Sportgeschehen. In “Briefe unserer Leser” sind zwei Briefe von Lesern zum Thema der Neuerermethoden abgedruckt: Held der Arbeit Lothar Borkmann berichtet von seinen “großartigen Erfolgen”³⁴² mit Produktionsmethoden der Stachanow- und Stalinpreisträgerin Lydia Korabelnikowa in der Schuhfabrik “Banner des Friedens” in Weißenfels. Ilse Weintraud, Intendantin des Landestheaters Potsdam, berichtet über die ungenügende Arbeit der Stanislawski-Zirkel im Theaterbereich. Unter dem Titel “Aus dem Krokodil” drucken die Macher der Zeitschrift Karikaturen aus der Sowjetunion im

³⁴¹ Ebenda, S. 914.

³⁴² Ebenda, S. 957.

Stile von Bild fünf³⁴³ ab. Auch hier geht es wieder um den Feind im Westen. Heft 12/1953 schließt wie jedes Heft der *Neuen Gesellschaft* mit dem Abdruck einer Fortsetzung der "Bibliographie der die Sowjetunion betreffenden deutschsprachigen Literatur". Was kann zusammenfassend über die Entwicklung der *Neuen Gesellschaft* von 1947 bis 1953 gesagt werden?

Zuerst einmal fällt auf, daß die Besprechung eigener, gesellschaftsinterner Themen in Heft 1953 auf ein Minimum gesunken ist, vielmehr bestimmen nun weltpolitische Themen, d.h. vor allem der Kalte Krieg das Profil der Zeitung. Dem entsprechend hat auch die Anzahl der Artikel zu Themen der Kultur im engeren Sinne (also Literatur, Künste etc.) abgenommen. Zugenommen hat hingegen die propagandistische Agitation in Anzahl der Artikel und in der Schärfe ihrer Formulierung. Das in der *Neuen Gesellschaft* propagierte Sowjetunionbild hat sich seit 1947/48 gewandelt, die Sowjetunion wird 1953 nunmehr als unanfechtbares und einziges Vorbild dargestellt. An der *Neuen Gesellschaft* lassen sich die Entwicklungsetappen und taktischen Winkelzüge der Gesellschaft gut nachvollziehen, so sind z.B. die Leserbriefe, der Bericht über das Leunawerk und der Bericht über die sowjetische Funktechnik Indiz für die von der Gesellschaft forcierte stärkere Einbindung der Arbeiterschicht und für den Willen, vom Image eines Künstler- und Intellektuellenblättchen wegzukommen. Auch die Stalinisierung ist, wie nicht anders zu erwarten, gut nachzuweisen. Die *Neue Gesellschaft* war das wichtigste Organ der Gesellschaft, so ist nicht verwunderlich, daß ihre inhaltliche Konzeption streng an die Entwicklung der ideologischen Leitlinie der Gesellschaft bzw. der SED gebunden war. Für die *Neue Gesellschaft* kann auch die im Titel der Arbeit geäußerte Annahme, daß in der Gesellschaftsarbeit Kultur als Vehikel benutzt wurde, bestätigt werden, denn in der *Neuen Gesellschaft* fand eine Verquickung von kulturellen Themen mit propagandistischen Inhalten statt, oft genug diente das "Kulturelle" hier als Vehikel (oder Lockmittel), um ideologisch-propagandistisch motivierte Inhalte zu transportieren. Mit Heft 12/1953 wurde das Erscheinen der *Neuen Gesellschaft* eingestellt, an ihre Stelle trat ab 1954 die *Freie Welt*.

Nachdem das Profil der Zeitschrift einigermaßen ausführlich geschildert worden ist, stellt sich die Frage, wie die *Neue Gesellschaft* von ihren LeserInnen angenommen wurde, d.h. inwieweit das Konzept der Macher der *Neuen Gesellschaft* aufging..

Die frühe Einstellung des Erscheinens nach nur sechs Jahrgängen sorgt für berechtigte Zweifel am Erfolg der Zeitschrift, denn warum hätte man sich sonst die Mühe der

³⁴³ Die Neue Gesellschaft, Heft 12/1953, S. 969.

Konzeption einer gänzlich neuen Zeitschrift machen sollen. Außerdem lassen sich die gesellschaftsinternen Zweifel an der Zeitschrift aus einem Perspektivplan für 1953³⁴⁴ erschließen. Der Autor beanstandet z.B. “die ungünstigen Satz- und Drucktermine [...], die eine wirkliche operative Aktualität doch nur in seltenen Fällen ermöglichten”. Weiterhin müßten die Leitartikel “in verstärktem Maße vom Geist kämpferischer Auseinandersetzung [...] getragen sein.”

Auch in dem Bericht des Herausgebers Harald Hauser von einer Leserkonferenzreise durch Sachsen-Anhalt (13. Bis 17. März 1950) wird heftige Kritik an der *Neuen Gesellschaft* geübt. Hauser kritisiert vor allem die Verantwortlichen für den Vertrieb beim Verlag *Kultur und Fortschritt*, diese seien “völlig ohne Phantasie, fast ohne Initiative [...]. Was man ihnen nicht vorkaut, müßte man ihnen auch noch ausführen, damit sie die Realisierbarkeit von Vorschlägen glauben, die dabei aus der Mitte der Leserschaft in reicher Zahl kommen, wenn diese auch nur leicht zur Initiative angeregt wird.”³⁴⁵ Damit nicht genug, er fährt fort: “Der Sachsen-Verlag-Versandt ist eine einzige Sabotage: Eine Monatszeitschrift, die regelmäßig im dritten Drittel jeden Monats zu erscheinen pflegt, wird systematisch ruiniert.[...] Wenn es nicht gelingt, den Erscheinungstermin der ‘NG’ (*Die Neue Gesellschaft*, Anm. d. Verf.) in die ersten drei Tage jedes Monats zu fixieren, wird sich die ‘NG’ nie verkaufen, quod est rentabel werden.”

Solche “technischen Probleme” erklären aber noch nicht, warum die Zeitschrift eingestellt wurde, denn eine neue Zeitschrift würde ja auch mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Wohl aber wird aus dieser internen Bestandaufnahme ein weiteres grundsätzliches Problem der Arbeit der Gesellschaft offenbar: Schlechte Organisation, nichtfunktionierende Strukturen und eine im DDR-System immer häufiger anzutreffende Initiativ- und Lustlosigkeit.

Der entscheidende Grund für die Einstellung der Erscheinens war aber wahrscheinlich, daß das Konzept der *Neuen Gesellschaft* nicht mehr zum Profil der Gesellschaft paßte. Die (laut Titel) kulturpolitische Ausrichtung entsprach nicht mehr den Erwartungen der Freundschaftsgesellschaft an ihr “Zentralorgan”, untermauert wird diese These dadurch, daß im Perspektivplan für 1953 elf Themenblöcke für die Zeitschrift abgehandelt werden, nur Punkt elf “Presse, Literatur, Kunst” behandelt Kultur im engeren Sinne. Dies spricht dafür,

³⁴⁴ SAPMO-BArch, DY 32 / 10812 (Perspektivplan der “Neuen Gesellschaft” für das Jahr 1953).

³⁴⁵ SAPMO-BArch, DY 32 / 10292 (Bericht über meine Leserkonferenzreise in Sachsen-Anhalt vom 13.3. bis 17.3.1950), Blatt 9.

daß dieses Thema, an allerletzter Stelle stehend, zu einem relativ unbedeutenden Thema unter vielen geworden war. Am längsten wird auf zweieinhalb Seiten unter Punkt eins “Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands” abgehandelt, Punkt elf hingegen nimmt eine knappe Seite ein.

8. Das Bild der Gesellschaft in der DDR-Bevölkerung: Auswertung einer Flugblattaktion von 1956

Aus Jahr 1956 stammen die Dokumente zur “Flugblattaktion der Gesellschaft für DSF zu Fragen der Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft”. Die zu dieser “Umfrage” erstellte Auswertung für das Sekretariat der Zentralen Gesellschaft soll diesem Kapitel als Grundlage dienen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Antworten auf die Flugblattaktion nicht anonym behandelt wurden, sondern in der Auswertung jeweils der Urheber genannt wird, dies hat sich sicherlich mildernd auf die Schärfe der Kritik im ein oder anderen Fall ausgewirkt bzw. dazu motiviert, gar nicht erst an der Umfrage teilzunehmen. Desweiteren sind die Ergebnisse der Umfrage mit 4.774 Zuschriften in keiner Weise repräsentativ. Auch ist für die Auswertung eine Vorauswahl der Zuschriften vorgenommen worden, so daß die vorliegenden Zuschriften in vielerlei Hinsicht mit Augenmaß zu bewerten sind. Dennoch sind sie fast einziges Indiz für das Bild der Gesellschaft in der Bevölkerung.

In Punkt drei der Auswertung “Zur Arbeit unserer Organisation” ist zuallererst die Frage des Bau-Ingenieurs Ernst Krüger aus Thüringen dokumentiert, der fragt, warum die Gesellschaft in der Öffentlichkeit nicht mehr in Erscheinung trete. Im Anschluß gibt der Autor der Auswertung zu bedenken: “Diese Frage wird in sehr vielen Zuschriften entweder direkt ausgesprochen oder sie verbirgt sich hinter anderen kritischen Fragen.”³⁴⁶ Auch der 2. Vorsitzende der DSF-Betriebsgruppe VEB Stahl- und Walzwerk Grödlitz spricht indirekt dieses Thema an, wenn er bemerkt: “Ich glaube, wir sind in unserer Werbung für die Notwendigkeit einer Deutsch-Sowjetischen Freundschaft nicht wendig genug, wir sind in unserer Werbung zu einseitig und nüchtern, lau und zu gleichgültig.”³⁴⁷

Sonja Peter aus Dresden bemängelt die Arbeit der Ortsgruppen: “Vielerorts merkt man überhaupt nichts von einer Tätigkeit der Gesellschaft - ausgenommen der Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft, wo man mit aller Intensität einmal im Jahr herangeht.”³⁴⁸

³⁴⁶ SAPMO-BArch, DY 32 / 10900 (Flugblattaktion, Auswertung), Blatt 22.

³⁴⁷ Ebenda, S. 23.

³⁴⁸ Ebenda, S. 24.

Oftmals, so lassen diese Ausführungen vermuten, beschränkte sich das Verbandsleben der Gesellschaft auf das Abarbeiten einiger vorgegebener Rituale wie die jährliche Durchführung des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Vielerorts war ein lebendiges "Vereinsleben" wohl gar nicht erst entstanden, das von oben gelenkte schnelle Anwachsen der Gesellschaft rächte sich nun.

Daß die Gleichgültigkeit zunehmend zum beherrschenden Gefühl gegenüber der Gesellschaft wurde, belegt auch die Zuschrift des Drehers Wenzel Geißler aus Magdeburg: "In der Betriebsgruppe der DSF im Karl Liebknecht Werk macht sich eine Gleichgültigkeit in der Bezahlung der Beiträge seit ca. 3 Jahren bemerkbar, die immer mehr in Erscheinung tritt."³⁴⁹

Eine Vermutung, woran diese gleichgültige Einstellung gelegen haben könnte, macht der Psychologe Dr. Alfred Katzenstein aus Brandenburg: "Als DSF müssten wir eine besondere Aufgabe haben, auf deren Durchführung wir uns speziell konzentrieren. Selbst bei öffentlichen Kontakten mit den Sowjetmenschen, [...], gewinnt man doch stets den Eindruck, die DSF sei sozusagen als 5. Rad mit anwesend, falls man überhaupt von ihr Notiz nimmt und sie einladet."³⁵⁰ Der Autor der Auswertung hat wohl "eine besondere Aufgabe haben" unterstrichen, um hervorzuheben, daß selbst die Aufgabe der deutsch-sowjetischen Freundschaft in der öffentlichen Meinung nicht unbedingt für wichtig gehalten wurde. Der Psychologe Katzenstein spielt auch darauf an, daß die Gesellschaft von anderen Organisationen (SED, Massenorganisationen etc.) nicht ernst genommen wurde, wenn er lakonisch anmerkt "falls man [...] sie einladet". Besonders ernüchternd fällt dann auch sein Resümee aus: "Wenn es uns nicht möglich ist, eine Aufgabe zu erhalten, [...], wird es auf die Dauer schwierig sein, den Freunden in den Betrieben die Notwendigkeit des Weiterbestehens einer Organisation klar zu machen, in der im Grunde nur das getan und gesagt wird, was an anderer Stelle besser getan und schärfer gesagt wird."³⁵¹

Daran anschließend werden Klagen aus kleineren Städten und vom Lande dokumentiert: Der Schüler Karl Köhler aus Bützow beispielsweise schlägt vor, monatlich einen Tag der Freundschaft zu veranstalten, denn bis jetzt seien sie kaum über die Arbeit der Kassierung hinausgekommen und er fügt hinzu: "Unseren Mitgliedern muss aber endlich etwas geboten werden!"³⁵² Im weiteren wird von Mitarbeitern in den ländlichen Gegenden immer wieder die

³⁴⁹ Ebenda, S. 26.

³⁵⁰ Ebenda.

³⁵¹ Ebenda.

³⁵² Ebenda.

schlechte Materialversorgung und die schlechte Ausstattung mit Geräten wie Filmvorführapparaten, Tonbandgeräten o.ä. beklagt.

Die oftmals tendenziöse und wirklichkeitsverzerrende Darstellung der Sowjetunion bemängelt der Berufsschulehrer Werner Herbst aus Ludwigsfelde: “Die Berichte und Veröffentlichungen über die Sowjetunion müssen objektiv, d.h. wahrheitsgetreu sein. Es kann nicht plötzlich so sein, dass die russischen Menschen früherer Zeiten alle Erfindungen gemacht haben. Viele Völker haben zum Fortschritt der Menschheit beigetragen.”³⁵³ Gleich anschließend schlägt Christl Filz aus Weidenau in dieselbe Kerbe, wenn sie bemerkt, man sollte “die Sowjetunion und die Sowjetmenschen nicht immer mit einem Glorienschein einhüllen[...]”³⁵⁴. Der Angestellte Hans Gaudig aus Halle kritisiert, “dass das deutsche Volk immer nur als Nehmender hingestellt” werde, obwohl doch jeder wisse, “dass auch wir (die DDR, Anm. d. Verf.) der Sowjetunion [...] viel zu geben haben.”³⁵⁵ Derselbe bewertet auch den rasanten Mitgliederzuwachs der Transformationsphase kritisch und merkt an, daß ein großer Teil der Neumitglieder nur “weil es von der Kaderabteilung, der Partei oder sonst irgend jemand gern gesehen oder gewünscht war”³⁵⁶ in die Gesellschaft eingetreten sei. Die Gesellschaft habe es aber nicht geschafft “diese Massen zu überzeugten und bewußten Freunden der Sowjetunion zu machen.”³⁵⁷ Auch die Kommunikation zwischen den einzelnen Organisationsebenen wird von ihm bemängelt: “Zwischen dem Verband und den Mitgliedern besteht oft nur eine Verbindung, der Mitgliedsbeitrag.”³⁵⁸

Immer wieder wird der fehlende persönliche, private und direkte Kontakt zu Sowjetbürgern thematisiert: “Man muß menschliche Kontakte herstellen.[...]. Der persönliche Kontakt der schaffenden Menschen des deutschen und sowjetischen Volkes wird eines der mächtigsten Bindeglieder der Freundschaft zwischen den beiden Völkern sein.”³⁵⁹ Daß eine echte Freundschaft auf Gleichberechtigung beruht und daß die Freundschaft zweier Völker, wenn überhaupt, nur auf der Freundschaft einzelner Menschen dieser Völker aufbauen kann, hatte die Gesellschaft übersehen, so jedenfalls der Eindruck nicht weniger Teilnehmer dieser Befragung.

³⁵³ Ebenda, S. 30.

³⁵⁴ Ebenda, S. 30.

³⁵⁵ Ebenda, S. 32.

³⁵⁶ Ebenda, S. 31.

³⁵⁷ Ebenda.

³⁵⁸ Ebenda.

³⁵⁹ Ebenda, S. 32.

Resümierend muß nach Durchsicht der Auswertung der Flugblattaktion festgehalten werden, daß auch im Urteil ihr Nahestehender (denn zumeist handelte es sich bei den Einsendern um "Aktive") die Gesellschaft scharfer Kritik ausgesetzt war. Besonders bemerkenswert ist, daß sie es augenscheinlich auch im Jahr 1956 nicht geschafft hatte, einen unverrückbaren Platz im täglichen Leben der DDR einzunehmen. Der rasante Anstieg der Mitgliederzahlen hatte nicht ein proportional ansteigendes Interesse der Bevölkerung an der Sache der deutsch-sowjetischen Freundschaft zur Folge, die fast einhellige Schilderung der Arbeit vor Ort legt diese Vermutung jedenfalls nahe.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit

Schon in der Weimarer Zeit gab es den Versuch, die vermeintliche deutsch-sowjetische Freundschaft auf ein institutionalisiertes Fundament zu stellen, der *Bund der Freunde der Sowjetunion* (BdFSU) war eine von der KPD gesteuerte proletarische Massenorganisation, ohne jedoch die dazugehörigen Massen an sich binden zu können. Dem entgegen versuchte die *Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands* "bürgerliche" Kreise für das Studium der Kultur der Sowjetunion zu begeistern. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten verschwanden beide Organisationen von der Bildfläche.

Bis auf eine kurze Unterbrechung, nämlich vom Abschluß des Ribbentrop-Molotov-Paktes bis zum Beginn des "Rußlandfeldzuges", charakterisierte die nationalsozialistische Propaganda die sowjetische bzw. russische Bevölkerung als "Untermenschen" und "Kremljuden". Das Verhalten der Roten Armee beim Einmarsch in das besiegte Deutschland, die nationalsozialistischen Greuelmärchen und die schon in der Weimarer Zeit (und vorher) vorherrschende latent antirussische bzw. antisowjetische Grundeinstellung in der Bevölkerung stellten die neuen Herren der SBZ und die deutschen Kommunisten vor ein schwerwiegendes Problem: Die Sowjetunion, ihre Menschen, ihre Kultur und insbesondere ihr Gesellschaftssystem wurden von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt.

Um den vorherrschenden Antisowjetismus zu bekämpfen, hatte die Exil-KPD in ihren Papieren die Wiedereinführung des *Bundes der Freunde der Sowjetunion* vorgeschlagen. Bewußt vermied man aber 1947 die Wiedergründung des eindeutig kommunistisch orientierten Bundes und hoffte, mit der Gründung einer neuen, unbedenklich scheinenden, aber ähnlichen Organisation größere Bevölkerungsschichten an sich binden zu können.

Schon auf der Gründungsversammlung der *Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion* wurde jedoch klar, daß es sich bei ihr nicht, wie ihr Präsident Jürgen Kuczynski

erklärte, um eine Studiengesellschaft mit dem Ziel des Kulturaustausches und der Völkerverständigung handeln würde, sondern auch um ein Instrument der Einflußnahme der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED auf die deutsche Bevölkerung. Die Popularisierung des sowjetischen Modells war von Anfang an ein Themenschwerpunkt in der Arbeit der Gesellschaft, die Art und Weise dieser Popularisierung war aber einer Entwicklung unterworfen. Trotzdem war die Gesellschaft bis zu ihrer Umwandlung zu einer Massenorganisation kein bloßes, "gleichgeschaltetes" Instrument zur politisch-ideologischen Indoktrination. Die Führung der ersten Jahre mit Jürgen Kuczynski und Hans Mark an der Spitze vertrat ein durchaus eigenbestimmtes Profil und viele aufrichtig engagierte Kommunisten und "Bürgerliche" sorgten dafür, daß informative und anspruchsvolle Kulturarbeit stattfinden konnte. Aber im Zuge der Stalinisierung der SBZ/DDR hatte sich auch die Gesellschaft anzupassen. Die Umwandlung in eine leninistische Massenorganisation, die Durchsetzung des Prinzips des *Demokratischen Zentralismus*, der neue Name und die Absetzung der alten Führungsriege um Kuczynski und Mark sind die sichtbarsten Zeichen hierfür. Ab dem 2. Jahreskongreß im Jahre 1949, aber spätestens ab Mitte 1950 war die *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft* eine in das Institutionsgefüge der DDR fest integrierte Einheit und erfüllte, vereinigt mit den anderen Massenorganisationen in der *Nationalen Front* ihre zugewiesene Rolle in der DDR-Gesellschaft als "Transmissionsriemen" der SED-Politik.

Will man das Wirken der Gesellschaft bewerten, so muß man dies in zweierlei Hinsicht tun: Zum einem in ihrer Zeit und in bezug auf die von ihr selbst gesteckten Ziele und zum anderen aus heutiger Perspektive. Zweiteres mag auf den ersten Blick recht leicht fallen, die DDR hat aufgehört zu existieren, der Sozialismus als allgegenwärtige Systemalternative wird kaum mehr ernstlich in Erwägung gezogen. Dennoch verbindet sich zumindest mit der Gründungsphase der Gesellschaft eine Epoche der deutschen Geschichte, die auch heute noch die Ahnung eines anderen Deutschlands wachhalten kann. Eine Pauschalverurteilung im Sinne einer Abrechnungsgeschichtsschreibung der DDR-Geschichte wäre die Negation der Leben und Taten aufrichtiger und ehrlicher deutscher Mitbürger der anderen Seite des Eisernen Vorhang, dies ist nicht Aufgabe der Geschichtswissenschaft.

In Bezug auf die von ihr selbstgesteckten Ziele muß man der Gesellschaft aber ein Versagen in ihrem vorgeblich größten Ziel attestieren: Die Gesellschaft hat es nicht erreicht, die Bürger und Bürgerinnen der DDR zu aktiven Freunden der Sowjetunion zu machen. Auch das taktische Kalkül der Gesellschaft, Kultur als Vehikel für den Transport von Systemwerbung

zu benutzen, hat sich nicht bewährt. Gerade durch diese mitunter leicht zu durchschauende "Fassadenwirtschaft" sind der Gesellschaft viele Sympathien von an sich an der Sowjetunion Interessierten verloren gegangen. Wie man z.B. bei der Auswertung der Flugblattaktion von 1956 gesehen hat (siehe Kapitel 8), war die glorifizierende Darstellung der Sowjetunion vielfach wohl eher kontraproduktiv, eine ehrlichere Verbandspolitik, die die wirkliche Situation in der UdSSR in den Mittelpunkt gestellt hätte, hätte hier vielleicht mehr erreicht.

Zu dieser Fehlkonzeption der Arbeit kommen organisatorische Schwächen: Die Arbeit der Gesellschaft krankte, zumindest innerhalb des Untersuchungszeitraumes, an ständiger Materialunterversorgung. Dies ist vor allem den sowjetischen Stellen vorzuwerfen, in deren unbedingtem Interesse eine Behebung dieses Mißstandes gelegen haben müßte, Hauptschuld trifft hier wohl die WOKS, sie "agierte mit einer Schwerfälligkeit, die den eigenen Intentionen im Wege stand."³⁶⁰ Gleiches kann man wohl auch für große Teile der Gesellschaft behaupten: Schlamperei, Mißmanagement und vor allem fehlende Koordination der einzelnen Verbandsebenen sabotierten die Arbeit ganz erheblich. Durch die Einführung des *Demokratischen Zentralismus* wollte man hier entgegen wirken, erreichte aber wohl nur eine weitere Bürokratisierung und Lähmung des Organisationskörpers. Vor allem die Basisarbeit in den Orts-, Studien- und Betriebsgruppen ließ stark zu wünschen übrig, dies ist aber auch kein Wunder, betrachtet man die Entstehungsgeschichte dieser Einheiten: Wie man gesehen hat, ist die Gesellschaft nicht, wie propagiert, vom Kleinen ins Große gewachsen, sondern von oben installiert worden, die für eine gesunde Organisation notwendige Basisarbeit ist vielerorts ebenfalls erst durch den "Anstoß" von oben, d.h. von SMAD und SED, zustande gekommen. Hinzu kam im Zuge der Umwandlung zu einer Massenorganisation die große Zahl an ansich desinteressierten Neumitgliedern, die, wie es spätestens ab der Gründung der DDR üblich werden sollte, zur Mehrung ihres Sozialprestiges und ihrer Karrierechancen in die Gesellschaft eintraten. Die Mitgliedschaft in der DSF war von nun an zu einer reinen Formsache verkommen, es bestand ein "freiwilliger Zwang" zum Eintritt. Die große Masse dieser Mitglieder verhielt sich gegenüber der Arbeit der Gesellschaft passiv und partizipierte in der Gesellschaft nach Möglichkeit lieber nicht. Die Umwandlung zu einer Massenorganisation und der damit verbundene "massenhafte" Neueintritt haben sich wohl auf die tatsächliche Arbeit der Gesellschaft eher lähmend und kontraproduktiv ausgewirkt.

Besonders gravierend wirkte sich aber die Verkennung der Tatsache aus, daß Freundschaft ein auf gegenseitiges Nehmen und Geben basierendes persönliches Vertrauensverhältnis ist.

³⁶⁰Hartmann, A. U. Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 105.

Die Tatsache, daß es auf sowjetischer Seite zunächst nicht einmal ein Gegenstück, also eine *Gesellschaft für Sowjetisch-Deutsche Freundschaft* gab, spricht hier Bände. Auch, daß fast kein Mitglied der DSF, ausgenommen die wenigen "Erwählten" Delegationsreisenden, je selbst in die Sowjetunion reisen konnte, um dort "echte" Russen oder andere Sowjetbürger persönlich kennenzulernen, war wohl einer der Hauptmängel der Arbeit der Gesellschaft. Außerdem unterstützten diese Tatsachen den berechtigten Eindruck, daß es sich bei der Gesellschaft um ein Instrument der Sowjets handelte.

Es bleibt zu hoffen, daß die neugegründete *Stiftung West-Östliche Begegnungen* dem Anliegen der Völkerverständigung gerechter werden kann als die DSF.

Verzeichnisse:

A: Abkürzungen

BdFSU	Bund der Freunde der Sowjetunion
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	Christlich-Demokratische Union
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film AG (DDR)
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DRKC	Deutsch-Russischer Kultur-Club
DSF (= GDSF)	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend

IAH	Internationale Arbeiterhilfe
KB	Kulturbund zur demokratischen Erneuerung
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
Komsomol	Kommunistischer Jugendverband der Sowjetunion
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPDSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPJ	Kommunistische Partei Jugoslawiens
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LG	Landesgesellschaft
MAS	Maschinen-Ausleih-Station
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front
NG	Die Neue Gesellschaft
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RM	Reichsmark
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD (= SMA)	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMATH	Sowjetische Militäradministration in Thüringen
SMV	Sowjetische Militärverwaltung
SWA-Verlag	Verlag der sowjetischen Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TR	Tägliche Rundschau
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
WOKS	Alluniongesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland
ZK	Zentralkomitee der SED

Seite

B: Tabellen

Tabelle 1:	Anzahl der Ortsgruppen	73
Tabelle 2:	Anzahl der Betriebsgruppen	75
Tabelle 3:	Veranstaltungen 1948 bis 1950	82
Tabelle 4:	Anzahl der Studiengruppen und Sprachkurse	86

C: Abbildungen

Abbildung 1:	Organisationsstruktur laut Satzungsentwurf von 1947	66
--------------	---	----

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung 1947 bis 1950	69
Abbildung 3: Sozialstruktur einer Landesgesellschaft 1948	70
<i>D: Bilder</i>	
Bild 1: Titelblatt Heft 1, Nov. 1947	95
Bild 2: Titelblatt Heft 8/1949	97
Bild 3: Titelblatt Heft 12/1953	99
Bild 4: Bildreportage (Ausschnitt) aus Heft 12/1953	101
Bild 5: Karrikatur aus Heft 12/1953	102
<i>E: Dokumente</i>	
Dokument 1: Brief eines heimgekehrten Kriegsgefangenen	78

Quellen- und Literaturverzeichnis

eingesehenes Archiv:

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), Berlin: Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (AGDSF).

Quellen und Dokumente:

Bonwetsch, Bernd; Bordjugov, Gennadij u. Naimark, Norman N.(Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20), Bonn 1998

Dietrich, Gerd (Hrsg.): Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Dokumente zur Kulturpolitik 1945-1949, Berlin (Ost) 1983.

Erlar, Peter; Laude, Horst u. Wilke, Manfred (Hrsg.): "Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels, (Teil I: Aufzeichnungen in 9 Bänden und Teil II: Diktate in 15 Bänden), München 1998.

Hitler, Adolf: Mein Kampf (in 2 Bänden), München 1939.

Lenin, W. I.: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band I, Berlin (Ost) 1970.

Rosenberg, Alfred: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1933.

Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren:

Die neue Gesellschaft: populärwissenschaftliche und kulturpolitische Monatszeitschrift der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Bände 1/1947 bis 6/ 1953, Berlin (Ost).

Freunde für immer! Die Neue Gesellschaft (Sondernummer Kongressbericht), Juli 1949, Berlin (Ost) 1949.

Neues Deutschland (Ausgabe Berlin), Ausgaben vom 19. 11.1948, 16.12. 1948 und 9.1.1949.

Tägliche Rundschau, Jahrgänge 1945 - 1949.

Über „die Russen“ und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema (Broschüre herausgegeben vom Verlag Kultur und Fortschritt im Auftrage der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion Groß-Berlins), Berlin (Ost) 1949.

Darstellungen:

Barck, Simone; Langermann, Martina und Lokatis, Siegfried: Zwischen "Mosaik" und "Einheit". Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999.

Bleek, Wilhelm: Demokratischer Zentralismus, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, München 1996.

Bode, Dietrich (Hrsg.): Gedichte des Expressionismus, Stuttgart 1998.

Boveri, Margret: Tage des Überlebens. Berlin 1945, München 1985.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR-Handbuch (Wissenschaftliche Leitung Hartmut Zimmermann), 2 Bände, Köln 1985.

Dietrich, Gerd: Der zentrale Kulturausschuß der SED 1946-1948, in: BzG 27/1985, Heft 1, S. 55-65.

Doernberg, Stefan: Befreiung 1945. Ein Augenzeugenbericht, Berlin (Ost) 1975.

Dralle, Lothar: Von der Sowjetunion lernen. Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Giessener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Band 198), Berlin 1993.

Feige, Hans-Uwe: Zur propagandistischen Unterstützung des Neuaufbaus in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durch Mitarbeiter der SMAD (1945-1949), in: BzG 18/1976, Heft 3, S. 482-491.

Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der SBZ 1949-56, München 1990, S.802-811.

Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999.

Geier, Wolfgang: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Band 20), Wiesbaden 1996.

Gieseke, Jens: Zur Entstehung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1945-1950, in Deutsche Studien 113, 1991, S. 76-95.

Derselbe: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der SBZ/DDR 1947-1949 (unveröff. Magisterarbeit) Hannover 1989.

Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. 1945-2000, Berlin 1999.

Gorski, Günther; Anderle, Alfred u. Rosenfeld, Günther (Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von...): Deutsch-sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1975.

Hamacher, Gottfried: Erinnerungen. Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation, in: BzG 29/1987, S 638-652.

Derselbe: Von den Anfängen der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1945-1949, in: BzG 5/1977, S. 837-848.

Hansen, Klaus P.: Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung, Tübingen und Basel 1995.

Hartmann, Anneli und Eggeling, Wolfram: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Ausbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politikzwingen und sowjetischer Steuerung, Berlin 1993.

- Dieselben: Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945-1953, Berlin 1998.
- Heider, Magdalena: Politik-Kultur-Kulturbund. Zur Gründung und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-1954 in der SBZ/DDR, Köln 1993.
- Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR. Ein historischer Abriß, Köln 1982.
- Jaraus, Konrad und Siegrist, Hannes (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt am Main/ New York 1997.
- Keller, Mechthild (Hrsg.): Russen und Rußland aus deutscher Sicht (West-Östliche Spiegelungen), 5 Bände, München 1985-98.
- Koenen, Gerd und Hielscher Karla: Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Reinbek bei Hamburg 1991.
- Kolesnitschenko, Iwan Sosonowitsch: Im gemeinsamen Kampf für das neue antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft (Beiträge zur Geschichte Thüringens), Erfurt 1985.
- Kopelew, Lew u. Koenen, Gerd (Hrsg.): Deutsche und die Russische Revolution 1917-1924 (Reihe A/Band 5), in: Dieselben (Hrsg.): West- Östliche Spiegelungen. Russen und Rußland aus deutscher Sicht und Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht von den Anfängen bis zum 20. Jahrhundert (in 5 Bänden), München 1998.
- Kuby, Erich: Die Russen in Berlin 1945, München/Bern/Wien 1965.
- Kuczynski, Jürgen: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, Berlin (Ost) und Weimar 1984.
- Derselbe: Über einen Weg des Aufbaus deutscher Kultur (Kleine Schriftenreihe der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion), Berlin o. J.
- Derselbe: "Ein linientreuer Dissident". Memoiren 1945-1989, Berlin und Weimar 1992.
- Laue, Theodor H. Von: Russland im 19. Jahrhundert, in: Mann, Golo und Heuss, Alfred (Hrsg.): Propyläen Weltgeschichte. Das neunzehnte Jahrhundert, Frankfurt-Berlin-Wien 1960.
- Lemberg, Hans (Hrsg.): Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem 2. Weltkrieg (Historische und Landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 7), Marburg (Lahn) 1991.
- Lemke, Michael: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR 1945-1953, Köln 1999.

Leonhardt, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt am Main und Berlin 1962.

Derselbe: Spurensuche. Vierzig Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1992/1994.

Mählert, Ulrich (Hrsg.): Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Opladen 1999.

Mai, Joachim: Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947-1949, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10/1987, S. 859-871.

Müller-Enbergs, Helmut: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991.

Münch, Hans: Wissenschaftliche Mitteilungen. Der Bund der Freunde der Sowjetunion (Deutsche Sektion), in: BzG 31/1989, Heft 2, S. 200-206.

Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

Noelle, Elisabeth und Neumann, Erich Peter (Hrsg.): Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach am Bodensee, 1975.

Pfefferkorn, Otto: Jürgen Kuczynski. Ein Polit-Ökonomist, in: SBZ-Archiv, Nr. 7/1953, S. 105f.

Sacher, Heinz: Erfolgreiche Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Neuerer (Herausgegeben vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft), Berlin (Ost) 1979.

Sander, Helke u. Johr, Barbara (Hrsg.): BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder, Frankfurt am Main 1995.

Scheel, Klaus (Hrsg.): Die Befreiung Berlins. Mit 70 Abbildungen und 2 Karten, Westberlin 1985 (DDR-Lizenzausgabe).

Schiel, Ilse (Hrsg.): Im Zeichen des roten Sterns, Erinnerungen an die Traditionen deutsch-sowjetischer Freundschaft, Berlin (Ost) 1975.

Schönknecht, Thomas: Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF), in: Broszat, Martin und Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der SBZ 1949-56, München 1990, S. 734-747.

Schmechting, Wolfgang: „Durch Studium zur Wahrheit - Durch Wahrheit zur Freundschaft“. Die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ in Sachsen-Anhalt (1947-1950), Halle (Saale) 1966.

Schütz, Michael (Hrsg.): Das Tagebuch des Herrn Schmidt. Ein Zeitdokument aus Berlin vom 20. April bis 27. Juli 1945, Hamburg 1999.

Schwan, Gesine: Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945, Baden-Baden 1999.

Streisand, Joachim: Kulturgeschichte der DDR- Studien zu ihren historischen Grundlagen und ihren Entwicklungsetappen, Köln 1981 (Erstveröffentlichung: Berlin (Ost) 1981).

Tjulpanov, Sergej I.: Deutschland nach dem Kriege (1945-1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, Berlin (Ost) 1986.

Volkman, Hans-Erich (Hrsg.) Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln-Weimar-Wien 1994.

Voßke, Heinz: Über den Kampf der SED zur Entwicklung der deutsch-sowjetischen Freundschaft in den ersten Nachkriegsjahren (1945-1949), in: BzG 12/1970, Heft 2, S. 232-247.

Weber, Hermann: Die DDR. 1945-1990, München 1993.

Derselbe: Geschichte der DDR, München 1999.

Werdau, Hermann: Die Fiktion einer Freundschaft. Struktur und Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, in: SBZ-Archiv, Nr. 18/1953, S. 277-280.